

Teil C

Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen **Seiten C 1 – C 4**

- 01) Der Bund der Vertriebenen lädt ein: „80 Jahre Flucht und Vertreibung: Von der Last des Heimatverlustes zum gesellschaftlichen Neubeginn“. Vortrag / Podium / Diskussion
- 02) BdV dankt Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften und ausgewählte Pressemitteilungen von paperpress zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin

Seiten C 5– C 70

➤ **Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten C 5 – C 7)

- 01) Ausstellung „Irre Lichter“ in der Kommunalen Galerie Berlin
- 02) Kranzniederlegung am Volkstrauertag

➤ **Steglitz-Zehlendorf** (Seiten C 8- C 14)

- 01) Sonderausstellung ab dem 16.11.2025: Vom Landhaus zum Funkturm – Die Zehlendorfer Bauten des Architekten Heinrich Straumer
- 02) Die Bewerbungsfrist für die Förderprogramme Dezentrale Kulturarbeit (DK) und Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung (BPKB) für das kommende Haushalt 2026 läuft noch!
- 03) Nationalsozialistischer Städtebau im Großraum Berlin am 20.11.2025 – Vortrag von Prof. Dr. Harald Bodenschatz
- 04) 2030-Projekt Potsdamer Stammbahn+: Baugrunderkundungen und Kampfmittelondierungen werden durchgeführt
- 05) „Die Blaue Wand nach Steglitz-Zehlendorf bringen“ – Veranstaltungsreihe zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde

➤ **Tempelhof - Schöneberg** (Seiten C 15 – C 32)

- 01) 77 Jahre Hoffnung aus der Luft - Geschichte trifft NachbarSchatz!
- 02) Treffen mit dem ersten Vizebürgermeister Vitalii Lukov der Solidaritätspartnerstadt Mykolajiw im Rathaus Schöneberg
- 03) Stadtbäume für Tempelhof-Schöneberg – Gemeinsam pflanzen, Stadtklima stärken
- 04) Bezirk Tempelhof-Schöneberg würdigt US-Präsident John F. Kennedy

- 05) Verleihung des ersten Gemeinschaftspreises des Bezirksbürgermeisters von Tempelhof-Schöneberg
- 06) Wien trifft Berlin: Neue Wege im internationalen Verwaltungsaustausch
- 07) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann lädt zum 47. Lichtenrader Lichtermarkt ein
- 08) Demokratielunch am 22. November 2025 im Rathaus Schöneberg
- 09) „Einmischen! statt Aufmischen – Demokratiebildung & Prävention vor Radikalisierung“
- 10) Deutsch-Polnische Begegnungen zum 20. Hanza Jazz Festival in der Partnerstadt Köslin / Koszalin
- 11) Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag
- 12) Gemeinsames Gedenken an die Reichspogromnacht vor 87 Jahren und Einladung zum Lebensmelodien-Konzert: „Sing um dein Leben, Grieche!“

➤ **Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin (Seiten C 33 – C 70)**

- 01) Jetzt abstimmen: Berlin sucht den schönsten Stromkasten 2025
- 02) Deutsche Bahn und anderes mehr... Von Ed Koch
- 03) SPD - Der Abstieg nimmt Fahrt auf. Von Ed Koch
- 04) Böllerverbot JETZT / Pakt mit dem Teufel. Von Ed Koch
- 05) Countdown ins Chaos. Von Ed Koch
- 06) Späte Initiative zur Souveränität. Von Ed Koch
- 07) (Un)sichtbare (Infra)strukturen. Stadtforum Berlin zum Thema Energie. Von Ed Koch
- 08) Michael Müller hilft. Von Ed Koch
- 09) Bienvenue Monsieur le Président. Von Ed Koch
- 10) KW 46 (10. bis 16.11.2025) – Brandschutz. Von Ed Koch
- 11) KW 46 (10. bis 16.11.2025) - Was hats gebracht. Von Ed Koch
- 12) Denn sie wissen nicht, was sie tun! Von Ed H. G. Lorenz
- 13) Symbol der Freiheit. Von Ed Koch
- 14) Danke für nichts. Von Ed Koch
- 15) „Die Selbstbehauptung der Demokratie – das ist die Aufgabe unserer Zeit“ sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
- 16) KW 45 (03. bis 09.11.2025) Teil 2 – SPD zerlegt sich. Von Ed Koch
- 17) KW 45 (03. bis 09.11.2025) Teil 1 – Freiheit. Von Ed Koch
- 18) Der Klang der Freiheit. Von Ed Koch
- 19) Die Sache ist noch nicht vom Tisch.
Von Hans-Georg Koch und (Einleitung) Ed Koch
- 20) Ein Silberstreifen. Von Ed Koch
- 21) Nachhaltig aktiv. Von Ed Koch

C. c) Berichte

Seiten C 71– C 78

- 01)** Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21. 03.2025
- 02)** Gedenken am Volkstrauertag, Sonntag, 16. November 2025

**C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen Seite C 79**

- 01)** *Keine Mitteilungen*

C. e) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten C 80 - C 81

- 01)** Helmut Mühlbauer - Ein treuer Landsmann ist unvorhergesehen plötzlich von uns gegangen

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 4

- 01) Der Bund der Vertriebenen lädt ein: „80 Jahre Flucht und Vertreibung:
Von der Last des Heimatverlustes zum gesellschaftlichen Neubeginn“.
Vortrag / Podium / Diskussion**



BdV Bundesverband – Hauptstadtvertretung
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443 0
E-Mail berlin@bdvbund.de
Internet www.bund-der-vertriebenen.de

**Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion
„80 Jahre Flucht und Vertreibung:
Von der Last des Heimatverlustes zum gesellschaftlichen Neubeginn“**

Der Bund der Vertriebenen lädt als anerkannter Bildungsträger der Bundeszentrale für politische Bildung ein zu einem

**Vortrag | Podium | Diskussion
„80 Jahre Flucht und Vertreibung:
Von der Last des Heimatverlustes zum gesellschaftlichen Neubeginn“**

am Donnerstag, den 18. Dezember 2025, um 18:00 Uhr,
in das **Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus**, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin.

Im 80. Gedenkjahr des Endes des von Deutschlands ausgehenden Zweiten Weltkriegs und dem 75. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen wollen wir den Blick auf die Zeitspanne zwischen den beiden Ereignissen richten und insbesondere die anfangs sehr schwierige Eingliederung der Menschen erörtern – ihr Ankommen in einem zerstörten Land, der Mangel an allem, die ungewisse Zukunft. Gerade jungen Menschen ist das Schicksal dieser Menschen heute vielfach gänzlich unbekannt; es bleibt leider oft eine Randnotiz im Geschichtsunterricht. Dabei ist ein Viertel bis ein Drittel der Deutschen familiär mit dem Schicksal von Flucht und Vertreibung verbunden.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Last des Heimatverlusts, waren die seelischen Wunden von Flucht, Vertreibung und der furchtbaren Begleiterscheinungen noch frisch. Vielfach brannten sie sich tief in die Psyche der Betroffenen ein und erzeugten Traumata, die sogar an Kinder und Enkel weitergegeben wurden. 1950 lebten rund die Hälfte der Vertriebenen beispielsweise noch immer in Lagern. An den Lastenausgleich oder gar eine Vertriebenengesetzgebung war nur entfernt zu denken. Noch immer hatten die Suchdienste alle Hände voll zu tun, getrennte Familien zusammenzuführen oder Vermisste wiederaufzufinden. Dazu wog es schwer, dass heimatlich, landschaftlich und kulturell verbundene Vertriebene nicht regional beieinander angesiedelt, sondern über ganz Deutschland verteilt worden waren.

In dieser schweren Zeit war die Charta der deutschen Heimatvertriebenen bahnbrechend und hatte großen Anteil am erfolgreichen Gelingen der Bundesrepublik Deutschland, an der Eingliederung der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und legte einen der Grundsteine für den Wiederaufbau Deutschlands.

Der Bund der der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
ist als gemeinnützig anerkannt durch das Finanzamt Bonn Nr. 206-5853-0204
IBAN: DE59 3804 0007 0111 7043 00, BIC: COBADEFFXXX

Auf ihrer Basis brachten sich Heimatvertriebene und Flüchtlinge aktiv in den Aufbau der jungen Bundesrepublik ein, gestalteten den Wiederaufbau des Landes und auch der Gesellschaft maßgeblich mit und waren dabei auch an der Konzeption der gesetzlichen Grundlagen unseres Landes beteiligt.

Auch heute sind diese Themen noch aktuell: Gerade die Charta bleibt in Zeiten antieuropäischer und nationalistischer Tendenzen ein klares Bekenntnis zu Verständigung, zur europäischen Integration und zur Versöhnung zwischen den Völkern. Sie steht gegen Vertreibungen weltweit, die leider auch in der heutigen Zeit wieder verstärkt zu beobachten sind.

Programmablauf

Begrüßung

Vortrag: „80 Jahre nach Flucht und Vertreibung. Erinnerungskultur und Zeitenwende“

Prof. Dr. Manfred Kittel

Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Diskussion

Prof. Dr. Manfred Kittel

Sibylle Dreher

Initiatorin der Veranstaltungsreihe

„LANGE SCHATTEN – Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung“

Ehemalige Präsidentin des Frauenverbandes

im Bund der Vertriebenen

Moderation: Dr. Christopher Spatz

Historiker und Autor

Fragen aus dem Publikum

Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer können über Fragen und Beiträge mit dem Podium ins Gespräch kommen.

Wir würden uns freuen, Sie bei unserer Veranstaltung begrüßen zu können. Gern können Sie diese Einladung auch an interessierte Personen, Ihre Untergliederungen sowie Ihre Publikationsorgane weiterreichen.

Um Anmeldung an info@bdvbund.de wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

BdV-Bundesgeschäftsstelle

02) BdV dankt Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Pressestelle BdV <Presse@bdvbund.de>

14. November 2025 um 17:26

Pressemitteilung des Bundes der Vertriebenen

Mayer: „Ein kraftvolles Signal der Unterstützung“

BdV dankt Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Zu den Ergebnissen der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags erklärt BdV-Präsident Stephan Mayer MdB:

Die Ergebnisse der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag zeigen, dass die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele in der Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik ernst nimmt. Zugleich wird deutlich, dass der Haushaltsausschuss eine Vielzahl von Anliegen und Impulsen auch des Bundes der Vertriebenen für die Planungen des Bundeshaushalts 2026 aufgegriffen hat. Das ist ein kraftvolles Signal der Unterstützung.

Besonderer Dank gilt dem zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Willsch MdB, der diese Anliegen erfolgreich durch die Beratungen geführt hat. Mein Dank gilt ebenso allen weiteren Abgeordneten im Haushaltsausschuss, die diesen Politikbereich mit großem Verantwortungsbewusstsein und spürbarer Empathie begleiten.

Der BdV setzt sich seit jeher sowohl für die Belange seiner Mitglieder als auch für die zahlreichen Einrichtungen und Partnerorganisationen in diesem Politikfeld ein. Umso erfreulicher ist es, dass die Zusammenführung der Verantwortungsbereiche im Bundesministerium des Innern nun mit positiven Haushaltsimpulsen ein tragfähiges Fundament für das kommende Jahr schafft.

Bekannt geworden sind u.a. folgende Förderimpulse:

- *2,3 Mio. Euro für die Sicherung der Arbeit der Stiftung Kirchenburgen in Siebenbürgen in den Jahren 2026-2030*
- *1,5 Mio. Euro für die Umsetzung der in den vergangenen Jahren aufgelaufenen, bislang nicht realisierten Tarifierhöhungen im Förderbereich nach § 96 BVFG*
- *900.000 Euro für die fortgesetzte Sicherung von Schloss Steinort*
- *870.000 Euro für die Neukonzeption der Ausstellung des Oberschlesischen Landesmuseums Ratingen in den Jahren 2026/27*
- *500.000 Euro für die Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen*
- *500.000 Euro zur Stärkung der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)*
- *300.000 Euro für Förderimpulse des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten*
- *260.000 Euro für die Arbeit des BdV*
- *163.000 Euro für die Arbeit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“*
- *117.000 Euro für die Arbeit des Haus Schlesien*
- *85.000 Euro für die Arbeit des Ostpreußischen Landesmuseums*

Seite C 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Etwaig beiliegende Fotos dienen ebenfalls zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung. Bitte beachten Sie dabei die Urhebernennung. Bei Rückfragen sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.

BdV – Bund der Vertriebenen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressestelle
Tel.: +49 (0)228 81007-26/-28
E-Mail: presse@bdvbund.de
Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Bundesgeschäftsstelle Bonn
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Tel.: +49 (0)228 81007-30
Fax: +49 (0)228 81007-52

Hauptstadtvertretung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Stresemannstr. 94
10963 Berlin
Tel.: +49 (0)30 5858 443-0

Unterstützen Sie die Anliegen des Bundes der Vertriebenen durch eine Spende an die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Spendenkonto Deutsche Bank, Kontonummer 3 17 17 17, Bankleitzahl 380 700 24, IBAN DE76 3807 0024 0317 1717 00, BIC DEUTDEDB380. Informationen zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN finden Sie unter www.z-g-v.de.

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften Seiten C 5 – C 63

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 5 – C 7)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

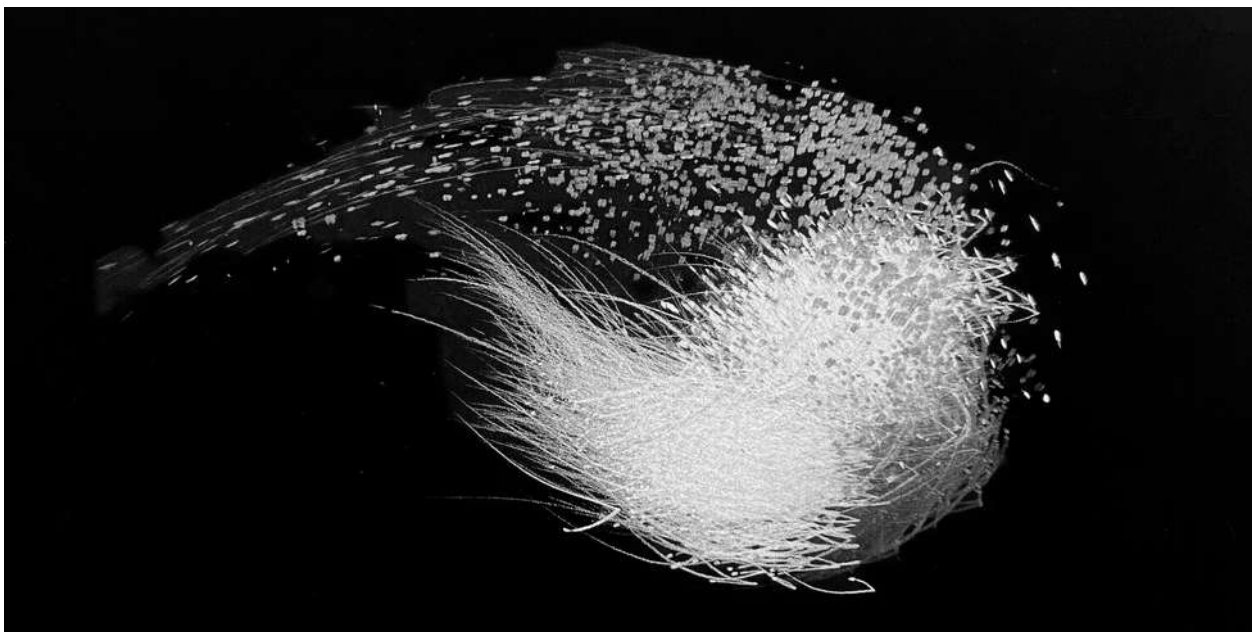
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Ausstellung „Irre Lichter“ in der Kommunalen Galerie Berlin



Beate Spitzmüller, No 40, aus der Serie: Black with Line in Motion, 2025, Bleistift, Kreide auf SW-Pigmentdruck, Fine Art Paper.- Bild: Beate Spitzmüller, VG Bild-Kunst, Bonn

[Direkt zur Kontaktinformation](#)

Pressemitteilung vom 24.11.2025

Die Ausstellung „Irre Lichter“ des Frauenmuseum Berlin e.V. ist ab **Freitag, 28. November 2025**, in der Kommunalen Galerie in Wilmersdorf zu sehen. Gezeigt werden Werke der Künstlerinnen Caty Forden, Uschi Niehaus und Beate Spitzmüller. Das zentrale Thema der Ausstellung ist das Licht, das besonders in der dunklen Jahreszeit Sehnsucht, Wärme und Mystik symbolisiert. Die Künstlerinnen erforschen das rätselhafte Leuchten in der Dunkelheit durch Malerei, Musik und Zeichnung auf unterschiedliche Weise.

Irrlichter faszinieren die Kunst seit Jahrhunderten. Der Glaube, dass diese diffusen Lichter in Wäldern, auf Friedhöfen oder in Sümpfen die Seelen Verstorbener, Geister oder Dämonen seien, verortet das Phänomen im Übernatürlichen. Die Ausstellung greift diese

Seite C 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Vorstellung auf und spielt mit dem Titel „Irre Lichter“ auf das Licht als Hoffnungsträger und das Verirren oder Irresein an. Dieses Wortspiel kann auch als ironischer Kommentar auf die heutige Zeit verstanden werden, in der Irrsinn scheinbar zur Normalität geworden ist.

Der Eintritt ist frei.

Ausstellungsdetails:

Eröffnung am Donnerstag, 27. November 2025, 18 Uhr

Dauer: 28. November 2025 bis 1. März 2026

Ort: Kommunale Galerie Berlin, Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin

Rahmenprogramm:

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 18 Uhr: Artist Talk mit „irren Lichtern“

Sonntag, 1. März 2026, 15 Uhr: Finissage und Führung durch die Ausstellung

Öffnungszeiten der Kommunalen Galerie:

Di bis Fr 10 bis 17 Uhr, Mi 10 bis 19 Uhr, Sa und So 11 bis 17 Uhr

Im Auftrag

Hommel

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

02) Kranzniederlegung am Volkstrauertag



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 14.11.2025

Anlässlich des Volkstrauertages am **Sonntag, 16. November 2025**, gedenkt Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler gemeinsam mit Vertretern der Reservistenkameradschaft und des Sozialverbandes VdK Charlottenburg-Wilmersdorf der Gefallenen beider Weltkriege sowie der Opfer der Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945. Die Kranzniederlegung findet **um 11 Uhr** in der Gedenkhalle des Rathauses Charlottenburg (2. Etage, Otto-Suhr-Allee 100) statt.

Im Auftrag
Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 8– C 14)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Sonderausstellung ab dem 16.11.2025: Vom Landhaus zum Funkturm – Die Zehlendorfer Bauten des Architekten Heinrich Straumer

Pressemitteilung vom 12.11.2025



Architekt Heinrich Straumer.- *Bild: Landesarchiv Berlin*

Der Funkturm ist weltbekannt. Aber der Architekt Heinrich Straumer, der das Berliner Wahrzeichen maßgeblich gestaltete, ist heute nahezu unbekannt. Straumer gehörte als Vertreter der gemäßigten Moderne und des Englischen Landhausstils im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu den renommierten Architekten Berlins. Hauptsächlich in Dahlem, Lichterfelde, Nikolassee und Zehlendorf schuf er zahlreiche Villen und Wohnhäuser.

Die nächste Sonderausstellung im Heimatmuseum mit dem Titel „Vom Landhaus zum Funkturm – Die Zehlendorfer Bauten des Architekten Heinrich Straumer“ stellt Straumer in seiner Zeit und seine Bauwerke vor. Kuratorin der Ausstellung ist Dr. Angelika Kaltenbach,

Seite C 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Denkmalpflegerin und Fachbuchautorin. Sie gilt in der Fachwelt als Kennerin des Architekten und seiner Häuser. Die Sonderausstellung wird am Sonntag, 16. November, um 11 Uhr eröffnet und endet am Ostersonntag, 5. April 2026.

Die Sonderausstellung ist zu den bekannten Öffnungszeiten des Heimatmuseums am Mittwoch und Sonntag von 11 bis 15 Uhr und am Donnerstag von 15 bis 18 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Über Heinrich Straumer informiert auch die Titelgeschichte des neuen Zehlendorfer Heimatbriefs, Ausgabe Oktober 2025. Das Heft ist gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro im Heimatmuseum erhältlich. Außerdem bietet die Kuratorin Führungen durch die Ausstellung und einige Bauten des Architekten an. Aktuelle Infos dazu auf der barrierefreien Webseite des Heimatvereins www.heimatmuseum-zehlendorf.de Das Zehlendorfer Heimatmuseum finden Sie in der Clayallee 355, 14169 Berlin, im Historischen Winkel.

Weitere Fragen zu der Sonderausstellung können Sie an info@heimatmuseum-zehlendorf.de richten.

02) Die Bewerbungsfrist für die Förderprogramme Dezentrale Kulturarbeit (DK) und Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung (BPKB) für das kommende Haushalt 2026 läuft noch!

Pressemitteilung vom 12.11.2025

Dezentrale Kulturarbeit (DK)

Sind Sie Einzelkünstler (alle Sparten sind willkommen), Künstlerkollektive, eingetragene Vereine, Initiativen oder bei regionalhistorischen Projekten: Künstler und / oder Wissenschaftler, aber können Ihre Idee nicht umsetzen, da Ihnen die finanziellen Möglichkeiten fehlen?

Sie können sich für das kommende Haushaltsjahr 2026 mit unserem Online-Antrag bis **01. Dezember 2025** für eine Förderung aus der Dezentralen Kulturarbeit bewerben. Pro Antragsteller kann eine **Fördersumme von maximal 6.000,00 €** beantragt werden. Dabei müssen **20% der Gesamtausgaben für das Projekt durch Eigenmittel finanziert** werden.

Anträge, die außerhalb des Bewerbungszeitraums eingehen, können von der Fachjury nicht berücksichtigt werden. Für eine fristgerechte Antragstellung ist der Eingang beim Bezirksamt Steglitz – Zehlendorf entscheidend.

Der beantragte Durchführungszeitraum soll zwischen 01.04. und 15.12.2026 liegen.

Ihre Anträge reichen Sie bitte **ausschließlich online** ein unter:
<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/auf-einen-blick/kultur/service/foerderung/dezentrale-kulturarbeit-752070.php>

Seite C 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung (BPKB)

Dem Fachbereich Kultur des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf stehen jährlich 45.000,00 € für kulturelle Kooperationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen im Bezirk zur Verfügung. Voraussetzung für eine Antragsstellung ist eine Zusammenarbeit zwischen einem Kunstpartner (Künstler, freie Gruppe, Kultureinrichtung) und einem Bildungs- und/oder Jugendpartner (Schule, Kita, Jugendclub, u.a.). Neben der künstlerischen und der pädagogisch-partizipativen Qualität ist die inhaltliche Qualität der Projekte entscheidend. Es können maximal 5.000,00 € beantragt werden. Sie können sich für das kommende Haushaltsjahr 2026 noch bis **15. Dezember 2025** für eine Förderung aus dem Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung bewerben

Eine Fachjury wird voraussichtlich Anfang Februar 2026 aus allen eingegangenen Anträgen eine Auswahl spannender Projekte bewilligen.

Der beantragte Durchführungszeitraum zwischen 15.04. und 15.12.2026 liegen. Ihre Anträge reichen Sie bitte* ausschließlich online* ein unter:

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/auf-einen-blick/kultur/service/foerderung/berliner-projektfonds-kulturelle-bildung-752042.php>

Beachten Sie bei einer Antragstellung auch bitte die Leitlinie der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftliche Zusammenhalt.

Förderrichtlinien und Rechtsgrundlagen

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/auf-einen-blick/kultur/service/foerderung/artikel.998627.php>

Bei Fragen, wenden Sie sich gern an:

Frau Imelda Gonzalez de Reichel

E-Mail: Imelda.Gonzalez-de-Reichel@ba-sz.berlin.de

Tel: [030 90299 2386](tel:030902992386)

03) Nationalsozialistischer Städtebau im Großraum Berlin am 20.11.2025 – Vortrag von Prof. Dr. Harald Bodenschatz

Pressemitteilung vom 07.11.2025

Donnerstag, 20. November 2025, 18:30-20:00

Schwartzsche Villa, Salon

Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich

Anlässlich der Neuerscheinung des Buchs „Städtebau im Nationalsozialismus. Angriff, Triumph, Terror im europäischen Kontext“ stellt der Mitherausgeber Prof. Dr. Harald Bodenschatz (TU Berlin) einige Ergebnisse seiner Forschung vor. Dieses Buch ist zugleich der Schluss- und Höhepunkt einer 25jährigen Beschäftigung von Harald Bodenschatz und einer wechselnden Gruppe von Fachleuten mit dem Themenfeld Städtebau und Diktatur in verschiedenen europäischen Ländern: in der ehemaligen Sowjetunion, in Italien, in Portugal und in Spanien. „Ein exzellent illustrierter Sammelband zum Städtebau in der NS-Zeit überzeugt durch Aufbau und manche neue Perspektive“, so die FAZ vom 7.8.2025.

Seite C 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Städtebau war ein wesentliches Instrument (nicht nur) der NS-Diktatur. Er diente der Legitimation der Herrschaft, der Produktion von Zustimmung, der Demonstration von Stärke, Effizienz und Schnelligkeit, er untersetzte die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, er vermittelte das gesellschaftspolitische Programm im Inland wie Ausland, und er mobilisierte alte wie neue Fachleute. Er war ein Medium der Konkurrenz, vor allem mit anderen europäischen Diktaturen, und er war von Anfang an ein Mittel zur Vorbereitung und Durchführung des Krieges. Im städtebaulichen Alltag wurde sichtbar, welche sozialen Schichten ausgegrenzt, verfolgt, eingesperrt und ermordet wurden. Auch nach dem Fall der Diktatur bewegt das städtebauliche Erbe dieser Zeit – bis heute. Städtebau und Diktatur ist nicht nur ein historisches Thema.

Das Buch plädiert für einen veränderten Blick auf den Städtebau: hinter die monumentalen Kulissen, hin zu den eigentlichen Prioritäten der NS-Führung, den Projekten zur Vorbereitung und Begleitung des Krieges, dorthin, wo nicht nur gezeichnet, sondern auch gebaut worden ist. Denn immer noch dominiert der Blick auf die großen Protzprojekte, ein Blick, der von der Diktatur selbst propagiert wurde. Hier zeigt sich oft ein zu enges Verständnis von Städtebau, das etwa Altstadterneuerung, die Anlage von Industriegebieten, Autobahnen, Erziehungsanstalten und Lagern sowie andere Einrichtungen der materiellen und sozialen Infrastruktur eher ausklammert. Untersucht wurden diese Gegenstände durchaus, aber viele Ergebnisse bleiben in kleinen Zirkeln verhaftet, in regionalen und disziplinären Zirkeln, in Generationszirkeln. Und in thematischen Zirkeln, die eine Integration in übergeordnete Diskurse erschweren.

Der Vortrag thematisiert ein Teilthema des Buches – den Umbau des Großraums Berlin in eine Rüstungslandschaft, die in Europa einmalig war.

Veranstalter: Fachbereich Kultur Steglitz-Zehlendorf, www.berlin.de/kultur-steglitz-zehlendorf, [030 90299 2302](tel:030902992302)

Pressekontakt: Brigitte Hausmann, brigitte.hausmann@ba-sz-berlin.de Tel [030 90299-2381](tel:030902992381)

04) I2030-Projekt Potsdamer Stammbahn+: Baugrunderkundungen und Kampfmittelsondierungen werden durchgeführt

Pressemitteilung vom 07.11.2025



Kampfmittel Sondierung - Bohrgerät im Einsatz.- Bild: DB Netz AG

Die Deutsche Bahn hat das Bezirksamt informiert, dass entlang der alten Potsdamer Stammbahn, welche quer durch Steglitz-Zehlendorf verläuft, bis März 2026 Baugrunduntersuchungen und Kampfmittelsondierungen erfolgen. Im i2030-Teilprojekt Potsdamer Stammbahn+ wird die Wiederinbetriebnahme der historischen Potsdamer Stammbahn untersucht. Die Deutsche Bahn (DB InfraGO AG) führt derzeit im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg die Vorplanung (Leistungsphase 2 gemäß HOAI) durch.

In diesem Zusammenhang werden ab November 2025 Baugrund- und Kampfmittelsondierungen entlang der Trasse zwischen Potsdam-Griebnitzsee und Berlin-Schöneberg stattfinden. Diese Untersuchungen werden sukzessive bis Herbst 2026 erfolgen.

Die Baugrund- und Kampfmittelsondierungen finden wochentags in der Zeit von 07:00 bis 18:00 Uhr statt, insbesondere in der Form von Bohrungen. Im Bereich der Arbeiten kann es zu Lärm und Erschütterungen kommen. Die ausführenden Firmen sind bemüht, die von den Arbeiten ausgehenden Störungen so gering wie möglich zu halten. Die Eigentümer der Grundstücke wurden, soweit diese auffindbar und erreichbar waren, durch die DB direkt informiert.

In Steglitz-Zehlendorf sind die folgenden Abschnitte betroffen: Bernhard-Beyer-Straße (Steinstücken), Machnower Straße (Kohlhasenbrück) bis Bereich Teerofenweg und Benschallee (Düppel) bis Friedenauer Brücke (Steglitz).

Weitere Infos zum Projekt finden Sie unter: <https://potsdamer-stambahn.deutschebahn.com/> und <https://www.i2030.de/suedwest/>

05) „Die Blaue Wand nach Steglitz-Zehlendorf bringen“ – Veranstaltungsreihe zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde

Pressemitteilung vom 04.11.2025

Berlin, Oktober 2025 – Mit dem ersten Teil der besonderen Veranstaltungsreihe „Die Blaue Wand nach Steglitz-Zehlendorf bringen“ haben wir am 9. Oktober einen bewegenden Gedenksparadgang abgeschlossen. Mit 30 Menschen, die den Gedenksparadgang begleiteten, erinnerten wir an einige Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde in Steglitz-Zehlendorf.

Am 13. November um 16:30 Uhr laden wir herzlich zum zweiten Teil der Reihe in die Ingeborg-Drewitz-Bibliothek ein. Dort erwartet Sie eine Ausstellung mit aktuellen Bildern des Gedenksparadgangs und historischen Bildern. Wir werden Biografien von Opfern aus Steglitz-Zehlendorf vorstellen, die „Blaue Wand“ präsentieren und wollen mit Ihnen einen spannenden Dialog eröffnen, wie eine lebendige und inklusive Gedenkarbeit gelingen kann.

Diese Veranstaltungsreihe hat das Ziel, die Geschichte der Opfer sichtbar zu machen und durch eine aktive Erinnerungskultur Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken.

Die Ausstellung und Lesung „Die Blaue Wand nach Steglitz-Zehlendorf bringen“ wird von der Zukunftssicherung Berlin e.V. und dem Förderkreis Gedenkort T4 e.V. veranstaltet und durch Eileen Moritz, die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen Steglitz-Zehlendorf unterstützt.

Hintergrund

Der Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4 erinnert heute an die mehr als 300.000 Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde wurden. Zentrales Element des Gedenkortes ist die Blaue Wand aus Glas. Sie ist der zentrale Erinnerungsort für Menschen mit Beeinträchtigungen, die im Nationalsozialismus ermordet wurden. Die Opfer kamen aus allen Schichten, von allen Orten, so auch aus Steglitz-Zehlendorf.

Durch den Gedenksparadgang und die Veranstaltung mit Ausstellung soll dies sichtbar gemacht werden.

Programm

- 1. Gedenksparadgang**
- 2. Ausstellung und Lesung**

„Die Blaue Wand nach Steglitz-Zehlendorf bringen“

Ort: Ingeborg Drewitz Bibliothek, Grunewaldstraße 3, 12165 Berlin (3. OG, Aufzug vorhanden)

Datum: 13. November 2025

Uhrzeit: 16:30 bis 18:30 Uhr

Programm:

- Begrüßung und Vorstellung des Projekts
- Präsentation des inklusiven Spaziergangs mit aktuellen und historischen Bildern
- Die Veranstaltung wird von Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam moderiert. Es ist uns wichtig, der Sichtweise von Menschen mit körperlichen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen, die potenzielle Opfer gewesen wären, Gehör zu verschaffen.
- Wir möchten Gedenkorte besser bekannt machen und aufzeigen, wie Inklusion und eine lebendige Erinnerungskultur, der Ausgrenzung und Gefährdung von Menschen entgegenwirken kann.

Informationen zur Barrierefreiheit:

- Zugang über eine DIN-gerechte Rampe und Aufzug.
- Während der Veranstaltung wird „verständliche Sprache“ verwendet.
- Die Veranstaltung wird in Gebärdensprache übersetzt.

Es können höchstens 50 Personen teilnehmen, daher melden Sie sich bitte an.

Bitte melden Sie sich für Rückfragen und zur Anmeldung per E-Mail im Büro der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen:

behindertenbeauftragte@ba-sz.berlin.de

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und darauf, gemeinsam die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten.

Für weitere Informationen besuchen Sie die Webseite.

[Die Blaue Wand nach Steglitz-Zehlendorf bringen](#)

Dieses Projekt wird im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie Steglitz-Zehlendorf durch das Bundesprogramm "Demokratie leben!" des BMBFSFJ gefördert.

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 15 – C 32)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)

[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) 77 Jahre Hoffnung aus der Luft - Geschichte trifft NachbarSchatz!

Pressemitteilung Nr. 462 vom 01.12.2025

Der NachbarSchatz, eine Initiative zur Förderung von Gemeinschaft und Kulturaustausch, freut sich, aufgrund der großen Nachfrage erneut den Kiezhistoriker Hans-Ulrich Schulz begrüßen zu dürfen. In seinem Vortrag „77 Jahre Berliner Luftbrücke!“ beleuchtet er eines der bedeutendsten humanitären Hilfsunternehmen der Nachkriegszeit – ein Symbol für Solidarität und Freiheit im geteilten Deutschland.

Mittwoch, 10. Dezember 2025 von 18:00 bis 19:30 Uhr

Veranstaltungsort: Café Kurve, Friedrich-Wilhelm-Straße 22, 12103 Berlin (Zugang barrierearm)

Die Viersektorenstadt Berlin war in den Jahren 1948/49 krisengeplagt. Der Beginn des „Kalten Krieges“, der Auszug der Sowjets aus dem alliierten Kontrollrat, die Währungsreform, die Blockade der Westsektoren Berlins, die Luftbrücke, Stromsperrungen, hohe Arbeitslosigkeit sowie die unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kohlen – all diese Ereignisse prägten die Zeit. Zudem kam es zur Spaltung des Magistrats und der Stadtverwaltung. Ein unbekannter amerikanischer Fotograf hat diese Momente bildlich festgehalten. Hans-Ulrich Schulz ist im Besitz dieser einmaligen Fotografien und wird dem Publikum viele dieser Ereignisse in einer einstündigen Präsentation näherbringen.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an diesem spannenden Abend teilzunehmen und mehr über einer der beeindruckendsten Phasen der deutschen Zeitgeschichte – die Berliner Luftbrücke – zu erfahren.

Jörn Oltmann, Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung für Finanzen, Personal, Wirtschaftsförderung und Koordination:

„Die Berliner Luftbrücke steht für die Solidarität mit den Berlinerinnen und Berlinern in einer Zeit der Not. Heute verbinden wir mit der Luftbrücke den Willen, niemals aufzugeben. Es ist wichtig, dass wir diese Geschichte bewahren und die Werte der Freiheit und des Zusammenhalts in die Zukunft tragen.“

Oliver Schworck, Stadtrat für Jugend und Gesundheit:

„Das Zusammenstehen in schwierigen Zeiten hat damals Hoffnung und Leben geschenkt. Die Berliner Luftbrücke erinnert uns daran, dass Solidarität und Fürsorge über Grenzen hinweg Leben retten können. Diese Werte sind wichtig und auch heute noch die Grundlage für ein gesundes und starkes Miteinander in unserer Stadt.“

Kontakt

Koordination und Beteiligung (OE SPK)

Nicole Heger

- Tel.: [\(030\) 90277-6759](tel:030902776759)
- [E-Mail an Frau Heger](mailto:heger@ba-ts.berlin.de) heger@ba-ts.berlin.de

Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (OE QPK)

Hannah Marcus

- Tel.: [\(030\) 90277-4780](tel:030902774780)
- [E-Mail an Frau Marcus](mailto:marcus@ba-ts.berlin.de) marcus@ba-ts.berlin.de

Café Kurve

Michelle von Eigen

- Tel.: [\(030\) 7544-3190](tel:03075443190)
- [E-Mail an Frau von Eigen](mailto:m.voneigen@die-kurve.de) m.voneigen@die-kurve.de

**Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung für Finanzen, Personal,
Wirtschaftsförderung und Koordination**

Jörn Oltmann

- Tel.: [\(030\) 90277-2301](tel:030902772301)

Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit

Oliver Schworck

- Tel.: [\(030\) 90277-8703](tel:030902778703)

02) Treffen mit dem ersten Vizebürgermeister Vitalii Lukov der Solidaritätspartnerstadt Mykolajiw im Rathaus Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 455 vom 26.11.2025



Von links nach rechts: Matthias Steuckardt (stellvertretender Bezirksbürgermeister), Vitalii Lukov (Vizebürgermeister von Mykolajiw), Bertram von Boxberg (Bezirksverordneter), Klaus Hackenschmied (Bezirksverordneter), Hanna Montavon (Mykolaiv Water Hub) und Uwe Kasper (Bezirksverordneter)

Am 19. November 2025 empfing der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Matthias Steuckardt, gemeinsam mit drei Bezirksverordneten den ersten Vizebürgermeister unserer Solidaritätspartnerstadt Mykolajiw zu einem kurzfristig organisierten Austausch im Rathaus Schöneberg. Der Besuch erfolgte am Rande einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.

Der Vizebürgermeister aus Mykolajiw berichtete von einer derzeit äußerst angespannten Lage in Mykolajiw. Regelmäßige Stromausfälle, eine kritische Wasserversorgung sowie eine volatile Sicherheitslage – zuletzt durch einen Drohnenangriff in unmittelbarer Nähe des Heizkraftwerks – prägen den Alltag der Stadt. Große Sorge bereiten mögliche Ausfälle der Wärmeversorgung. Die Stadt trifft Vorsorge für den Ernstfall und stärkt den Schutz kritischer Infrastruktur. Internationale Unterstützung bleibt für die Aufrechterhaltung kommunaler Dienstleistungen zentral.

Seite C 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Seit Beginn der Solidaritätspartnerschaft im Mai 2025 konnten bereits zahlreiche Projekte umgesetzt werden: ein Hospitationsprogramm, kulturelle Kooperationen wie die Beteiligung am REC-Filmfestival Berlin und die Unterstützung ukrainischer Künstlerinnen und Künstler, die Installation einer Berliner Fußgängerampel mit dem Berliner Ampelmännchen in Mykolajiw sowie Initiativen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und kommunalen Infrastruktur. Weitere Vorhaben, darunter ein Makers Space in Mykolajiw und die Beteiligung an GIZ-Programmen im Bevölkerungsschutz, befinden sich in Planung.

Das Treffen unterstrich die enge Verbundenheit zwischen Tempelhof-Schöneberg und Mykolajiw sowie den gemeinsamen Willen, den fachlichen Austausch weiter zu vertiefen und konkrete Unterstützungsmaßnahmen auszubauen.

Kontakt:

Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften

Ramon Papadopoulos

- *Tel.: (030) 90277-2403*
- *ramon.papadopoulos@ba-ts.berlin.de*

03) Stadtbäume für Tempelhof-Schöneberg – Gemeinsam pflanzen, Stadtklima stärken



Pressemitteilung Nr. 454 vom 26.11.2025

Das Umwelt- und Naturschutzamt Tempelhof-Schöneberg setzt in der aktuellen Pflanzsaison seine erfolgreiche Initiative „Stadtbäume für Tempelhof-Schöneberg“ in die Tat um. Die Initiative verfolgt das Ziel, den Baumbestand im Bezirk zu stärken, klimaresiliente Arten zu fördern und private Grundstückseigentümer stärker in den Schutz des städtischen Grüns einzubinden.

Öffentliche Pflanzaktion in Lichtenrade – Einladung zur Berichterstattung

Auch auf dem Evangelischen Friedhof Berlin-Lichtenrade wurden vier neue klimaresistente Bäume gesetzt: drei Elsbeeren und eine Esskastanie. Die Arbeiten starteten Anfang November und werden von einem beauftragten Fachbetrieb durchgeführt.

Am heutigen Mittwoch fand die öffentliche Baumpflanzung mit der Bezirksstadträtin Frau Dr. Saskia Ellenbeck auf dem Evangelischen Friedhof Berlin-Lichtenrade, Paplitzer Straße 10-24, 12307 Berlin, statt.



Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck:

„Bäume sind keine Dekoration — sie sind wichtige Lebensadern unserer Stadt. Angesichts zunehmender Versiegelung, stärkerer Hitzeperioden und sinkendem Baumbestand ist jede Pflanzung ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz und zur Verbesserung der Luft- und Lebensqualität in unserem Bezirk.“

Zur Aktion „Stadtbäume für Tempelhof-Schöneberg 2025“: Klimafeste Arten für einen widerstandsfähigen Bezirk

Stadtbäume verbessern nachhaltig das Stadtklima, spenden Schatten und binden Kohlenstoffdioxid. Zudem bieten sie Lebensraum für zahlreiche Tierarten und tragen nachweislich zum Wohlbefinden in der Stadt bei. Für die aktuelle Kampagne konnten sich Interessierte bis zum 30. Juni 2025 bewerben. Geplant war, neue Bäume auf bis zu 40 privaten oder öffentlich wirksamen Flächen im gesamten Bezirk zu pflanzen.

Die Teilnahme war für Bürger kostenfrei: Die Pflanzungen werden über Ausgleichsmittel der Berliner Baumschutzverordnung finanziert und durch einen qualifizierten Garten- und Landschaftsbaubetrieb umgesetzt. Im Gegenzug verpflichten sich die künftigen Baumeigentümer, die neuen Bäume langfristig zu pflegen und zu erhalten.

Seite C 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.

Große Resonanz – 22 neue Bäume für den Bezirk

Im Ausschreibungszeitraum gingen 28 Bewerbungen ein. Nach fachlicher Prüfung werden nun 22 neue Bäume auf privaten Grundstücken im Bezirk gepflanzt – besonders viele davon in der dichter bebauten Schöneberger Innenstadt.



Zum Einsatz kommen vorrangig klimaresiliente Arten wie Elsbeere, Esskastanie, Winterlinde und Spitz-Ahorn, die sich widerstandsfähiger gegenüber Trockenheit, Hitze und städtischen Stressfaktoren erwiesen haben als andere Baumarten.

Kontakt:

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz
Dr. Saskia Ellenbeck

- *Tel.: (030) 90277-6001*

04) Bezirk Tempelhof-Schöneberg würdigt US-Präsident John F. Kennedy

Pressemitteilung Nr. 449 vom 25.11.2025



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und
BVV-Vorsteher Stefan Böltes legen Kranz
an Gedenktafel nieder

Anlässlich des 62. Jahrestages des Attentats auf US-Präsident John F. Kennedy legten Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksverordnetenvorsteher Stefan Böltes heute einen Kranz am Rathaus Schöneberg nieder. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg verweist so alljährlich gebührend auf die herausragende Rolle Kennedys für die Freiheit Berlins und den Frieden für die Menschen in der Stadt. Der Ort für die Kranzniederlegung ist bewusst gewählt, denn direkt neben dem Eingang zum Rathaus befindet sich eine bronzene Gedenktafel zu Ehren des einstigen US-Präsidenten.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Jedes Jahr legen wir diesen Kranz nieder, um einer bemerkenswerten Persönlichkeit zu gedenken, deren Worte und Taten die Geschichte unserer Stadt und der Welt nachhaltig geprägt haben. Kennedys Wirken erinnert uns daran, dass Freiheit kein Selbstläufer ist und dass ihr Schutz gemeinsames Engagement erfordert, besonders in Zeiten politischer Umbrüche, Krisen und Debatten über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Seine Botschaft bleibt sowohl Mahnung als auch Auftrag, besonders dann, wenn neue Herausforderungen entstehen. Unsere Welt braucht auch künftig Persönlichkeiten wie John F. Kennedy – Menschen, die in der Lage sind, Gräben zu überwinden und andere wieder zusammenzubringen und mutig voran gehen. John F. Kennedy steht wie kein Zweiter für Freiheit, Frieden und Demokratie.“



Am 26. Juni 1963 hielt der 35. US-Präsident die Rede mit dem legendären Satz „Ich bin ein Berliner!“ vor dem Rathaus Schöneberg. Keine fünf Monate später wurde John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas im US-Bundesstaat Texas ermordet.

Kontakt:

Büro des Bezirksbürgermeisters
Frau Pia Reinhardt

- Tel.: [\(030\) 90277-6451](tel:030902776451)
- Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de

05) Verleihung des ersten Gemeinschaftspreises des Bezirksbürgermeisters von Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 447 vom 24.11.2025

Am Dienstag, den 25. November 2025, verleiht Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann erstmals den Gemeinschaftspreis im Rathaus Schöneberg. Tempelhof-Schöneberg setzt damit berlinweit einen Meilenstein: Als erster Bezirk schafft er eine eigene Auszeichnung, die Engagement gegen Einsamkeit sichtbar macht und die Bedeutung lebendiger, solidarischer Nachbarschaften hervorhebt.

**Dienstag, 25. November 2025 ab 18:00 Uhr
Einlass ab 17:30 Uhr**

**Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin**

Aus insgesamt 18 Einreichungen hat die unabhängige Jury fünf Projekte nominiert, die sich in besonderer Weise für sozialen Zusammenhalt, Teilhabe und ein starkes Miteinander im Bezirk einsetzen. Die Bandbreite der Projekte reicht von niedrigschwelligen Beratungsangeboten und kulinarischen Begegnungsformaten über inklusive Bewegungsangebote bis hin zu Initiativen, die Nachbarschaftsarbeit stärken, Gemeinschaftsräume schaffen oder marginalisierten Gruppen Sichtbarkeit geben.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Einsamkeit ist ein gesellschaftliches Problem, das die Gesundheit, das Wohlbefinden und am Ende auch den demokratischen Zusammenhalt beeinträchtigt. Aber die Lösungen entstehen genau dort, wo Menschen einander begegnen: in unseren Nachbarschaften, Vereinen, Projekten und Kiezen. Die nominierten Initiativen zeigen eindrucksvoll, wie Engagement vor Ort Isolation durchbricht und Gemeinschaft stärkt. Sie machen unseren Bezirk lebenswerter, für alle Generationen.“

Als Ehrengast wird Lisa Paus, Bundesministerin a. D., erwartet. Während ihrer Amtszeit im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sie die Nationale Strategie gegen Einsamkeit maßgeblich geprägt. Mit der Gründung des Kompetenznetzes Einsamkeit (KNE) und dem nationalen Einsamkeitsbarometer hat sie das Thema bundesweit politisch verankert und aus der Tabuzone geholt. Ihr Besuch unterstreicht die Bedeutung einer starken kommunalen Umsetzung: Tempelhof-Schöneberg verknüpft die bundespolitischen Impulse mit konkretem lokalem Engagement, unmittelbar in den Kiezen, in den Nachbarschaften, bei den Menschen.

Christine Fidancan, Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement:

„Freiwilliges Engagement ist das Fundament einer solidarischen Stadtgesellschaft. Die nominierten Projekte beweisen, wie viel Kraft entsteht, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Ihr Einsatz zeigt, dass Zusammenhalt nicht abstrakt ist, sondern jeden Tag im Kleinen gelebt wird und damit wesentlich zur sozialen Gesundheit und Teilhabe unserer Nachbarschaften beiträgt.“

Folgende Projekte werden an diesem Tag ausgezeichnet:

- Dorfcafé – Bolu Ajibawo
- Eine Prise Menschlichkeit – Über den Tellerrand e.V.
- Inklusiver Spaziergang und gesundes Essen – Wajekama Inklusion gGmbH

Seite C 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.

- Kiezladen Miteinander – Futur:ista e.V.
- L-Support – L-SUPPORT e.V.

Der 1. Preis ist mit 1.000 Euro dotiert, der 2. Preis mit 500 Euro. Drei weitere Projekte erhalten Anerkennungsurkunden.

Der Gemeinschaftspreis würdigt nicht nur herausragendes Engagement, sondern soll auch die Vernetzung zwischen Engagierten, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft stärken und die kommunale Umsetzung der Nationalen Einsamkeitsstrategie weiter voranbringen.

Anmeldung und Kontakt:

Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement

Christine Fidancan

- Tel.: [\(030\) 90277-6051](tel:030902776051)
- ehrenamtsbuero@ba-ts.berlin.de

06) Wien trifft Berlin: Neue Wege im internationalen Verwaltungsaustausch



Netzwerkveranstaltung im Rathaus Schöneberg; am Pult: Simona Dvorsak (Leiterin des Wien-Büros in Berlin); an den Tischen von rechts nach links: Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Österreichischer Botschafter Dr. Alexander Marschik, Bernd Schumacher (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) und Treptow-Köpenicks Bezirksbürgermeister Oliver Igel

Pressemitteilung Nr. 446 vom 21.11.2025

Am 4. November 2025 war das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg Gastgeber der zweiten Netzwerkveranstaltung „Wien trifft Berlin – Neue Wege im internationalen Verwaltungsaustausch“. Zahlreiche Interessierte aus den Berliner Bezirks- und Senatsverwaltungen nahmen daran teil.

In den vergangenen zehn Jahren haben fast 180 Beschäftigte der Berliner Verwaltung mehrwöchige Aufenthalte in der Stadt Wien absolviert. Parallel dazu gab es auch

Seite C 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Hospitationen aus Wien in der Berliner Verwaltung. Dieser kontinuierliche Wissenstransfer hat sich als Erfolgsmodell erwiesen: Er stärkt Kompetenzen, schafft Vertrauen und fördert nachhaltige Netzwerke zwischen den Verwaltungen. Auch der österreichische Botschafter in Berlin, Dr. Alexander Marschik, zeigte sich beeindruckt von diesem facettenreichen Austausch zwischen Wien und Berlin.

Herausforderungen und neue Perspektiven im Verwaltungsaustausch

Viele Austauschprogramme stehen derzeit vor Herausforderungen aufgrund von Einsparungen. So wurde das LoGo! Europe Projekt, das seit 2015 vierwöchige Hospitationen von Beschäftigten der Berliner Bezirke bei europäischen Partnerverwaltungen ermöglichte, im Mai 2025 von der Berliner Finanzverwaltung eingestellt.

Um den Austausch zwischen Wien und Berlin trotz finanzieller Herausforderungen weiterzuführen, trafen sich zahlreiche Vertreter aus den Berliner Verwaltungen im John-F.-Kennedy-Saal des Rathauses Schöneberg zu einer Netzwerkveranstaltung.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Innerhalb des Austausches mit europäischen Verwaltungen nimmt der Austausch mit Wien eine Sonderstellung ein. Gemeinsamkeiten im Verwaltungsaufbau, eine ähnliche Herangehensweise und die gemeinsame Sprache, aber auch eine sehr professionelle Betreuung, haben dazu geführt, dass sich Hospitationen in Wien einer zunehmenden Beliebtheit in der Berliner Verwaltung erfreuen.“

Neben Erfahrungsberichten über erfolgreiche Gruppen- und Einzelhospitationen in der Wiener Verwaltung mit Blick auf mögliche Folgeprojekte wurden in den Impulsreferaten alternative Finanzierungsmodelle für den europäischen Erfahrungsaustausch vorgestellt. Geplant sind die GoEurope-Europahospitationen 2026 unter der Federführung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Darüber hinaus ist es möglich, sich am EU-Flagship-Projekt PACE des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie am EU-Austauschprogramm City-to-City von URBACT und der European Urban Initiative (EUI) Deutschland zu beteiligen.

Ausklang und positives Feedback

Zum Abschluss lud das Internationale Büro der Stadt Wien gemeinsam mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg zu einem kulinarischen After-Work-Event ein. Bei Wiener Spezialitäten konnten die Teilnehmenden Gespräche vertiefen, neue Kontakte knüpfen und erste Anregungen für künftige Austausche zwischen Wien und Berlin entwickeln. Die Veranstaltung zeigte erneut, wie wertvoll der persönliche Austausch zwischen den Verwaltungen beider Städte ist.

Kontakt:

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften

Mirka Schuster

- *Tel.:* [\(030\) 90277-2781](tel:030902772781)
- *Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de*

07) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann lädt zum 47. Lichtenrader Lichtermarkt ein

Pressemitteilung Nr. 433 vom 18.11.2025

Mit einer Lichtinstallation am Dorfteich erreicht das 650. Gründungsjubiläum in Lichtenrade seinen Höhepunkt

Das 650. Jubiläum von Lichtenrade wurde in diesem Jahr von vielen engagierten Lichtenradern gefeiert. Zum Abschluss können sich alle Bürger auf den traditionellen Lichtenrader Lichtermarkt mit einem tollen JubiläumshighLIGHT freuen.

47. Lichtenrader Lichtermarkt

**Erster Adventssonntag, 30. November 2025 von 13:00 bis 19:00 Uhr
rund um den Dorfteich an der alten Dorfkirche – Alt-Lichtenrade, 12309 Berlin**

**JubiläumshighLIGHT am Lichtenrader Dorfteich
ab dem 1. Advent, 30. November 2025 bis zum 6. Januar 2026
Lichtinstallation in den Abendstunden**

An rund 120 Ständen werden neben selbstgebastelten Strickprodukten, Bienenwachskerzen und Weihnachtsgestecken auch selbstgebackene Kekse, Waffeln und Kuchen verkauft. Glühwein, Kinderpunsch und vieles mehr gibt es auch – dabei gehen alle Erlöse an einen gemeinnützigen Zweck.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Ich freue mich sehr, mit Ihnen auf dem traditionellen Lichtenrader Lichtermarkt den großen Geburtstag von Lichtenrade zu feiern. „Lichtenrade – I love it“ ist das Motto, das uns das ganze Jahr begleitet hat und auch beim Lichtenrader Lichtermarkt und der Lichtinstallation weitergetragen wird. Ich bedanke mich bei allen Ehrenamtlichen und Engagierten, die diesen Weihnachtsmarkt jedes Jahr zum Leben erwecken und damit etwas Besonderes schaffen.“

Der Lichtenrader Lichtermarkt ist gemeinnützig. Ein Eintritt wird nicht erhoben. Die Anreise mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln wird empfohlen.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website zum 650. Jubiläum von Lichtenrade](#) und auf der [Website zum Lichtenrader Lichtermarkt](#).

Organisationseinheit Pressestelle und Veranstaltungsmanagement

Laura Frömberg

- Tel.: [\(030\) 902773497](tel:030902773497)
- veranstaltungen-pressestelle@ba-ts.berlin.de

08) Demokratielunch am 22. November 2025 im Rathaus Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 426 vom 13.11.2025

Auch in diesem Jahr veranstaltet die Partnerschaft für Demokratie Tempelhof-Schöneberg wieder den beliebten Demokratielunch. Eingeladen sind alle Engagierten aus dem Bezirk, Vereine und Initiativen, Menschen aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft.

**Sonnabend, 22. November 2025 von 12:00 bis 15:00 Uhr
(Einlass ab 11:30 Uhr)**

**Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Saal
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin**

Demokratie geht nur gemeinsam – auch in Tempelhof-Schöneberg. Bei einem moderierten Lunch wollen wir in mehreren Gängen ins Gespräch kommen und uns über Engagement im Bezirk austauschen, bestärken und Aktionen entwickeln: Welche Themen und Projekte fehlen? Wie fördern wir Vielfalt und wie bekämpfen wir menschenfeindliche Einstellungen?

Der Demokratielunch wird von der bezirklichen Partnerschaft für Demokratie organisiert und über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Anmeldung: Bitte melden Sie sich über das [Anmeldeformular](#) an.

Der Demokratielunch ist Teil von **CrossKultur 2025 – Festival der Vielfalt:**

- [Internetseite „CrossKultur 2025“](#)
- [Demokratielunch „Über künftiges Engagement, Vielfalt und Demokratieförderung“ auf der CrossKultur-Seite](#)

Kontakt:

Partnerschaft für Demokratie

Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg gGmbH
Florian Pfeifer

- Tel.: [\(030\) 5130192-43](tel:030513019243)
- Pfeifer@berlin.arbeitundleben.de

09) „Einmischen! statt Aufmischen – Demokratiebildung & Prävention vor Radikalisierung“

Pressemitteilung Nr. 423 vom 13.11.2025

Ein Präventionsfachtag der Kooperation Schule-Jugendhilfe-Gesundheit in Tempelhof-Schöneberg

Die für Jugend, Gesundheit und Schule zuständigen Stadträte Oliver Schworck und Tobias Dollase luden gemeinsam mit den Leitungen der entsprechenden Fachämter sowie der regionalen Schulaufsicht, dem Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) Tempelhof-Schöneberg und dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) am 12. November 2025 circa 230 Fachkräfte aus den Ressorts Schule-Jugendhilfe-Gesundheit zu einem kooperativen Fachtag ein.

Der Fachtag steht in Tradition der jährlich im Bezirk durchgeführten Präventionsfachtage mit dem Ziel der Verbesserung der ressortübergreifenden Vernetzung. Diesmal zum Schwerpunktthema „Einmischen! statt Aufmischen – Demokratiebildung & Prävention vor Radikalisierung“. Der Präventionsfachtag bot erneut eine vielfältige Plattform zur Vernetzung, Wissensanreicherung und zum kollegialen Austausch.

Nach den Grußworten der Stadträte eröffneten zwei Einstiegsvorträge den Fachtag: Juniorprofessorin Dr. Luisa Girnus (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität) stellte dem Auditorium wissenschaftliche Erkenntnisse und Anregungen zu „Demokratiebildung in Schule und Jugendarbeit“ vor. Steven Avanzato-Driesner und Angela Wischner vom Landeskriminalamt Berlin skizzierten die Datenlage zu „Radikalisierungsphänomenen in der Altersphase von Kindern und Jugendlichen“ mit Blick auf Berlin und Tempelhof-Schöneberg.

Folgend konnte sich das Fachpublikum an 22 Marktplatzständen über regionale und überregionale Angebote zur Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention informieren und vernetzen.

In 10 Workshops wurde anschließend zu Schwerpunktthematiken wie rechtsextreme Symbole und Erscheinungsformen, „Nahostkonflikt“, Antifeminismus in den sozialen Medien, Streetwork und Straßenpolitisierung, Partizipation und Teilhabe an Sport und Bewegung, Selbstverwaltung in der offenen Jugendarbeit, Kinderrechte, Antiziganismus sowie „Pädagogischer Umgang mit Emotionen und Förderung von Widerspruchstoleranz in einer vielfältigen Gesellschaft“ informiert und diskutiert.

Der Fachtag endete mit offenen Gesprächstischen, an denen bezirkliche Leitungskräfte zum Gespräch einluden.

An dieser Stelle Dank an die über 70 aktiv beteiligten Personen, die mit ihrer Expertise zum Gelingen eines weiteren äußerst erfolgreichen Präventionsfachtages beitrugen.

Kontakt:

**Koordination der Kooperation von Schule-Jugendhilfe-Gesundheit
für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**

Britta Heller

Seite C 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

- [Alarichstraße 12-17](#)
[12105 Berlin](#)
- Raum: 330
- Tel.: [\(030\) 90277-6256](#)
- Mobil: [015115076419](#)
- britta.heller@senbjf.berlin.de

10) Deutsch-Polnische Begegnungen zum 20. Hanza Jazz Festival in der Partnerstadt Köslin / Koszalin

Pressemitteilung Nr. 419 vom 10.11.2025



Bild: CK 105 Koszlin

Auf Einladung von Tomasz Sobieraj, Stadtpräsident von Koszalin, und von Pawel Strojek, Direktor des Kulturzentrums CK 105, besuchte Matthias Steuckardt, stellvertretender Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, das international renommierte Hanza

Seite C 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Jazz Festival in der Partnerstadt Koszalin. Matthias Steuckardt wurde begleitet von den Bezirksverordneten Corinna Volkmann und Harald Gindra sowie von Klaudia Boehnisch-Kulik und der Städtepartnerschaftsbeauftragten Mirka Schuster. Die Gruppe war begeistert von der großen Gastfreundschaft der polnischen Partner. Neben dem Besuch des Jazz Festivals fanden auch Begegnungen und Diskussionen mit dem Stadtrat von Koszalin (dem Stadtparlament) und der Stellvertreterin des Stadtpräsidenten statt. Da sich der Stadtpräsident nicht in Koszalin befand, konnte er leider nicht dabei sein.

Die Partnerschaft mit der 106.000 Einwohner zählenden, in der Nähe der Ostsee gelegenen Stadt Koszalin wurde 1995 begründet und besteht inzwischen seit 30 Jahren.

Die Zusammenarbeit mit Köslin erstreckt sich auf sehr viele Bereiche. Dazu gehören u. a. der Fachkräfteaustausch (einige Beschäftigte des Bezirksamtes haben bereits Fachhospitationen in der Kösliner Verwaltung absolviert) und die künstlerische Zusammenarbeit. Seit 2014 nehmen Jugendliche aus Koszalin am REC Filmfestival in der ufaFabrik teil, und fast ebenso lange gibt es enge Kontakte zwischen dem Kulturzentrum CK 105 und der Leo Kestenberg Musikschule in Schöneberg. So hatte auch die Jazzband „Yes Indeed“ der Musikschule sehr erfolgreich am 20. Hanza Jazz Festival teilgenommen. Aus Anlass des Partnerschaftsjubiläums war die bekannte Kösliner Tanzgruppe „Baltyk“ beim diesjährigen Nachbarschaftsfest im Mai am Rathaus Schöneberg aufgetreten.

Mit Blick auf das 760. Stadtjubiläum von Koszalin, das am Pfingstwochenende 2026 gebührend gefeiert werden soll, wurden bereits Einladungen an die Leo Kestenberg Musikschule, den Juxirkus sowie die Kochschule Palladin ausgesprochen. Auch die anderen Städtepartner Koszalins werden erwartet, allein drei davon aus Deutschland: Neubrandenburg, Neumünster und Schwedt. Weitere Partnerstädte Koszalins liegen in Dänemark, Schweden, Finnland, der Ukraine, Litauen, Niederlande, Italien, Frankreich und China.

Kontakt:

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften

Mirka Schuster

- Tel.: [\(030\) 90277-2781](tel:030902772781)
- Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de

11) Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag

Pressemitteilung Nr. 415 vom 07.11.2025

Kranzniederlegung in Lichtenrade

Bundesweit wird am Volkstrauertag der Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Terrorismus gedacht. Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg veranstaltet in diesem Jahr auf dem Evangelischen Kirchhof Lichtenrade eine Gedenkveranstaltung, die von Schülern des Ulrich-von-Hutten-Gymnasiums mitgetragen wird.

Gedenken zum Volkstrauertag

Sonntag, 16. November 2025 um 11 Uhr

Evangelischer Kirchhof Lichtenrade, Paplitzer Straße 10-12, 12307 Berlin

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksverordnetenvorsteher Stefan Böltes werden am Sonntag an der Gedenkstätte für die Kriegsoffer einen Kranz niederlegen und Worte des Gedenkens sprechen.

Anlässlich des 650. Jubiläums von Lichtenrade kooperiert das Bezirksamt in diesem Jahr mit dem dortigem Kirchhof und dem Ulrich-von-Hutten-Gymnasium. Im Rahmen des Religionsunterrichts beschäftigen sich bereits im Vorfeld Schüler mit dem Volkstrauertag sowie mit der Erinnerungskultur auf dem Lichtenrader Kirchhof. Während der Veranstaltung werden sie Gedichte und selbstgeschriebene Texte vortragen und dabei Biographien der hier begrabenen Opfer sowie deren Schicksale vorstellen und würdigen.

Der Gedenktag vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurde ursprünglich eingeführt, um an die Opfer des Ersten Weltkriegs und später auch des Zweiten Weltkriegs zu erinnern. Heute versteht sich der Volkstrauertag als ein Tag der Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Kontakt:

Büro des Bezirksbürgermeisters

Pia Reinhardt

- *Tel.: [\(030\) 90277-6451](tel:030902776451)*
- *Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de*

Seite C 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

**12) Gemeinsames Gedenken an die Reichspogromnacht vor 87 Jahren und
Einladung zum Lebensmelodien-Konzert: „Sing um dein Leben, Grieche!“**

Pressemitteilung Nr. 409 vom 05.11.2025

Am Samstag, dem 9. November 2024 jährt sich zum 87. Mal die Reichspogromnacht. Bundesweit wird an diesem Tag an die Opfer der nationalsozialistischen Pogrome und an die systematische Ermordung der europäischen Juden erinnert.

Sonntag, 9. November 2025 um 16:00 Uhr

**Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge
Münchener Straße 38, 10779 Berlin**

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann eröffnet die Gedenkveranstaltung. Weitere Redner sind angefragt. Im Anschluss werden Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksverordnetenvorsteher Stefan Böltes gemeinsam einen Kranz am Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge niederlegen, gefolgt von einer Schweige- und Gedenkminute.

Für den Abend sind alle herzlich in die Apostel-Paulus-Kirche zum Lebensmelodien-Konzert: „Sing um dein Leben, Grieche!“ eingeladen.

Lebensmelodien-Konzert: „Sing um dein Leben, Grieche!“

Sonntag, 9. November 2025 um 19:00 Uhr

**Apostel-Paulus-Kirche
Grunewaldstraße 77A, 10823 Berlin**

Es erklingen Werke, die von spanischen, italienischen und griechischen Jüdinnen und Juden während der Shoah gesungen werden. Die fremde Sprache half auch, um Informationen und Emotionen an den Nazis vorbei zu schmuggeln. Ganz besonders: Ein Jude aus Korfu hatte eine so bezaubernde Stimme, dass sein Gesang ihm und anderen mehrfach das Leben rettete!

- Der Eintritt ist frei.
Eine Anmeldung ist erforderlich über die [Webseite des Evangelischen Kirchenkreises Tempelhof-Schöneberg](#).

Kontakt:

OE Pressestelle und Veranstaltungsmanagement
Frau Siebenhaar

- Tel.: [\(030\) 90277-3499](tel:030902773499)
- veranstaltungen-pressestelle@ba-ts.berlin.de

02) Deutsche Bahn und anderes mehr... Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-28

25. November 2025

50. Jahrgang

Die Schuldfrage

Es wird Zeit, dass sich **paperpress** einen Laptop anschafft. Der Autor dieses Beitrages ist gestern in Hamburg fast geplatzt, weil er seinen Senf nicht zur Lage in der Berliner SPD dazugeben und versenden konnte, sondern bis zur heutigen Rückkehr von der Elbe an den Teltowkanal warten musste. Schuld an diesem Zustand ist die klamme Finanzlage des Vereins. Bevor der Senftopf aber nun geöffnet wird, zwei Vorworte:

Weihnachtsspende

Was macht der Mann immer wieder in Hamburg? Einmal im Monat findet in der Hansestadt eine Vorstandssitzung des *Fördervereins MitSpielen e.V.* statt. Da die Mitglieder etwas verstreut im Lande leben, ist Hamburg der gemeinsame geographische Nenner. Der Verein fördert Kinderprojekte in Berlin, zum Beispiel Auftritte von Theatergruppen, Clowns und Zaubern in Kitas oder Grundschulen. Sollten Sie in der Vorweihnachtszeit noch überlegen, an wen Sie in diesem Jahr etwas spenden möchten, dann hier ein Tipp:

Förderverein MitSpielen e.V.
Berliner Volksbank
IBAN DE58 1009 0000 2442 0610 01

Spendenbescheinigungen stellt der gemeinnützige Verein selbstverständlich aus. Sie können sich auch mit Vorschlägen an den Verein wenden, wenn Sie ein Kinderprojekt kennen, das eine Unterstützung gebrauchen könnte, zwischen 200 und 500 Euro.

mitspielen-ev@gmx.de
www.mitspielen-ev.de

Deutsche Bahn

Na, Lust auf ein neues Abenteuer? Wie immer in den letzten Wochen, wurde auch an diesem Montag ein verkürzter Zug kurzfristig zur Verfügung gestellt, zu Lasten der Sitzplatzreservierung. Gebucht in Fahrtrichtung, andersherum bekommen: Rückwärts immer, vorwärts nimmer. Und wie vor vier Wochen, so fand auch diesmal zehn Minuten vor Abfahrt ein Gleiswechsel statt, von 8 nach 4. Im Namen der **DB** entschuldigte sich die Zugchefin „für den ungeplanten Frühsport über vier Gleise.“ Aber, der Zug kam pünktlich in Hamburg an, sogar drei Minuten zu früh. Erwähnte Zugchefin, die offenbar einen Clown gefühstückt hatte, stellte es den Reisenden frei, diese

drei Minuten noch im Zug verbringen zu dürfen. Rückfahrt heute: Gleiswechsel nur von 11 nach 12 auf demselben Bahnsteig. Aber, Änderung der Wagenreihung. Und wieder rückwärts statt vorwärts. Ankunft in Berlin zehn Minuten später wegen ungeplanter Stopps auf freier Strecke.

Nun aber zum Thema:

Noch'n Vorwort: Im Laufe der Jahre habe ich mich mehrfach als SPD-Stammwähler, obwohl bereits 1998 nach 30 Jahren aus dem Verein ausgetreten, geoutet. Fast egal, was geschieht, werde ich weiterhin dort mein Kreuz machen, wofür es viele inhaltliche, aber auch historische Gründe gibt. Auch die Berliner CDU ist mir nicht unsympathisch, aber man hat ja nur eine Stimme.

Christian Latz, gibt in einem Kommentar im **Tagesspiegel** **Martin Hikel** und **Nicola Böcker-Giannini** die Schuld am Desaster in der SPD. „*Das linke Sozialdemokraten Martin Hikel auf dem Neuköllner Kreisparteitag einen heftigen Denkmittel verpassen wollten, war ein strategischer Fehler. Das gilt allerdings auch für Hikels Entscheidung. Mit dem Rückzieher hat Hikel seiner Partei geschadet. ... Ähnliches gilt für Böcker-Giannini. Auch sie wusste vorab, wie aussichtslos ihr Plan sein würde, für das Abgeordnetenhaus zu kandidieren. ... Doch Böcker-Giannini hörte nicht. Und gab damit den entscheidenden Anstoß, der die Partei nun endgültig in die Krise stürzte.*“

Die Schuldfrage sehe ich ganz anders, Herr Profi-Kollege. Es ist eine Frage des Anstands und der Wertschätzung, dass beide Vorsitzenden von den Funktionären mit einem deutlichen Mandat ausgestattet werden, schließlich sind sie durch den Willen der Mitglieder in ihre Ämter gekommen. Die Funktionäre haben mit ihrem Verhalten ihren Mitgliedern eins in die Fresse gehauen. Wäre ich heute noch Mitglied der SPD, läge mein Austrittsschreiben schon in der Parteizentrale.

Hikel hätte über 90 Prozent Zustimmung und Böcker-Giannini Platz Eins auf welcher Bezirksliste auch immer bekommen müssen. Bei **Steffen Krach** funktionierte das völlig geräuschlos und selbstverständlich. Die Schuldfrage am Chaos in der SPD ist geklärt. „*Schadenfroh blickt derweil die politische Konkurrenz auf die Machtkämpfe in der SPD*“, berichtet heute früh der **Tagesspiegel** **Checkpoint**. „*So hatte der frühere CDU-Abgeordnete und Justizsenator Michael Braun bereits am Wochenende nach dem Rückzug der Parteilosophen Martin Hikel und*

1

paperpress

Nr. 643-28

25. November 2025

50. Jahrgang

Nicola Böcker-Giannini auf Facebook geschrieben: „Im Namen aller Berliner CDUten bedanke ich mich bei **Raed Saleh** für seine Mauschelelen in fast allen Kreisverbänden der Berliner SPD. Möge er uns noch lange erhalten bleiben. Dank seiner Führungskompetenz und seiner Bereitschaft zu innerparteilichen Auseinandersetzungen hilft er uns, der CDU, wieder deutlich stärkste Partei in Berlin zu werden. Danke und nochmals Danke.“

„Anders hörte sich an, was gestern einlge Sozialdemokraten dem Checkpoint sagten: Sie sprachen von einem ‚verzweifelten Kampf gegen Saleh‘ – und stellten sogar infrage, ob die SPD es mit der gegenwärtigen Aufstellung bis zum Wahltag schafft.“

Bei uns in Tempelhof

Früher, als Tempelhof noch nicht mit Schöneberg zwangsverheiratet worden war, sangen wir stets das lustige Lied: „Was haben wir für nen Maurer bei uns in Tempelhof. Der schiebt die Steine hin und her und denkt, wenn 's bloß erst sechse wär! Oh, oh, oh, bei uns in Tempelhof.“ Zu jeder Berufsgruppe gibt es einen Vers.

Also: Im Heimatbezirk von **paperpress**, bei uns in Tempelhof-Schöneberg, wurden am vergangenen Wochenende auch die Listen für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung aufgestellt. Außerdem wurden die Wahlkreise verteilt. Auf dem Stimmzettel für den Wahlkreis (Erststimme) steht natürlich der Kandidat. Auf dem für die wichtige Zweitstimme, die über die prozentuale Zusammensetzung des Parlaments entscheidet, die ersten beiden Namen der Bezirksliste. Es empfiehlt sich also, dort zwei bekannte Namen zu platzieren.

Was aber nun, wenn es mehr als zwei bekannte Namen gibt, wie **Melanie Kühnemann-Grunow**, die Vize-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, oder **Orkan Özdemir**, der als einziger seinen Wahlkreis Friedenau direkt gewann, oder Wirtschaftsstaatssekretär **Michael Biel**? Nicht zu vergessen der profilierte Linke Abgeordnete **Sebastian Schlüsselburg**, der zur SPD wechselte. Neu auf der Bewerberliste für das Abgeordnetenhaus, **Oliver Schworck**, der nach 20 Jahren Kommunalpolitik als Bezirksstadtrat jetzt in die Landespolitik wechseln will.

Auch die weniger bekannte Kreisvorsitzende **Wiebke Neumann** kandidiert erneut für das Hohe Haus. Wenn die SPD wieder vier Abgeordnete stellen darf, dann die ersten vier von der Liste: Neumann, Özdemir, Kühnemann-Grunow und Biel. Schlüsselburg,

Platz 6, und Schworck, Platz 8, hätten keine Chance. Sie müssten ihre Wahlkreise direkt gewinnen. Schlüsselburgs Wahlkreis 5, mit Teilen von Tempelhof und Mariendorf entlang des Teltowkanals, hat die SPD zwischen 2006 und 2021, dreimal mit **Frank Zimmermann** und einmal mit **Lars Rauchfuß** direkt gewonnen, verlor ihn aber bei der Wiederholungswahl mit 40,3 zu 22,3 Prozent deutlich an **Roman Simon** von der CDU. Schworcks Wahlkreis 6, Mariendorf Süd und Marienfelde Nord, hat seit Menschengedenken immer die CDU gewonnen, zuletzt holte **Scott Körber** 47,5 Prozent.

Für den Erfolg gewöhnten **Sebastian Schlüsselburg**, der dreimal hintereinander für die Linke seinen Wahlkreis in Lichtenberg gewann, kann es 2026 bitter werden.

Platz 1 gehört den Frauen

So sollte es in der SPD sein. Daran können sich aber nicht alle erinnern. Nach dem Sündenfall für die Bundestagswahl, wo plötzlich **Annika Klose**, ausgerechnet, den ersten Platz **Ruppert Stüwe** überließ, sind bislang drei Kreise diesem Beispiel gefolgt: Mitte: **Mathias Schulz**. Charlottenburg-Wilmersdorf: **Florian Dörstelmann**. Spandau: **Raed Saleh**.

Quelle: SPD – alle Angaben ohne Gewähr

Und für die BVV?



Auf dem Wahlschein für die Bezirksverordnetenversammlungen stehen die ersten drei Namen der Liste. In Tempelhof-Schöneberg sind das **Marijke Höppner**, **Oliver Fey** und **Sarah Walter**. Die frühere Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**

kandidiert nicht erneut, ebenso **Oliver Schworck**, und so rückt die Fraktionsvorsitzende von dem einstigen Platz Drei auf Eins. Und das bedeutet die Anwartschaft für einen Stadtratsposten. Foto: Rawert

Wenn die SPD wieder ein Bezirksamtsmitglied stellen darf, hieße dieses höchstwahrscheinlich **Marijke Höppner**. Welches Ressort sie übernehmen, entscheidet sich nach dem 20. September 2026.

Alle Kandidierenden aller Parteien sind im Internet zu finden. Jetzt ist es an uns, hinter welcher Partei und Kandidatennamen wir unsere Kreuze machen.

Ed Koch

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

03) SPD - Der Abstieg nimmt Fahrt auf. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-26

23. November 2025

50. Jahrgang

Der Abstieg nimmt Fahrt auf

Wann hört die Berliner SPD endlich auf, ihre Mitglieder zu befragen, wenn es um die Besetzung der Spitzenpositionen geht? Die Funktionäre mögen keine Mitgliederbefragungen, weil bei denen immer etwas anderes herauskommt, als sie sich wünschen. Wäre es nach den Landesparteitagsdelegierten gegangen, hießen die SPD Vorsitzenden nicht **Martin Hikel** und **Nicola Böcker-Giannini**.

Schon kurz nach ihrem Amtsantritt am 25. Mai 2024 begann ihre die Demontage. Mit 58 Prozent wurden beide von den Mitgliedern nominiert. Das Votum der Mitglieder interessierte die Landesdelegierten wenig. Anstatt ihre neue Führung mit einem ordentlichen Ergebnis auszustatten, erhielten Hikel 65,5 und Böcker-Giannini 67,7 Prozent Zustimmung. Dieses Ergebnis hätten beide nicht akzeptieren und die Wahl ablehnen müssen. Bei 68,5 Prozent, deutlich mehr als beim Landesparteitag, hat Hikel in Neukölln auf eine erneute Nominierung für das Bürgermeisteramt verzichtet.

Nachdem nun auch Böcker-Giannini in Reinickendorf versenkt wurde, treten beide jetzt zurück. Zehn Monate vor der Wahl. „Oh je, SPD. Schlimmer konnte es kaum kommen: Die Berliner SPD startet in den Wahlkampf – und verliert ihre Führungsspitze.“, schreibt Morgenpost Vize-Chefredakteur **Gilbert Schomaker**, in seinem Kommentar.

Wer hätte es gedacht, nun soll **Steffen Krach** den Parteivorsitz übernehmen, ohne Mitgliederbefragung oder Landesparteitag. Dort wurde er gerade mit einhundertprozentiger Zustimmung per Akklamation zum Spitzenkandidaten gewählt. Auf eine geheime Abstimmung hat man sicherheitshalber verzichtet.

In der aktuellen **rbb**-Umfrage liegt die SPD derzeit mit 13 Prozent auf dem fünften Platz, hinter CDU (22%), Linke (19%), Grüne (16%) und AfD (16%). Der Selbstzerfleischungsprozess der SPD geht weiter. Einsicht scheint bei den Genossen ein Fremdwort zu sein. Die Lust am Untergang ist größer als die für den Aufschwung. Wenn es der Wunsch der SPD ist, untergehen zu wollen, dann soll es so sein. Schließlich ist heute Totensonntag.

Ed Koch

WG: Ergänzung

Posteingang

paperpress@berlin.de So., 23. Nov., 20:25 (vor 5 Tagen)

an paperpress

Steffen Krach soll natürlich ordentlich vom Landesparteitag zum Vorsitzenden gewählt werden, im Frühjahr 2026.

Bis zur Wahl des neuen Landesvorsitzes nehmen die stellvertretenden Landesvorsitzenden die Aufgaben wahr, Cansel Kiziltepe, Mathias Schulz, Sinem Taşan-Funke und Rona Tietje.

Mit freundlichen Grüßen

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

04) Böllerverbot JETZT / Pakt mit dem Teufel. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-24

21. November 2025

50. Jahrgang

Böllerverbot JETZT

Wenige Wochen vor dem Jahresende haben die Produzenten von Feuerwerkskörpern längst ihre Lager gefüllt und die Händler ihre Bestellungen aufgegeben. Ob ein Böllerverbot noch für dieses Jahr durchgesetzt werden kann, ist unwahrscheinlich. Trotz des erwarteten wirtschaftlichen Schadens für die Verkäufer, wäre ein aber Verbot wünschenswert.

Die Umfrage von **rbb 88.8** und der **rbb24 Abendschau** ist keine Volksabstimmung, aber repräsentativ: *Befragt wurden zwischen dem 13. und 17. November 1.185 Wahlberechtigte aus Berlin (696 Telefoninterviews und 489 Online-Interviews).*

„87 Prozent wünschen sich, dass mehr Böllerverbotzonen an stark belasteten Orten eingerichtet werden.“ Der Autor dieses Beitrages schlägt den kompletten Ortsteil Mariendorf vor. *„Als Alternative zum privaten Feuerwerk sprechen sich 74 Prozent der Befragten dafür aus, mehr zentrale und professionelle Feuerwerks-Veranstaltungen durchzuführen.“* Zum Beispiel auf dem Tempelhofer Feld.

Knapp zwei Drittel der Befragten sind dafür *„ein allgemeines Verkaufsverbot für Silvester-Feuerwerk zu erlassen.“* *„Auch wenn laut Umfrage die überwiegende Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner sich für Maßnahmen wie das Böllerverbot ausspricht, dürfte dies so schnell nicht kommen. Das Sprengstoffrecht ist Sache des Bundes - und auch mehrere Ministerpräsidenten von Flächenländern, darunter Markus Söder aus Bayern, haben sich in der Vergangenheit immer gegen ein Verbot ausgesprochen.“*, während Berlins Innensenatorin **Iris Spranger** nach den Exzessen der letzten Silvesternacht mit Toten und Verletzten in Berlin ein generelles Böllerverbot durch den Bund gefordert hat.

Das Hauptproblem ist und bleibt aber das Verhalten der Menschen. Niemand wird gezwungen, Sprengstoff zu kaufen und in seinem Kiez Krieg zu spielen. Wenn man sich jedoch die Bilder des letzten Jahres vor Augen führt, die Leute zeigten, die für hunderte von Euro Feuerwerkskörper einkaufen, wo es doch allen so schlecht geht, ist es eine Illusion anzunehmen, dass es in diesem Jahr zu Silvester erträglicher wird. Wer Krieg spielen will und den Kitzel von explodierenden Raketen braucht, kann sich gern auf den Weg in die Ukraine machen. Dort findet das Silvesterfeuerwerk an jedem Tag statt, unter Echtzeitbedingungen, mit immensen Zerstörungen und Toten. *Quelle: rbb*

Pakt mit dem Teufel

Es gibt nur einen auf der Welt, der Kriege beenden kann, und das ist der amerikanische Despot **Donald Trump**. Er sei, berichten Medien, genervt von Russland und der Ukraine, weil sie in Sachen Frieden nicht zu Potte kommen. Dabei könnte Trump Putin militärisch so unter Druck setzen, dass dieser die Sinnlosigkeit seines Krieges einsehen würde. Aber Putin ist nun mal Bruder im Geiste von Trump und dieser arbeitet daran, dass sein russischer Freund nicht mit einem Gesichtsverlust vom Schlachtfeld geht.

Die Ukraine wurde nachträglich von dem Plan informiert, Europa saß nicht einmal am Katzentisch bei den Verhandlungen. Wir versinken in der Bedeutungslosigkeit. Der Plan sieht unter anderem vor, dass der gesamte Donbass an Russland gehen soll, obwohl der Aggressor das Gebiet nicht vollständig kontrolliert. Das heißt, die Menschen, die dort wohnen, werden fliehen, zum Beispiel in den freien Teil Europas. Kaum vorstellbar, dass es Einwohner gibt, die freiwillig einen russischen Pass annehmen.

„Die ukrainische Armee soll in der Größe halbiert und die Bewaffnung verkleinert werden.“ Die ukrainische Armee, das hat sich gezeigt, ist der Angstgegner Russland, der Putins Truppen erheblich dezimiert hat. Damit einhergehend soll die Ukraine auf Waffen mit einer bestimmten Reichweite, beispielsweise bis nach Moskau, verzichten. Während auf russischer Seite Soldaten aus Belarus und Nordkorea morden, dürfen in der Ukraine keine ausländischen Truppen zur Verteidigung beitragen. Der Punkt im Plan, der am meisten Bauchschmerzen macht, ist die Sicherheitsgarantie der USA. Trump macht einen Pakt mit dem Teufel. Wer soll glauben, dass Putin nicht eines Tages wieder angreift. Und dann hilft Trump? Schöne Vorstellung. Putin sorgt schon vor, denn Russisch soll in der Ukraine als Staatssprache anerkannt und die moskautreue orthodoxe Kirche wieder zugelassen werden.

Ein Journalist sagte heute Morgen, dass es dieses Planes nicht bedurfte, die Ukraine hätte sich auch von allein ergeben können. Aber, machen wir uns nichts vor. Der Ukraine wird wenig anderes übrigbleiben, als diesen Friss-oder-Stirb-Deal anzunehmen. Das Töten und Zerstören muss aufhören. Was wir brauchen, ist eine umfassende Böllerverbotzone in der Ukraine.

Ed Koch

1

05) Countdown ins Chaos. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-23

20. November 2025

50. Jahrgang

Countdown ins Chaos

Heute in einem Jahr dürfen wir in Berlin mal wieder wählen, das Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen. Der **rbb** hat **Infratest dimap** mal wieder fragen lassen, was wir wählen würden, wenn wir schon an diesem Sonntag wählen dürften.

1.185 Menschen wurden zwischen dem 13. und 17. November 2025 befragt. In einer Zeitspanne, als die Namen aller Spitzenkandidaten bereits bekannt waren. Und, hat es was genützt?

CDU	22%	10.02.2023	28,2%
SPD	13%	10.02.2023	18,4%
Grüne	16%	10.02.2023	18,4%
Linke	19%	10.02.2023	12,2%
AfD	16%	10.02.2023	9,1%

Drei Parteien haben gegenüber der Wahl vom Februar 2023 deutlich verloren, zwei kräftig zugelegt. Die Ränder werden gestärkt, die Mitte schrumpft. „Aussicht auf schwierige Beziehungskisten“ überschreibt der rbb die Analyse seiner Umfrage. Man kann es auch Chaos nennen. CDU, SPD und Grüne in einer Koalition? Das wünscht sich niemand. Dass **Kai Wegner** heute Regierender Bürgermeister ist, hat er dem Umstand zu verdanken, dass die SPD auf keinen Fall eine neue Koalition mit den Grünen eingehen wollte. Was hat sich an dieser berechtigten Ablehnung geändert? Nichts.

Es würde auch knapp für eine Koalition aus Linken, Grünen und SPD reichen. Hatten wir schon, Danke nein. Die Reihenfolge hat sich verschoben, die Linke könnte in dieser Zusammensetzung die Regierende Bürgermeisterin stellen. Da kommt auch nicht überall große Freude auf.

Die Werte für die CDU und SPD sind schlecht. Da wundert es nicht, dass 21 Prozent der Befragten mit der Arbeit des Senats nicht zufrieden sind. „Das ist der schlechteste Stimmungswert aller Landesregierungen in Deutschland.“ rbb

Noch liegen zehn Monate vor uns, in denen **Kai Wegner** aufholen könnte. Sein Gegenkandidat **Steffen Krach** wird nicht müde, die CDU zu beschimpfen. Müde werden die Wähler, wenn sie sich das anhören müssen. Und das Kandidaten-Roulette in den SPD-Kreisen trägt auch nicht gerade dazu bei, dass die rote Sonne schön wie nie über der SPD scheint, eher doch, dass sie wie einst bei Capri in der Spree versinkt.

Ed Koch

1

06) Späte Initiative zur Souveränität. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-22

19. November 2025

50. Jahrgang

Späte Initiative zur Souveränität

Die digitale Abhängigkeit, nicht nur Deutschlands, sondern Europas, von den USA und China bahnt sich seit Jahren ihren Weg. Natürlich laufen wir mit einem mobilen Telefon durch die Gegend, das ein Logo mit einem angeknabbertem Apfel zeigt, und natürlich laufen unsere Computer mit Betriebssystemen, die in irgendeiner amerikanischen Garage entwickelt wurden. Und zu allem Überfluss nutzen wir die Dropbox-Cloud aus San Francisco, in der wir unser halbes Leben lagern. Und ja, ich gebe es zu, die meisten online bestellten Waren bezahle auch ich unkompliziert mit Paypal. Apropos bestellte Waren, nun, leugnen hat keinen Zweck, auch bei mir klingelt der Amazon-Bote. Was hat Deutschland, was hat Europa dem entgegenzusetzen. Bei den Warenlieferungen DHL, ein Kürzel, das für „dauert halt länger“ steht?

Viel zu spät, hoffentlich nicht zu spät, erwacht der alte Kontinent, ohne dessen Auswanderer es die USA gar nicht gäbe. Es waren ja nicht nur Kriminelle auf der Flucht, Leute mit sonderbaren christlichen Wertvorstellungen, oder Abenteurer in die Neue Welt ausgewandert, sondern auch sehr viele schlaue Köpfe. **Mark Zuckerberg** hat natürlich europäische Vorfahren, aus Österreich. Und auch **Bill Gates** hat europäische Vorfahren, unter anderem aus England, Deutschland, Irland und Schottland. **Elon Musks** Familiengeschichte erwähnt die Schweiz und England. Bei **Donald Trump**, den ich nicht zu den schlauren Köpfen zähle, hätte man sich gewünscht, dass seine Vorfahren im pfälzischen Kallstadt geblieben wären.



Nun ist also die Zeit gekommen, wo das europäische Imperium zurückschlägt, und zwar mit dem ganz großen Besteck: **Emmanuel Macron** und

Friedrich Merz riefen gestern aus dem Schöneberger Gasometer auf dem **EUREF-Campus** in die Welt die längst überfällige „Digitale Souveränität“ aus.

Bei der Beschaffung von Technologie soll es künftig **Europe First** heißen. Da werden sich vermutlich die Amis und Chinesen warm anziehen müssen, wenn

sie aufgehört haben zu kichern. Merz ist, ach Du liebe Zeit, für den Slogan „Buy European“ und will das vor allem in der öffentlichen Verwaltung durchsetzen. Gutes Gelingen kann man da nur wünschen. Schon wieder eine Verwaltungsreform.



Schleswig-Holstein, meerumschlungen, ersetze in seiner Verwaltung Outlook, Excel und Word durch andere Systeme. Strategische Partnerschaften wurden auf dem Gipfel in Schöneberg angekündigt, unter anderem zwischen SAP und dem KI-Anbieter Mistral AI aus Frankreich.

Mit Blick auf die USA rief Merz ins große Rund des Gasometers: „Europa darf ihnen dieses Feld nicht überlassen.“ *Zitat Quelle: Tagesspiegel / dpa*

Digitalminister **Karsten Wildberger** will Europa raus aus der Zuschauerrolle bringen und sieht den Gipfel als „Signal des Aufbruchs“. Hoffentlich hören vor allem die Europäer selbst diese Signale. Wann die digitale Souveränität in Europa erreicht sein wird, vermag niemand zu sagen. So lange nutzen wir weiterhin die Technologie der europäischen Auswanderer. Ach, wären sie doch hiergeblieben.

paperpress

Nr. 643-22

19. November 2025

50. Jahrgang



Raoul Spada schreibt heute in der **taz**. „Eigentlich wollten Deutschland und Frankreich Einigkeit zeigen. Sich gegenseitig versichern, gemeinsam nach digitaler Unabhängigkeit zu streben. Doch trotz aller Absichtserklärungen, bei der Beschaffung von Technologie stärker auf europäische Produkte zu setzen, zeigt sich bei einem von Deutschland und Frankreich organisierten europäischen Digitalgipfel in Berlin vor allem eins: Wenn Deutschland und Frankreich über digitale Souveränität reden, reden sie aneinander vorbei – außer, es geht ums Geld. Frankreich ist Deutschland beim Abbau technologischer Abhängigkeiten einige Jahre voraus: Mit einer Digitalabgabe besteuert das Land Werbeerlöse der großen Tech-Konzerne rückwirkend seit 2019. Der Schutz europäischer Unternehmen ist Maxime der französischen Regierung.“



Netzaktivist **Markus Bechedahl** kritisierte gegenüber der Deutschen Presseagentur die Ergebnisse des Gipfels. „Wo ist der Plan, den US-Cloud-Anteil bis 2030 drastisch zu senken? Wo sind die Ziele, die Meilensteine, die Investitionen? Stattdessen wieder der uralte Trick jedes Digitalgipfels der letzten 20 Jahre: Der Markt wird's schon richten.“ Wenn Deutschland wirklich digitale Souveränität wolle, brauche es Mut zur Regulierung und die klare Entscheidung, eigene Infrastrukturen zu bauen.

„Einigkeit dagegen bei den Geldsorgen“, schreibt **Raoul Spada**: Um eine eigene Cloud-Infrastruktur aus dem Boden zu stampfen, sind enorme Investitionen nötig. „Hunderte Milliarden“ müsse Europa laut dem französischen Finanzminister Lescure in europäische Rechenkapazitäten stecken. EU-Digitalkommissarin **Henna Virkkunen** bringt es auf den Punkt: „Wir haben den Markt, wir haben das Talent, wir haben die Ambitionen. Was wir jetzt liefern müssen, sind Geld und Innovation“. Dann kann es ja losgehen. Quelle: taz

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Fotos: EUREF AG

07) (Un)sichtbare (Infra)strukturen. Stadtforum Berlin zum Thema Energie.
Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-20

18. November 2025

50. Jahrgang

[Un)sichtbare [Infra]strukturen Stadtforum Berlin zum Thema Energie



Am Montag, dem 17. November 2025, lud Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler** zur inzwischen fünften Veranstaltung der Reihe „[Un)sichtbare [Infra]strukturen Berlins zukünftig weiterentwickeln“ in die Werkstatt auf dem **EUREF-Campus** ein.

Was macht eigentlich die Energiewende? **Dr. Martin Schulwitz** von der

Technischen Universität Dortmund wies in seinem einleitenden Vortrag darauf hin, dass gegenwärtig etwa 20 Prozent vom Ziel, 2045 klimaneutral zu sein, erreicht worden sind. Das entlockt dem Veranstaltungsort ein müdes Lächeln, denn auf dem Campus sind die CO₂-Klimaziele für das Jahr 2045 bereits 2014 erfüllt worden. EUREF ist leider nicht überall.

Zwar werden inzwischen 60 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen, insbesondere durch Wind und Solar, aber die Bereiche Verkehr und Gebäude hinken weit hinten den Erwartungen zurück. *Formal hat Deutschland das Klimaziel für das Jahr 2024 erreicht, aber laut aktuellen Projektionen wird das Ziel für 2030 (mindestens 65 Prozent Reduktion gegenüber 1990) voraussichtlich knapp verfehlen.* Einige Studien deuten darauf hin, dass die Klimaneutralität 2045 nicht erreicht wird, wenn der aktuelle Kurs fortgesetzt wird. Und der aktuelle Kurs der Bundesregierung setzt weiter auf fossile Brennstoffe und mit Benzin betriebene Fahrzeuge.

Die Union hat den Verlustschmerz über den Ausstieg aus der Atomenergie noch nicht überwunden. *Das Abschalten der letzten Reaktoren mitten in der Energiekrise sei „eine ideologisch motivierte Fehlentscheidung der Ampel“ gewesen. Nun brauche man „schnellstmöglich eine fachliche Bestandsaufnahme“, ob eine Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Reaktoren „unter vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand“ noch möglich ist.*, heißt es in einem Artikel der *taz* von vor einem Jahr. Das Thema scheint inzwischen vom Tisch zu sein. Nicht aber die herkömmlichen Energiequellen. Wirtschaftlich hängt Deutschland durch, da rücken die Klimaziele in den Hintergrund.

Friedrich Merz hat schon als Kanzlerkandidat deutlich gemacht, was er beispielsweise von Windrädern hält. In der ZDF-Talkshow **Maybrit Illner** sagte er damals: *„Ich glaube sogar, dass wir, wenn wir was richtig machen, eines Tages die Windkraftträder wieder abbauen können.“ Die Anlagen seien hässlich und passten nicht in die Landschaft. Sie seien „eine Übergangstechnologie“.* Quelle: *taz*

Ja, Windräder sind wirklich hässlich, aber ein zentraler Baustein der Energiewende, da sie eine saubere, emissionsfreie Stromerzeugung ermöglichen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren. Windräder trugen 2023 zu etwa 30 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland bei und waren damit die wichtigste einzelne Energiequelle für die Stromerzeugung.

Im Berliner Stadtbild spielen Windräder zum Glück keine Rolle. Alles, was aber benötigt wird, um den Strom in die Häuser zu bringen, ist sichtbar. Die **Stromnetz Berlin GmbH** hatte schon als Tochter von **Vattenfall** damit begonnen, die Stromkästen von Kindern und Jugendlichen bunt bemalen zu lassen. Und auch heute noch als rekommunalisiertes Unternehmen sorgt sie für die Farbtupfer in Berlins Straßen. Vielleicht sollte man auch die Windräder bunt anmalen.



Auf dem Podium v.l.n.r.: **Christian Feuerherd**, Vorsitzender der Geschäftsführung der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH, **Dr. Erik Landeck**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stromnetz Berlin GmbH, **Dr. Ursula Flecken**, Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG und **Christian Gaebler** Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Fotos: Ed Koch

Zurück zum Stadtforum Berlin. *„Die Energieversorgung befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Während sie bisher auf fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas fußte, wird sie in Zukunft auf anderen, erneuerbaren Energieträgern basieren. Aus dieser Transformation der Versorgungssysteme resultieren neue Erfordernisse an Flächen und Standorte. Die Stadtentwicklung spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie muss die veränderten Anforderungen und den Flächenbedarf in der räumlichen Planung berücksich-*

paperpress

Nr. 643-20

18. November 2025

50. Jahrgang

tigen, um den Herausforderungen der Energiewende und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 gerecht zu werden.", heißt es im Presstext der Senatsverwaltung.

„Die Rechenzentren, die in den nächsten Jahren nach Berlin kommen, führen dazu, dass wir die Kapazität des Stromnetzes verdoppeln müssen.“, sagte **Dr. Erik Landeck**, Chef der Stromnetz Berlin GmbH. Und das bedeutet: Bauen, Bauen, Bauen. Drei große Bs, die man bisher mit dem Wohnungsbau in Verbindung brachte. Irgendwo müssen aber die Kabel verlegt und Anschlüsse gebaut werden. Es besteht also Platzbedarf, nicht nur für die Rechenzentren, sondern auch für die Strominfrastruktur. Ergibt sich hier ein Konflikt mit den raren Flächen Berlins, auf die man so gern Wohnhäuser stellen würde?

In Mariendorf entsteht derzeit ein Rechenzentrum Campus, betrieben von **Virtus Data Centres**, mit vier Gebäuden und einer geplanten IT-Kapazität von 57,6 Megawatt und einer Energieausnutzung der Abwärme für ein Nahwärmenetz, um bis zu 5.000 Haushalte mit Wärme zu versorgen. Das nennt man ein Win-Win-Projekt. Wenn schon in der Stadt, nicht ganz unsichtbar, riesige Rechenzentren entstehen, dann sollten sie für mehr als nur einen Zweck sinnvoll verwendet werden.

KI hilft immer gern, wenn man in Internet nach Fakten sucht. Manchmal ist die natürliche Intelligenz der künstlichen überlegen, und zwar einfach durch Wissen. „Der Campus befindet sich im Marienpark im Bezirk Berlin-Neukölln, auch bekannt als Mariendorf.“, teilt KI mit. Als Bürger von Mariendorf verahre ich mich mit Entschiedenheit dagegen, Neuköllner sein zu sollen. Mariendorf ist ein Ortsteil des Bezirks Tempelhof-Schöneberg.

Die Werkstatt des EUREF-Campus war fast bis auf den letzten Platz mit Interessenten gefüllt. Wir machen uns viel zu wenig Gedanken um unsere Energieversorgung. Warum auch, solange der Strom aus der Steckdose kommt, interessiert uns wenig, wie er dorthin gelangt.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verschickt in unregelmäßigen Abständen Informationen rund um die Veranstaltungsreihe „Stadtforum Berlin“. Wer Interesse daran hat, kann den Newsletter abonnieren:

<https://www.berlin.de/sen/sbw/ueberuns/stadtforum-berlin/>

Anmerkungen:

Grüße aus Krefeld

Es soll Leute geben, auf deren Ordnern mit den Stromabrechnungen immer noch **BEWAG** steht. Das war der alte Berliner Stromanbieter, bevor er als Teil des Berliner Tafelsilbers verhöckert wurde. Für das Stromnetz und den Stromverkauf war lange Zeit der schwedische Staatskonzern **Vattenfall** zuständig. Scherzhaft sagten die Mitarbeiter, dass der Gewinn des Unternehmens an **Königin Silvia** flösse.

Vattenfall ist der Strom-Grundversorger Berlins. Das Stromnetz, nicht der Stromverkauf, wurde vom Land Berlin zurückgekauft, für eine stattliche Summe, über die sich Königin Silvia sicherlich gefreut hat. Es soll über 100 Stromanbieter allein in Berlin geben. Viele machen sich einen Sport daraus, ständig die Anbieter zu wechseln, um kurzfristig Geld zu sparen. Konservative Menschen haben das Schild auf ihrem Ordner nie gewechselt, für sie bleibt Vattenfall eben die BEWAG.

Natürlich ist der Markt umkämpft. Auch die **Berliner Stadtwerke** verkaufen Strom und ebenso inzwischen die **GASAG**. Seit einiger Zeit bekommen die Berliner Stromkunden Besuch von freundlichen Menschen, die sich als Vertreter der **Stadtwerke Krefeld** vorstellen. An der Haustür wird, so berichtete uns ein Leser, explizit danach gefragt, ob man Vattenfall-Kunde sei. Man solle doch bitte nachschauen, was man zahle, und siehe da, Strom aus Krefeld ist preiswerter. Der Grund dafür, so erinnert sich unser Leser, sei, dass die Stadtwerke der 230.000 Einwohnerstadt, die zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehört, im Gegensatz zu Vattenfall, selbst Strom produziere. Vattenfall produziert zwar auch Strom, aber nicht in Berlin.

Jedenfalls hat unser Leser, die Aussage, dass Vattenfall keinen Strom produziere, dazu veranlasst, auf dem Handy des Vertreters seine Unterschrift zu hinterlassen. Natürlich handelte es sich um ein Missverständnis, wie der Vertreter am folgenden Tage in einem Telefonat mitteilte. Das Geschäft kam nicht zustande.

Es gibt viele Möglichkeiten, Anbieter wofür auch immer zu wechseln. An der Wohnungstür sollte man jedoch keine Geschäfte machen. Mein Standartsatz ist stets: „Ich bin mit meinem Anbieter zufrieden, wechsle nicht, wünsche Ihnen einen schönen Tag und mehr Erfolg beim Nachbarn.“

Ed Koch

08) Michael Müller hilft. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-19

18. November 2025

50. Jahrgang

Michael Müller hilft



„Auch nach meiner Amtszeit ist es mir ein großes Anliegen, Menschen auszuzeichnen, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement Herausragendes für unsere Stadt leisten. Das ehrenamtliche Engagement der Berlinerinnen und Berliner ist eine tra-

gende Säule unserer Stadtgesellschaft. Es ist Ausdruck gelebter Verantwortung und Zusammenhalt in unserer Stadt. Mit dem Michael Müller hilft Award möchten wir diesen Menschen danken, sie sichtbar machen und ihnen zeigen, dass ihr Beitrag unsere Gesellschaft stärkt.“, sagt Initiator **Michael Müller**, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin.

Am 28. November 2025 wird in der Setzerei, Bleibtreustraße 33, 10707 Berlin, der **Michael Müller hilft Award 2025** verliehen. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin hat die Auszeichnung ins Leben gerufen, um herausragendes ehrenamtliches Engagement in der Hauptstadt zu würdigen und sichtbar zu machen. Rund 1,1 Millionen Berlinerinnen und Berliner engagieren sich ehrenamtlich – in Vereinen, Nachbarschaften, sozialen Einrichtungen oder Hilfsorganisationen. Mit dem Award möchte Michael Müller diesen Menschen Anerkennung schenken und sie ermutigen, ihren wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt fortzusetzen.



In diesem Jahr wird der Award zugunsten des Berliner Vereins **Icke in Buch e.V.** verliehen, der seit vielen Jahren chronisch kranke Kinder und ihre Familien unterstützt. Seit 1992 ist der Icke in Buch e.V. für junge Patientinnen und Patienten der Kinder- und Jugendmedizin im HELIOS Klinikum Berlin-Buch und unterstützt dort, wo die medizinische Behandlung aufhört.

Darüber hinaus werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die durch ihr Engagement und ihre Vorbildwirkung besondere gesellschaftliche Impulse setzen:

Ausgezeichnet werden:

- **Prof. Dr. Patrick Hundsdörfer**, Initiator des Vereins "Icke in Buch e.V."
- **Jochen Schropp**, TV Moderator
- **Florian Schwiecker**, Bestseller-Krimibuchautor und Jurist
- **Ulla Schmidt**, Bundestagsvizepräsidentin a.D. und ehemalige Bundesgesundheitsministerin für ihr gesellschaftspolitisches Engagement



Foto: ZDF/Antje Dittmann

- **Guido Hammesfahr** (Foto) für seine gesellschaftsverbindende Arbeit in der Kultserie „Löwenzahn“
- **Tom Lehel**, Initiator von „WIR WOLLEN MOBBINGFREI“ und Kultmoderator für sein herausragendes soziales Engagement.

Alle Einnahmen des Abends kommen zu 100 Prozent dem Verein **Icke in Buch e.V.** zugute. Im Eintrittspreis von 50 Euro sind Getränke und ein Flying Buffet enthalten.

Weitere Informationen unter:

<https://www.die-setzerei.de/michael-mueller-hilft-award-2025/>

09) Bienvenue Monsieur le Président. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-18

17. November 2025

50. Jahrgang

Bienvenue Monsieur le Président

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** besuchte so oft den **EUREF Campus**, dass es sich gelohnt hätte, dort ein Appartement anzumieten. **Olaf Scholz** wurde im Gasometer zum Kanzlerkandidaten gekürt und **Friedrich Merz** war seit seinem Amtsantritt fast jede Woche auf dem Campus. Am Dienstag ist er erneut dort und bringt einen Gast aus Frankreich mit.



Nachdem der schwedische König, der österreichische Bundespräsident, Staatsoberhäupter aus ganz Afrika und viele Regierungsmitglieder verschiedener Nationen mit ihren Autokolonnen vom Sachsendamm rechts in die Torgauer Straße abgebogen sind, um auf die Energieinsel zu gelangen, gibt sich **Emmanuel Macron** am 18. November die Ehre. Rund um den Gasometer ist mal

wieder Sicherheitsstufe Eins. Foto: Wikimedia

Anlass des Besuchs ist der „**Gipfel zur Europäischen Digitalen Souveränität**.“ Die weltweiten Entwicklungen rücken die Stärkung der europäischen digitalen Souveränität mehr in den Mittelpunkt. Die deutsche Bundesregierung und die französische Staatsregierung setzen sich gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten dafür ein, die digitale Souveränität Europas zu festigen. Ziel des europäischen Digital-Gipfels ist es, zentrale Aspekte für eine unabhängige, sichere und innovationsfreundliche digitale Zukunft Europas weiterzuentwickeln.

Auf dem Summit kommen politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Gemeinsam thematisieren sie europäische Antworten auf globale digitale Herausforderungen. Im Fokus stehen dabei auch die Künstliche Intelligenz, Startups sowie Cloud- und Datenthemen.

Die Eröffnungsreden halten **Dr. Karsten Wildberger**, Bundesminister für digitale Transformation und Modernisierung der Verwaltung, **Roland Lescure**, französischer Minister für Wirtschaft, Finanzen und

industrielle und digitale Souveränität, und **Henna Virkkunen**, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Technologie-Souveränität, Sicherheit und Demokratie. Es folgen Podiumsdiskussionen, zum Beispiel zum Thema „*Der digitale Omnibus: Europas Schnellkurs zu mehr Wettbewerbsfähigkeit*“, mit Bundesminister Wildberger und Vizepräsidentin Virkkunen sowie **Anne Le Hénauff**, Ministerin für Künstliche Intelligenz und Digitales.

Am Nachmittag folgen eine Keynote von **Caroline Stage Olsen**, Ministerin für Digitales Programm, und eine Diskussion über „*EUDI Wallet¹, Digitale Gemeingüter als Säule der digitalen Souveränität – EDIC DMA² – Fairere Märkte zur Stärkung der digitalen Souveränität.*“

¹Die EUDI-Wallets (European Digital Identity Wallet) werden digitale Briefaschen als App auf dem Smartphone. Sie ermöglichen es Bürgern und Bürgerinnen, ihre Identitätsdaten und weitere verifizierte Attribute aus wichtigen Nachweisen wie z.B. dem Personalausweis, aus dem Führerschein oder aus Zeugnissen in digitalen Anwendungen sicher einzusetzen. Zudem können Nutzende rechtsverbindliche digitale Unterschriften im EUDI-Wallet erzeugen. EUDI-Wallets werden kostenfrei nutzbar sein.

²EDIC - Europäische Digitale Infrastrukturkonsortien für grenzüberschreitende digitale Projekte oder Europäische Digitale Innovationszentren (EDIH), die das Digital Maturity Assessment (DMA) nutzen. Der DMA ist ein Tool, um den digitalen Reifegrad von Unternehmen zu bewerten.

Die Konferenz wird durch zwei Keynotes von Bundeskanzler **Friedrich Merz** und Präsident **Emmanuel Macron** abgeschlossen. Danach nehmen beide Regierungschefs an einer Pressekonferenz teil.



Nach der **Berlin Freedom Conference** am 10. November, zwei weiteren Großveranstaltungen am 12. und 13. November mit jeweils 800 Teilnehmenden und dem **Digital-Gipfel** am 18. November mit erwarteten 1.000 Gästen stehen schon die nächsten Big-Events auf dem Programm im Gasometer, so unter anderem am 27.

1

paperpress

Nr. 643-18

17. November 2025

50. Jahrgang

November die **Nationale Weiterbildungskonferenz**, die als zentrale Veranstaltung für die Weiterbildungspolitik in Deutschland gilt und Plattform für Austausch und Vernetzung ist.



Ausgerichtet vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Partnern der Nationalen Weiterbildungsstrategie richtet sich die Veranstaltung an Fachleute aus dem Bereich Weiterbildung. Eröffnet wird die Veranstaltung durch Bundesarbeitsministerin **Bärbel Bas** und Bundesbildungsministerin **Karin Prien**.

Foto links Bärbel Bas: Bundesregierung / Steffen Kugler
Foto rechts Karin Prien: Bundesregierung / Jesco Denzel

Das für Berlin wichtigste Projekt findet am Freitag, dem 21. November, mit dem vielversprechenden Titel **Neustart Berlin** auf dem EUREF-Campus statt. Eine private Initiative und deshalb besonders bedeutsam.

Die Veranstalter sagen: *Berlin ist Stadt der Talente, der Erfinder, der Visionäre. Es ist an der Zeit, diese Kraft neu zu nutzen. Berlin kann und muss über sich hinauswachsen! Erstens, um die Herausforderungen einer wachsenden Metropole in einer sich rasant verändernden Welt zu meistern. Zweitens, um attraktiv zu bleiben für die Menschen, die hier leben. Und drittens, um Berlins große Anziehungskraft zu bewahren.*

Die Idee

Die Stadt braucht neuen Mut und mehr Optimismus. Wir haben uns zusammengetan, um die besten Konzepte für Berlin zu finden und um Wege aufzuzeigen, wie sie zu verwirklichen sind. Wir werden begründete Bedenken ernst nehmen, wollen uns Ihnen aber nicht fatalistisch ergeben.

Die Konferenz

Berlin braucht einen Neustart. Seit Anfang Juli haben wir gemeinsam nach den besten Ideen für unsere

*Stadt gesucht. Insgesamt wurden über 70 Konzepte eingereicht – so innovativ und vielfältig wie Berlin selbst. Diese wurden anschließend ausgewertet durch die Fachredaktionen von **Tagesspiegel** und **Morgenpost**, durch die **IHK Berlin**, die **Investitionsbank Berlin (IBB)** und die **EXPO 2035 Berlin GmbH**.*



Am 21. November werden nach der Konferenzöffnung durch die Vorstandssprecherin der EUREF-AG, **Karin Teichmann**, Tagesspiegel Herausgeber **Lorenz Maroldt** und Morgenpost Chefredakteur **Peter Schink** die eingereichten Konzepte präsentieren und gemeinsam mit den Gästen und Mitgliedern der Jury, **Angeliki Kri-sillon (IBB)**, **Manja Schreiner (IHK Berlin)** und **Prof. Dr. Engelbert Lütke Dal-drup**, diskutieren.



Fotos: Karin Teichmann: Christian Kruppa EUREF AG
Lorenz Maroldt Tagesspiegel
Peter Schink Morgenpost



Das Ziel

*Wir wollen nachhaltige Impulse für die Zukunft der Stadt geben. Es geht darum herausfinden, wie etwas gehen kann, nicht warum etwas nicht geht. Die Konzeptkonferenz wurde entwickelt von **Tagesspiegel**, **Berliner Morgenpost** und dem **EUREF-Campus Berlin** – in Zusammenarbeit mit **radioeins** vom **rbb** und unterstützt von **Schneider Electric**. Weil wir finden, dass Berlin es wert ist, über die Zukunft nicht nur zu reden, sondern konkrete Konzepte der Realisierung einen Schritt näher zu bringen. Wir wollen als Medien und Zukunftsort mit dieser Konferenz einen Diskussionsraum eröffnen für diejenigen, denen diese besondere und vielfältige Stadt ebenfalls am Herzen liegt. Und die wie wir sehen, dass es eine intensive Auseinandersetzung mit Perspektiven unterschiedlicher Akteure braucht, um die Einzigkeit Berlins fortlaufend zu bewahren.*

Weitere Informationen unter <https://neustartberlin.info/>

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Quellen: Die jeweiligen Veranstalter

paperpress

Nr. 643-17A

16. November 2025

50. Jahrgang

KW 46 - Brandschutz

Unser Gast-Analytiker **Hans-Georg Lorenz** hatte uns in dieser Woche die folgenden Zeilen zukommen lassen:

Auch haben sich bedeutende gesellschaftliche Kräfte auf den Weg gemacht, der CDU vorzugaukeln, sie müsse zum Wohle Deutschlands „reine CDU-Politik“ durchsetzen und sie hätten auch das Mittel gefunden, diesen Weg zu gehen: Der Weg heißt „Minderheitenregierung“.

Ob in der „Welt“, in der FAZ, in RTL und in Diskussionsveranstaltungen von ARD und ZDF: Überall wird man mit dieser Idee konfrontiert, wird sie schmackhaft gemacht und inhaltlich begründet. Und natürlich fällt der Gedanke, eine klare wirtschaftsorientierte CDU-Politik ohne Rücksicht auf die sozialen Bremser von der SPD durchsetzen zu können, auf fruchtbaren Boden.

Gabor Steingarts hatte in dieser Woche wieder kluge Worte bei **Sandra Maischberger** gesagt. In seinem **Pioneer Briefing Wirtschaft** lesen wir heute Morgen einen Beitrag von **Johann Paetzold** zum Thema Wirtschaft und AfD.

„Mit der AfD spricht man nicht. Dieser Grundsatz galt lange auch in großen Teilen der Wirtschaft. Nun muss ich Ihnen berichten: Diese Phase ist vorbei. Bei Parlamentarischen Abenden, in Verbänden und in Unternehmenskreisen zeigt sich: Die sogenannte Brandmauer, an der die Politik bereits immer häufiger zweifelt, existiert in der freien Wirtschaft kaum noch.“

Paetzold berichtet von einem parlamentarischen Abend des **Verbands der Familienunternehmer** Anfang Oktober, an dem erstmals auch der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, **Leif-Erik Holm**, eingeladen worden war. Der Hauptgeschäftsführer der Familienunternehmer, **Albrecht von der Hagen**, wird mit den Worten zitiert: *„Das Konzept, die AfD von allem auszuschließen, ist gescheitert. Wir verabschieden uns von den Brandmauern.“*

Es seien nicht allein die Umfragewerte der AfD (24-26 Prozent im November), sondern die Suche „nach wirtschaftspolitischen Positionen, die sie bei anderen Parteien nicht mehr finden – insbesondere seit dem Bedeutungsverlust der FDP.“ In Ostdeutschland sei der Austausch zwischen AfD und Wirtschaft „längst gängige Praxis“. Der sächsische Unternehmer **Matthias Hammer** berichtet, dass „wirklich jeder

Zweite“ in der lokalen Wirtschaft mit der AfD sympathisiere. Umfragen in den ostdeutschen Flächenländern: Brandenburg 34, Mecklenburg-Vorpommern 38, Sachsen 35, Sachsen-Anhalt 40 und Thüringen 37 Prozent. Damit ist die AfD in den fünf Bundesländern mit Abstand stärkste Kraft.

Viele Beobachter sagen immer wieder, man müsse AfD-Politikern noch mehr Möglichkeiten geben, in Talk-Shows aufzutreten, weil sie sich mit dem, was sie sagen, als nicht wählbar entlarven würden. Der Auftritt von AfD-Chef **Tino Chrupalla** bei **Markus Lanz** in dieser Woche war unterirdisch. So sagte er: *„Natürlich kann auch Polen für uns eine Gefahr sein“, weil dieses einen Verdächtigen der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines nicht ausliefere. Zum russischen Machthaber Wladimir Putin sagte er: „Mir hat er nichts getan.“* Quelle: SPIEGEL

Das Problem ist nur, keiner der AfD-Wähler schaut sich um Mitternacht **Markus Lanz** an. In der Liste der zehn wichtigsten deutschen Politiker steht **Alice Weidel** mit einer Bewertung von -2,5 an letzter Stelle. Chrupalla tauch in der Liste überhaupt nicht auf. Das Spitzenpersonal scheint den Leuten egal zu sein, sie machen ein Blind Date mit der AfD. Schlimmer als damals in der DDR, in dessen System es sich sehr viele Menschen gemütlich gemacht hatten, wird es unter einer Bundeskanzlerin **Alice Weidel** oder einem Ministerpräsidenten **Björn** (für heute-show-Zuschauer **Bernd**) **Höcke** auch nicht werden.

Im nächsten Jahr finden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (06.09.) und Mecklenburg-Vorpommern (20.09.) statt. Aber auch in den anderen Bundesländern, in denen neue Parlamente gewählt werden, ist die AfD nicht unbedeutend: Baden-Württemberg (08.03.) 21 Prozent, Rheinland-Pfalz (22.03.) 19 Prozent und Berlin (20.09.) 15 Prozent.

Natürlich gehört die AfD aus Sicht aufrechter Demokraten verboten. Das Bundesverfassungsgericht wird dem nicht zustimmen. Ohne Brandschutz aber, werden wir zuschauen müssen, wie die Brandmauer abbrennt. Und keiner weiß, was aus der Asche entstehen wird, Phoenix berichtet live.

Ed Koch

„The Pioneer“ wird oft als wirtschaftsliberal mit einer Tendenz zu einer bürgerlich-konservativen Ausrichtung beschrieben. Es versteht sich als unabhängig und unabhängig von politischen Parteien, aber die Inhalte und die Moderation sind von einer eher liberal-konservativen Perspektive geprägt, die sich stark an wirtschaftlichen und politischen Eliten orientiert. Das Ziel ist es, inspirierend, unabhängig und werbefrei zu informieren und nicht zu missionieren. KI

1

paperpress

Nr. 643-17

16. November 2025

50. Jahrgang

KW 46 Was hats gebracht?

Mit einer Lesung im DDR-Museum endete gestern Abend die erste **Berlin Freedom Week**. **Iiko-Sascha Kowalczuk** las aus seinem Buch »Freiheitsschock« und sprach über Ostdeutschlands Geschichte seit 1989 – mit kritischen Blicken auf Einheit, Erinnerung und Verantwortung. Kowalczuk beschreibt die Wiedervereinigung als tiefgreifenden „Freiheitsschock“, dessen Folgen bis heute spürbar sind.

Das Ende der DDR zeichnete sich nicht erst am 7. Oktober 1989, dem 40sten Geburtstag der DDR, ab. Schon am 4. September hatten die legendären Montagsdemonstrationen in Leipzig begonnen. Anfangs gingen 1.200 Menschen auf die Straßen, im Laufe der Zeit waren es über 100.000. Es ging unter anderem um so eine banal anmutende Sache wie Reisefreiheit. Die meisten hätten eine Hin- und Rückfahrt gebucht, denn sie wollten nicht auswandern.

Symptomatisch für das nahende Ende war das Bild im Festsaal des Palastes der Republik, als **Erich Honecker** nach den Festreden allein an einem großen Runden Tisch saß. Seine Ehrengäste und sozialistischen Brüder **Michail Gorbatschow** (Sowjetunion), **Yassir Arafat** (PLO), **Daniel Ortega** (Nicaragua), **Nicolae Ceauşescu** (Rumänien), **Todor Schiwkow** (Bulgarien), **Wojciech Jaruzelski** (Polen) und **Miloš Jakeš** (Tschechoslowakei), die mit ihm noch am Vormittag des 7. Oktober auf der Tribüne standen und der letzten Parade der Volksarmee zuschauten, hatten sich am Abend längst aus dem Staub gemacht.

Vor der offiziellen Geburtstagsfeier am 7. Oktober fanden am 4. Oktober abends ein Großer (letzter) Zapfenstreich der Nationalen Volksarmee vor der Neuen Wache und am 6. Oktober abends ein großer (letzter) Fackelzug der Freien Deutschen Jugend mit angeblich 100.000 Teilnehmern zwischen Brandenburger Tor und Marx-Engels-Platz statt. Durchs Brandenburger Tor konnten sie nicht marschieren, obwohl es sich einige vielleicht gewünscht hätten. Doch an diesem Tag stand da noch die Mauer im Wege, die am 9. November Geschichte war, wie der erste „antifaschistische Arbeiter- und Bauernstaat“ auf deutschem Boden. Die Freiheit hatten sich die Bürger der DDR erkämpft, ohne dass ein Tropfen Blut floss. Historisch gesehen ein unglaublicher Vorgang, an den zurecht immer wieder erinnert werden

muss. Erinnert werden darf auch daran, wie undankbar die Menschen nach dem „Freiheitsschock“ waren. Die Bürgerbündnisse, die den Fall der Mauer herbeiführten, wurden bei der ersten und letzten freien Volkskammerwahl mit 2,9 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von traumhaften 93,4 Prozent, regelrecht versenkt. Mit dem „Blühende Landschaften“-Versprechen aus dem Westen, der zur Übernahme der DDR bereitstand, kam die bis dahin unbedeutende Blockpartei CDU auf 40,8 Prozent. Wie es weiterging, wissen wir.



Die Freiheitswoche beleuchtete in über 140 Veranstaltungen und Ausstellung die ungewöhnliche Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. Eine Nachbildung der Freiheitsglocke, deren Original im Turm des Rathauses Schöneberg hängt, tourte durch die Stadt und erinnerte an den Wert der Freiheit. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war die Berlin Freedom Conference, die nun jährlich stattfinden soll, versprach der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**.

der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**.



„Von der geteilten Stadt zur Hauptstadt der Freiheit: Mit der Premiere der Berlin Freedom Conference hat Berlin am 10. November ein starkes Signal für Demokratie und Freiheit gesetzt. Rund 1.000 Teilnehmende und mehr als 60 Redner aus aller Welt kamen im Gasometer Schöneberg auf dem EUREF-Campus zusammen – vereint durch das Ziel, Freiheit und Demokratie weltweit zu stärken. Ein eindringlicher Anlass: **Mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung lebt heute in autoritären Systemen.**“, teilen die Veranstalter im Nachgang zur Konferenz mit. Diese Zahl ist erschreckend, zumal sie zunimmt.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress

Nr. 643-17

16. November 2025

50. Jahrgang

„Wie es um die Demokratie weltweit steht, ermittelt jährlich der **Democracy Index vom Economist** – im vergangenen Jahr verschlechterte sich der globale Indexwert zum zweiten Mal in Folge. Laut den Analysten leben nur etwa 45 Prozent der Menschen weltweit in einer Demokratie.“ heißt es in der von **Statista** veröffentlichten Studie.

„In der aktuellen Ausgabe für das Jahr 2024 werden 25 Länder als ‚vollständige Demokratien‘ eingestuft, darunter auch Deutschland. Unter den Top-Ländern befinden sich unter anderem die skandinavischen Staaten, Irland und Neuseeland.“ Die USA werden, wie übrigens auch Frankreich und Italien, als „unvollständige Demokratien“ eingestuft. Es gibt 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Nur etwa 60 davon bestehen ganz oder teilweise den Demokratie-Check. Das ist doch schockierend. Zwar waren dem Autor dieses Beitrages die Zahlen bekannt, sie aber bei der Konferenz noch einmal verdeutlicht zu bekommen, verursachte dann doch sehr schlechte Laune. Es ist erkennbar, dass Deutschland auf keinem guten Wege ist, wenn eine Partei mit faschistoiden Tendenzen genauso stark ist, wie die letzte verbliebene (große) demokratische Volkspartei. Den demokratischen Parteien gelingt es bislang nicht, gegenzusteuern.



Kai Wegner, der die Konferenz eröffnete, sagte: „Berlin steht an der Seite aller Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer auf der Welt.“

Evelyn Zupke, ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, erinnerte in ihrer Rede an die friedliche Revolution von 1989 und daran, dass demokratischer Wandel auch heute möglich ist. Zu den prominenten Rednern der **Berlin Freedom Conference** gehörten **Masih Alinejad** (iranische Frauenrechtsaktivistin), **Leopoldo López** (venezolanischer Oppositionsführer), **Vladimir Kara-Murza** (russischer Oppositionsaktivist) und **Paul Rusesabagina** (Menschenrechtler aus Ruanda) – Menschen, die unter autoritären Regimen litten und für Freiheit kämpften. **Sébastien Lai** aus Hongkong erinnerte an seinen inhaftierten Vater, den Hongkonger Zeitungsverleger **Jimmy Lai**, der seit fünf Jahren in Einzelhaft ist. **Carine Kanimba** (Generalsekretärin des World Liberty Congress), Tochter des ruandischen Menschenrecht-

lers **Paul Rusesabagina** („Hotel Ruanda“), sprach über die Arbeit für politische Gefangene, deren Schicksale weltweit für Gerechtigkeit stehen. „Mein Vater sagte immer: Politische Gefangene hält man am Leben, indem man über sie spricht“, so Kanimba.

Im Laufe des Tages sprachen **Garry Kasparov** (Schachweltmeister und russischer Menschenrechtsaktivist), Friedensnobelpreisträgerinnen **Oleksandra Matvilchuk** und **María Corina Machado**, **Audrey Tang** (Taiwans digitale Botschafterin) und Lt. Gen. (Ret.) **Ben Hodges** (ehem. Kommandierender General der US-Armee in Europa) über den Zustand der Freiheit weltweit.



Taiwans ehemalige Präsidentin **Tsai Ing-wen** erinnerte auf der Berlin Freedom Conference daran, dass die Berlin Freedom Week an den Fall der Berliner Mauer erinnert – ein Ereignis, das den Sieg der Demokratie über den Autoritarismus symbolisiert und bis heute inspiriert. Sie warnte zugleich vor wachsenden Bedrohungen durch Desinformation, Cyberangriffe und die Manipulation demokratischer Prozesse. „Resilienz“, so Tsai, „ist der Schlüssel zum Überleben freiheitlicher Gesellschaften.“ Auch **Julia Klöckner**, Präsidentin des Deutschen Bundestags, betonte: „Freiheit ist kein Geschenk – sie ist eine Pflicht.“



Franziska Giffey, Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe und Bürgermeisterin von Berlin, sprach über die Rolle von Wirtschaft und Reisen. So beginne Demokratie auf lokaler Ebene und Städte seien gefordert, gemeinsam gegen autokratische Tendenzen vorzugehen. Sie betonte: „Berlin hat eine Verantwortung.“

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress

Nr. 643-17

16. November 2025

50. Jahrgang



Angesichts der schweren inhaltlichen Kost der Konferenz waren zwei kulturelle Einschübe erholend. Der Kinderchor der Staatsoper Unter den Linden präsentierte ein Kurzprogramm mit **Joshua Bredemeiers** „Wenn ich groß bin“ und einem Arrangement von Beethovens und Schillers „Ode an die Freude“.



Beeindruckend war auch das Künstlerische Intermezzo: *Kunst, Aktivismus und Medien: Comic-Kommunikation an die globale Generation Z* mit **Melissa Chan**, Journalistin und Autorin, und dem chinesischen Cartoonisten, Street-Art-Künstler und politischen Aktivist **Badiucao**, der ein paar seiner Werke zeigte.



Ja, die Konferenz war wichtig. Selten konnte man mit so vielen Freiheitskämpfern in Kontakt kommen. Solange es diese mutigen Menschen gibt, ist die Welt nicht verloren. Man muss aber realistisch sein. Wo ist das Signal, das von Berlin ausgehen sollte, angekommen? In Russland jedenfalls nicht. Von dort aus

wird weiterhin versucht, einem Land die Freiheit zu nehmen. Jeden Tag ermordet das russische Regime Menschen in der Ukraine, die einfach nur, wie alle anderen Menschen auch, in Frieden und Freiheit leben wollen.

Was den Ablauf der Konferenz betrifft, so machten die Veranstalter einen altbekannten Fehler, nämlich das Programm zu überladen. Acht Stunden am Stück sind zu viel. Je später der Nachmittag, desto mehr leerten sich die Reihen im Gasometer. Natürlich ist es unrealistisch, von Politikern zu verlangen, dass sie während der gesamten Konferenz anwesend sind. Gut wäre es trotzdem. **Kai Wegner** ist immerhin einige Zeit geblieben, während **Julia Klöckner** kam, redete und gleich wieder verschwand. Von der Konferenz hat sie nichts mitbekommen.



Schirmherr **Kai Wegner** mit Veranstalter **Burkhard Kieker**, der als Geschäftsführer von Visit Berlin nach 16 Jahren 2026 in Rente geht. Seinem Nachfolger obliegt es, die nächste Freedom Week auszurichten.

Fotos: Ed Koch

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass man sich Sorgen um Frieden und Freiheit machen muss. Deutschland muss seine Grundwerte noch besser vor Angriffen schützen. Schuld am Rechtsruck ist nicht allein die AfD, sondern sind jene Demokraten der Mitte, die keine Reform zustande bekommen, egal zu welcher Jahreszeit, und die die Menschen den Rechtspopulisten in die Hände spielen. Genießen Sie also die Freiheit, solange es sie noch gibt.

Was noch?

Von Neukölln lernen, heißt siegen lernen. Keine Wahlzettel, kein sorgenvoller Blick auf das Ergebnis. Keine Schrecksekunde bei der Bekanntgabe der Prozentzahl. Die **SPD** hat ihren Spitzenkandidaten **Steffen Krach** in offener Abstimmung mit 100 Prozent gewählt. Das Schicksal des letzten 100-Prozent-Mannes **Martin Schulz** ist nicht vergessen. Auch die **Linke** ging kein Risiko bei der Nominierung ihrer Spitzenkandidatin ein. **Elif Eralp** wurde von den etwa 175 Delegierten per Akklamation bestimmt, also durch Beifall und ohne formelle Wahl. Q: Morgenpost

Das war schlau!

Kommen Sie gut durch die KW 47.

Ed Koch

3

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

12) Denn sie wissen nicht, was sie tun! Von Ed H. G. Lorenz

paperpress

Nr. 643-16

15. November 2025

50. Jahrgang

Denn sie wissen nicht, was sie tun!

Heute um 09:30 Uhr beginnt ein Landesparteitag der Berliner SPD. Der wichtigste Tagesordnungspunkt steht gleich am Anfang. **Steffen Krach** soll zum Spitzenkandidaten für die Wahl 2026 ernannt werden. Seine Wahl gilt als sicher, was denn sonst. Die Überschrift dieses Beitrages bezieht sich nicht darauf, sondern auf andere Vorgänge, die wieder auf den Punkt gebracht **Hans-Georg Lorenz** formuliert hat. Aus unserer Leserschaft wissen wir, dass seine Beiträge sehr geschätzt werden.

Im Hotel **nhow Berlin** findet die Krönungsmesse statt, die im Livestream übertragen wird:
<https://spd.berlin/termin/landesparteitag-ii-2025/>

Es wird übrigens nicht der *Spitzenkandidat* – es gibt nur einen Bewerber – vorgestellt und nominiert, sondern die *Spitzenkandidatur*. Interessant wird vor allem das Ergebnis sein. Es muss eine 9 vor der Prozentzahl stehen, alles andere wäre fatal. Die Partei kann nur hoffen, dass Neukölln nicht überall ist. Interessant ist auch, dass es nach der Abstimmung eine Pause gibt und erst anschließend die Landesvorsitzenden **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel** sprechen werden. Wer wird also vorher die Landesdelegierten aufrufen, **Steffen Krach** zu wählen?

Und nun zum Beitrag von **Hans-Georg Lorenz**:

Sie haben sich bestimmt ganz toll gefühlt, die Neuköllner Sozialdemokraten, als sie ihrem Bürgermeister gezeigt haben, was ihm passiert, wenn er Politik so macht, dass sie bei den Wählerinnen und Wählern ankommt. Wahrscheinlich glauben sie auch noch, linke sozialdemokratische Politik zu vertreten! Welche Anmaßung!

In Wahrheit ist das weder linke noch rechte Politik – es ist gar keine Politik! Die Nominierung des Spitzenkandidaten war keine „Wahl“! Es sollte eine Präsentation sein! Wahlen finden statt, wenn man mehrere Kandidaten präsentiert. Und wenn die oppositionellen Neuköllner andere Repräsentanten haben, die ihre politische Meinung besser vertreten als der Genosse Hikel, dann sollten sie das sagen und nach inhaltlicher Auseinandersetzung ihren Vertreter präsentieren. Das kann auch öffentlich geschehen.

Wenn Hikel in der Auseinandersetzung mit einem Gegenkandidaten mit einem solchen Ergebnis gewählt worden wäre, dann hätte er dies akzeptieren können (und müssen). Wer aber den Spitzenkan-

didaten ohne Alternative schwächt und der Partei die Chancen nimmt, stärkt nur den politischen Gegner – und schwächt mit der Partei die Möglichkeit, sozialdemokratische Politik umzusetzen.

Nun ist es nicht ungewöhnlich, dass – zumeist aus persönlichen Motiven, die politisch verbrämt werden – der Partei Schaden zugefügt wird. Unter normalen Umständen hat ein solches Verhalten keine weitreichenden Folgen. Auch begrenzen sich die Schäden auf die betroffene Partei. Aber von „normalen Umständen“ kann Deutschland, können die Parteien und kann insbesondere die SPD nur träumen:

- Die SPD ist auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit,
- die CDU ist auf dem Weg in eine Spaltung,
- und Deutschland ist auf dem Weg in eine faschistoide „Demokratie“.

Dass die SPD auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit ist, bedarf keiner Darstellung. Das weiß inzwischen jeder, das sagt inzwischen jeder – und jeder hat auch seine Begründung.

Dass nun auch die CDU inhaltliche Konflikte hat, sieht jeder und weiß auch jeder. Das ist an sich nicht schlimm. Verheerend ist, dass diese Konflikte von der CDU anscheinend intern nicht mehr zu lösen sind.

Auch haben sich bedeutende gesellschaftliche Kräfte auf den Weg gemacht, der CDU vorzugaukeln, sie müsse zum Wohle Deutschlands „reine CDU-Politik“ durchsetzen und sie hätten auch das Mittel gefunden, diesen Weg zu gehen: Der Weg heißt „Minderheitenregierung“.

Ob in der „Welt“, in der FAZ, in RTL und in Diskussionsveranstaltungen von ARD und ZDF: Überall wird man mit dieser Idee konfrontiert, wird sie schmackhaft gemacht und inhaltlich begründet. Und natürlich fällt der Gedanke, eine klare wirtschaftsorientierte CDU-Politik ohne Rücksicht auf die sozialen Bremser von der SPD durchsetzen zu können, auf fruchtbaren Boden. Wenn dann auch noch Kräfte in der SPD fordern, die Grenzen für alle Flüchtlinge zu öffnen, dann erscheint vielen eine CDU-Minderheitsregierung als sinnvolle Alternative, insbesondere dann, wenn man dem Spitzenpersonal der SPD nicht zutraut, die widerstrebenden Kräfte in ihrer Partei zu bändigen.

Die Folgen eines solchen Schritts werden – man darf annehmen: bewusst – nicht dargelegt. Die liegen aber offen zutage: Natürlich muss sich eine Minderheitsregierung auch Mehrheiten verschaffen. Und woher sollen die Mehrheiten kommen, wenn man das

paperpress

Nr. 643-16

15. November 2025

50. Jahrgang

durchsetzen will, was die SPD nicht akzeptieren kann? Selbst dann, wenn die „Grünen“ mitmachen würden, reicht das nicht für eine demokratische Mehrheit. Die Linke kann da nicht zustimmen! Die zwingende Folge: Eine CDU-Minderheitsregierung wäre auf die Unterstützung durch die AfD angewiesen, könnte ohne sie nicht existieren!!

Was das mit der CDU, was das aus der CDU macht, wäre spannend zu beobachten. Es gibt sehr viele Christ-Demokraten, die eine solche Zusammenarbeit nicht erdulden könnten. Zudem würden die anderen Parteien eine Zusammenarbeit der CDU mit Kräften, die ganz offiziell als rechtsradikal bezeichnet werden dürfen, für den politischen Kampf nutzen. Das hält die letzte demokratische Volkspartei Deutschlands nicht aus.

Markus Söder hat erkannt, welche Folgen das für die CDU hätte: Er hält zwar die Grünen – eine durch und durch bürgerliche Partei – für Gegner, obgleich sie der ideale Partner wäre, weiß aber auch, dass der wirkliche Feind, der die Vernichtung der CDU/CSU als Volkspartei beabsichtigt, die AfD ist. Er hat daraus den richtigen Schluss gezogen: Man hat nur noch einen Schuss, um Schlimmes zu verhindern. Leider hat sich diese Erkenntnis schnell aufgebraucht. Obwohl die prekäre Haushaltslage bekannt war und man sich in die Hand versprochen hatte, keine zusätzlichen konsumtiven Ausgaben zuzulassen, wurden bereits in den Koalitionsvertrag mit der Mütterrente, der Erhöhung der Pendlerpauschale und den Steuersenkungen für die Gastronomie die ersten Sünden begangen. So wird man die Wende nicht schaffen.

Immerhin: Eigentlich haben alle erkannt: Man muss den sehr schweren Weg des Kompromisses gehen, der den Bürgerinnen und Bürgern keine Geschenke verspricht, sondern allein darauf gerichtet ist, die elementaren Aufgaben des Staats zu erfüllen. Die muss man nüchtern beschreiben, und nicht den sich wandelnden Wünschen der Überflussgesellschaft nachjagen. Der Staat ist nicht verpflichtet, jedem ein Leben nach seinen selbstgewählten Bedürfnissen zu ermöglichen.

Wenn CDU/CSU und SPD nach diesen Maßstäben handeln und den Mut haben, die Begrenzungen zu beschreiben und durchzuhalten, wäre mir wohl! Für politische Spielereien ist kein Raum mehr – auch nicht in Neukölln!

H.-G. Lorenz, im November 2025

13) Symbol der Freiheit. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-15

15. November 2025

50. Jahrgang

Symbol der Freiheit



Das **Brandenburger Tor** ist das bekannteste Wahrzeichen Berlins. Es symbolisiert Freiheit und Frieden wie kein anderes Denkmal. Es ist der Stadtplanung geschuldet, dass die Grenze zwischen den früheren Bezirken Mitte und Tiergarten während der Teilung so verlief, dass das Brandenburger Tor zum Ost-Berliner Bezirk Mitte und nicht zum westlichen Bezirk Tiergarten gehörte. Damit stand dieses geschichtsträchtige Monument, durch das schon **Napoleon** am 27. Oktober 1806 mit großem Trara zog, in der Hauptstadt der DDR und diente den Grenztruppen als Aussichtsplattform gen Westen.

Ersparen wir uns die Aufzählung derer, die im Laufe der Jahrzehnte durch dieses Tor gezogen sind, bevor nach der Wiedervereinigung angenehmere Zeitgenossen, von demokratischen US-Präsidenten bis hin zum Papst, unter der Quadriga hindurchschritten.

In den Jahren von 1789 bis 1793 wurde es auf Anweisung des preußischen Königs **Friedrich Wilhelm II.** nach Entwürfen von **Carl Gotthard Langhans** errichtet. Die das Tor krönende Skulptur der Quadriga ist ein Werk nach dem Entwurf des Bildhauers **Johann Gottfried Schadow**.

Die DDR hatte nicht gerade viel in den Erhalt der Bausubstanz investiert. Und nachdem es im Überschlag der Vereinigungsfestlichkeiten stark beschädigt wurde, war es an der Zeit, dieses Bauwerk gründlich zu sanieren. Diese Aufgabe übernahm

nicht, wie man es hätte erwarten können, der Staat, sondern die private **Stiftung Denkmalschutz Berlin**, gegründet 1999 von **Reinhard Müller** und seiner Frau **Maria**. Müller ist bis heute Vorstandsvorsitzender der Stiftung, der Schirmherr heißt **Klaus Wowerit**.

4,3 Millionen Euro kostete die aufwendige Sanierung. Nach 22 Monaten, in denen das Tor mit Werbebanner verhüllt war, wurde es zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2002 spektakulär enthüllt. Der ehemalige Skirennfahrer **Willy Bogner** schwebte mit einem Heliumballon auf das Tor und seilte sich dann ab, um den riesigen, über 20 Meter langen Reißverschluss der weißen Stoffhülle zu öffnen. Die Bilder gingen um die Welt.

Während der Sanierung hatte **Reinhard Müller** ein Modell im Maßstab 1:100 anfertigen lassen, das später in seinem Büro stand. Bei einem Besuch im Roten Rathaus fiel ihm auf, dass sich dort kein sichtbarer Hinweis auf das Symbol der Freiheit befindet. Und so bot er der Senatskanzlei an, das Modell als Dauerleihgabe zur Verfügung zu stellen, denn schenken darf man dem Senat ja nichts. Das Modell ist dem Original auch unter der Verwendung des Sandgusses nachempfunden.



Am 14. November übergab **Reinhard Müller** das Modell des Brandenburger Tores an den Protokollchef des Landes Berlin, **Georg Klußmann**.

Informationen über die Stiftung Denkmalschutz Berlin unter:

www.stiftung-denkmalschutz-berlin.de

Ed Koch

Quelle: Wikipedia / Fotos: Ed Koch

14) Danke für nichts. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-13

11. November 2025

50. Jahrgang

Danke für nichts



Wer nichts erwartet, muss sich nicht wundern, wenn er nichts bekommt. An **Friedrich Merz** hatte ich keine bedeutenden Erwartungen. Kaum jemand wünscht sich **Olaf Scholz** zurück im Kanzleramt. Scholz hat aber wenigstens, wenn

er keine Ahnung hatte, die Klappe gehalten, während Merz eine wahre Plaudertasche ist. Sicherlich liegt es an mir, dass ich Scholz nicht verstanden habe und erst recht nicht Merz verstehe.

Heute beginnt der Karneval. Immerhin. Und, trotz Vogelgrippe, die Gänsebratensaison. Angeblich sind die Vögel schon vor Ausbruch der Seuche geschlachtet worden. Hoffen wir das Beste. 34,90 Euro kostet Brust oder Keule in einem der Restaurants, in dem ich verabredet bin. Tja. Da gibt's dann die restlichen Tage Schmalkost zu Hause, denn Gänsebraten muss sein, selbst wenn zur Finanzierung ein Kleinkredit aufgenommen werden muss.

Diese Überlegungen muss **Friedrich Merz** nicht anstellen, denn unserem Kanzler geht's finanziell recht gut. Keine Neiddebatte an dieser Stelle. Ich gönne ihm die hart erarbeiteten Millionen. Und ich wünsche ihm auch alles Gute zu seinem heutigen 70sten Geburtstag. Für einen Politiker keine Zeit zum Aufhören. Ich habe aber nie verstanden, warum sich Merz dieses Amt antut. Hat er doch gar nicht nötig. Nur um **Angela Merkel** etwas zu beweisen, ist ein bisschen wenig Motivation.

Es beruhigt mich keineswegs, noch nie etwas von Merz gehalten zu haben. Ich habe auch noch nie etwas von Scholz gehalten. Das sind aber meine Probleme. Scholz hat das Ampel-Projekt in den Sand gesetzt. Den Finger nur auf die FDP zu zeigen, ist zu kurz gegriffen. Und Merz? Ich weiß nicht, was er bisher geleistet hat. Im Sommer, als man die Veränderungen zum Besseren spüren sollte, habe ich nichts gespürt. Im Herbst der Entscheidungen hat sich bislang auch nichts getan. Ist die Migration

wirklich unser größtes Problem? Als Problemlöser hat sich die neue Bundesregierung ohnehin nicht profiliert, fast 60 Prozent der Menschen im Land bezweifeln, dass Schwarz-Rot etwas auf die Kette kriegt. Die Zufriedenheitswerte haben Ampel-Niveau.

Die jetzige Bundesregierung ist eine Amateurtruppe, die teuersten Azubis ever. Und auch der einzige im Kabinett mit Regierungserfahrung überzeugt nicht so richtig. Das Geplänkel zwischen dem Außenminister und dem Kanzler über die Rückführung der hier lebenden Syrer ist doch an Peinlichkeit nicht zu überbieten. In Syrien sehe es aus wie in Berlin 1945. Woher weiß der Außenminister das, wenn er erst 1963 geboren wurde.

Was ist los in diesem Land, wenn wir für ein Elektroauto von Audi mindestens 50.000 Euro zahlen müssen, während das Unternehmen für den chinesischen Markt ein Modell für 30.000 Euro anbietet? Merz veranstaltet einen Gipfel nach dem anderen im Kanzleramt und nichts bessert sich.

Die SPD opfert ihr soziales Gewissen am Eingang zum Bürgergeldbüro und die Umwelt ist uns scheißegal geworden. Deutschland verursacht doch nur rund zwei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Es ist also irrelevant, was wir veranstalten. Schmeißt die Kohleöfen wieder an, produziert Verbrenner, bis es qualmt. Kürzlich sah ich eine Dokumentation über den chinesischen Automarkt. Nur Elektrofahrzeuge! Die überrollen uns in Kürze. Die Chinesen kaufen VW, machen es platt und erweitern auf dem Gelände das Wolfsburger Designer-Outlet mit einem doppelt so großen SHEIN-Center. Am Hamburger Hafen weht demnächst die Flagge von BYD, und auf dem Programm der Elbphilharmonie steht wöchentlich eine Peking-Oper.

Die Probleme, die Merz Amateurkabinett am Hacken hat, haben sich seit Jahren aufgebaut. Man kann sie ihm nicht vorwerfen, aber, er muss sie lösen. Ihn nach Hause schicken zu wollen, weil er die Probezeit nicht überstanden hat, ist Unsinn. Was wäre denn das Gegenmodell? Schwarz-Rot bekäme derzeit keine Mehrheit. Man bräuchte die Grünen. Wie soll das gehen mit dem Haxen-Fresser aus Bayern?

Wie, weiß ich auch nicht, aber Merz-Söder-Klingbeil-Bas müssen einen Weg finden, bevor die Chinesen hier alles übernehmen. Wobei! Unsere Bahn mit chinesischem Management? Dann führe sie wohl sehr schnell pünktlich.

Ed Koch

1

15) „Die Selbstbehauptung der Demokratie – das ist die Aufgabe unserer Zeit“ sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

paperpress

Nr. 643-13

9. November 2025

50. Jahrgang

„Die Selbstbehauptung der Demokratie – das ist die Aufgabe unserer Zeit“



Screenshot Bundespräsidentenamt

In seiner Rede zum 9. November schlägt Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** den Bogen vom historischen Erbe des Schicksalstages der Deutschen in die Gegenwart. Aus dem „Nie wieder!“ erwachse die Aufgabe, die Demokratie wehrhaft zu verteidigen, denn sie sei bedroht wie nie.

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede:
Auszüge

Wenn wir heute zusammenkommen, um an den 9. November zu erinnern, dann haben wir gemischte Gefühle. Wir müssen sie haben. Der 9. November – 1918, 1938, 1989 – er markiert fast ein ganzes Jahrhundert unserer Geschichte, und er ist ein zutiefst ambivalentes Datum. Eines, das uns mit seinen Widersprüchen herausfordert. Eines, das sich jeder Vereinfachung widersetzt. Der 9. November steht für Licht und Schatten, für die tiefsten Abgründe und die glücklichsten Stunden unserer Geschichte. Deshalb berührt dieser Tag unser Selbstverständnis als Deutsche. Ich meine: Es geht am 9. November um den Kern unserer Identität.

Betrachten wir diesen Jahrestag des 9. November doch einmal als Seismographen. Was erzählt er uns darüber, was uns verbindet und was uns auseinandertreibt, wie wir zusammenleben und was uns wichtig ist? Welche Erschütterungen und Risse in unserer Gesellschaft zeichnet er auf?

107 Jahre nach dem 9. November 1918, der Ausrufung der ersten deutschen Republik, steht unsere liberale Demokratie unter Druck. Populisten und Extremisten verhöhnen die demokratischen Institutionen, vergiften unsere Debatten und betreiben das Geschäft mit der Angst. Das Tabu, sich offen zu solcher Radikalität zu bekennen, gilt für viele Menschen nicht mehr. Das Drehbuch der Antidemokraten, so scheint es uns manchmal, geht mühelos auf. Und was haben wir dem entgegenzusetzen?

87 Jahre nach den Pogromen des 9. November 1938, dem Abgrund in der deutschen Geschichte, ist der Antisemitismus nicht zurück, denn er war immer da. Aber sprunghaft angestiegen ist er seit dem 7. Oktober 2023 auch bei uns in Deutschland. Er kommt von rechts, von links und aus der Mitte, es gibt ihn unter muslimischen Einwanderern. Juden haben Angst, sich offen zu zeigen; jüdische Eltern bringen ihre Kinder mit mulmigem Gefühl zur Schule; jüdische Studierende werden angefeindet; Männer mit Kippa werden am helllichten Tag gewaltsam angegriffen. Ausgerechnet wir, die Nachfahren derer, die am 9. November 1938 Täter waren oder Gaffer, unfähig zur Solidarität mit den jüdischen Nachbarn, oder die weggeschaut haben. Ausgerechnet wir schaffen es nicht, diesem Antisemitismus Einhalt zu gebieten.

Und 36 Jahre nach dem 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls? Da spüren wir, wie die Fremdheit zwischen Ost- und Westdeutschen wieder wächst und die Erinnerung an die Kraft der Friedlichen Revolution verblasst. Es fällt uns nicht leicht, dauerhaft Stärke und Ermutigung aus diesen glücklichen Stunden zu ziehen. Dabei lehrt uns dieser 9. November doch vor allem das: Dass wir unser Schicksal in den eigenen Händen halten, wenn wir Angst in Zuversicht verwandeln, wenn sich genug Menschen zusammenschließen, und dass wir die Dinge gemeinsam zum Besseren wenden können.

Wenn wir auf unser Land blicken, reiben wir uns die Augen: Sind wir nicht ein starkes Land, eine gefestigte Demokratie, ein stabiler Rechtsstaat, ein wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft? Natürlich sind wir das. Aber da ist zugleich eine große Unruhe in einer Gesellschaft, die tief verunsichert wirkt. Immer häufiger höre ich besorgte Gespräche: Wie wird es hier für uns weitergehen – wenn extreme Parteien stärker werden, wenn Menschen mit Einwanderungsgeschichte, wenn Jüdinnen und Juden nicht mehr sicher sind? Ist es denn möglich, dass wir nicht aus der Geschichte gelernt haben?

1

paperpress

Nr. 643-13

9. November 2025

50. Jahrgang

Wer mich ein wenig kennt, der weiß, dass ich nichts von Alarmismus halte und auch nichts von schrillen Untergangsszenarien. Aber ich glaube doch, dass es an der Zeit ist, dass wir den Gefahren illusionslos ins Auge sehen. Wir dürfen nicht gleichsam hineinrutschen erst in eine neue Faszination des Autoritären und dann in neue Unfreiheit, und hinterher sagen alle: Das haben wir nicht gewollt. Das haben wir nicht gewusst. Gerade heute, am 9. November, sage ich deshalb ganz klar: Wir können wissen. Und: Wir wissen doch!

Die übergroße Mehrheit der Menschen in unserem Land will in Demokratie und Freiheit leben. Wir können auf unsere jahrzehntelange demokratische Erfahrung bauen, auf den Erfolg unseres Landes und auf die vielen Menschen, die dafür einstehen. Aber wahr ist auch: Nie in der Geschichte unseres wiedervereinten Landes waren Demokratie und Freiheit so angegriffen. Bedroht durch einen russischen Aggressor, der unsere Friedensordnung zertrümmert hat, und gegen den wir uns schützen müssen. Und aktuell bedroht durch rechtsextreme Kräfte, die unsere Demokratie angreifen und an Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen. Einfach abzuwarten, dass der Sturm vorbeizieht und solange in sichere Deckung zu gehen, das reicht nicht. Zeit zu verlieren haben wir nicht. Wir müssen handeln. Wir können handeln! Unsere Demokratie ist nicht dazu verurteilt, sich auszuliefern! Die Demokratie kann sich wehren!

Dass wir wehrhaft sind, dafür haben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes vorgesorgt. Sie alle hatten erlebt, wie die Weimarer Demokratie von ihren inneren Feinden zerstört wurde – eine Demokratie zerstört mit den Mitteln der Demokratie. Sie hatten bitter die Wehrlosigkeit des Staates und seiner Institutionen erfahren. Das sollte nicht noch einmal möglich sein, und deshalb sind im Grundgesetz wie im Strafrecht Instrumente festgeschrieben, um unsere Freiheit zu schützen vor denen, die sie angreifen. Wir haben diese Instrumente in der Hand!

Volkshetze, die Verbreitung von Inhalten, die zum Hass gegen Minderheiten aufstacheln, die Verbreitung von NS-Parolen oder die öffentliche Verharmlosung der Shoah; Aufrufe zur Gewalt und Anwendung von Gewalt, gewaltsame Versuche, die verfassungsmäßige Ordnung zu zerstören – ob rechts, ob links, ob islamistisch: Wer immer solche Angriffe verübt, macht sich strafbar, und wo immer sie begangen werden, darf der Rechtsstaat nicht zurückweichen. Und dafür braucht es die nötigen Ressourcen und die nötige Wachsamkeit.

Der Rechtsstaat ist entscheidend für die Verteidigung der Demokratie. Es ist kein Zufall, dass Angriffe auf die Demokratie oft mit Angriffen auf die Justiz beginnen. Dafür reicht ein Blick in einige unserer Nachbarländer. Deshalb ist es wichtig, dass wir geeint und entschieden eingreifen, sobald die Unabhängigkeit, die Legitimität der Justiz in Frage gestellt wird. Ich bin dankbar, dass eine breite Mehrheit im Bundestag die Stellung des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz gestärkt hat. Das zeigt: Wir können handeln, wenn wir wollen.

Wehrhaft zu sein, das heißt: Kommunalverwaltungen, die Polizei, die Bundeswehr, Lehrerinnen und Lehrer an Schulen, Hochschullehrer – sie alle müssen für unsere Werte einstehen, unmissverständlich, Tag für Tag. Natürlich müssen die Beamtinnen und Beamten in der Ausübung ihres Amtes neutral sein im parteipolitischen Sinn. Sie dürfen aber nicht neutral sein, wenn es um den Wertekanon unseres Grundgesetzes geht. Sie müssen sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und für sie eintreten.

1949 haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes nicht vorstellen wollen, dass erneut erklärte Gegner der Demokratie in Schaltstellen der Politik und des öffentlichen Dienstes eindringen könnten. Das gilt es zu verhindern, insbesondere da, wo diejenigen Dienst leisten, die unsere demokratische Ordnung im Inneren und nach außen schützen – und die dafür Waffen tragen, also Polizei und Bundeswehr.

Wer sich gegen den freiheitlichen Kern unserer Verfassung stellt, der kann nicht Richter, Lehrer oder Soldat sein. Verfassungsfeinde können auch von der Wahl zur Landrätin oder zum Bürgermeister ausgeschlossen werden. So ein Ausschluss ist nicht per se undemokratisch. Im Gegenteil: Er ist Ausdruck der wehrhaften Demokratie!

Genauso verhält es sich, im Prinzip, mit dem Instrument des Parteienverbots. Zu seinem eigenen Schutz enthält unser Grundgesetz die Möglichkeit, Vereine und Gruppen zu verbieten, Parteien von der staatlichen Finanzierung auszuschließen und sie sogar gänzlich zu verbieten, wenn sie sich aggressiv-kämpferisch gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung richten. Die rechtlichen Hürden für ein solches Verbot liegen hoch, die Verfahren sind lang. Die Entscheidung trifft das oberste Gericht.

Dieser Tage schreien Gruppen vom rechten Rand bei diesem Thema reflexhaft auf: Das ist undemokra-

paperpress

Nr. 643-13

9. November 2025

50. Jahrgang

tisch! Da kann ich nur sagen: Sie haben es doch selbst in der Hand!

Greifen sie unsere Verfassung an, stellen sie sich gegen sie, wollen sie ein anderes, nicht-freiheitliches System? Da ist die Antwort unserer Verfassung klar: Eine Partei, die den Weg in die aggressive Verfassungsfeindschaft beschreitet, muss immer mit der Möglichkeit des Verbots rechnen.

Entweder das – oder achten und respektieren sie, bei aller scharfen politischen Auseinandersetzung, die Institutionen der Demokratie, die Würde und die Rechte eines jeden Menschen; die politische Freiheit und die Integrität und Geltung demokratischer Wahlen; die Bindung und Geltung des Gesetzes und die richterliche Unabhängigkeit? Das sind die Regeln, die für alle gelten, die sich in Deutschland um politische Macht bewerben.

Ein Parteienverbot ist die Ultima Ratio der wehrhaften Demokratie. Doch ich warne davor zu glauben, es sei die alles entscheidende Frage. Wann – und ob – dieses Mittel angemessen ist, ob es irgendwann sogar unausweichlich ist, diese politische Debatte muss geführt werden, und sie wird geführt. Ob die Voraussetzungen vorliegen, das muss geprüft und abgewogen werden.

Auf keinen Fall dürfen wir tatenlos sein, bis diese Fragen geklärt sind. Entscheidend ist doch: Wie gehen die Kräfte der politischen Mitte jetzt mit Demokratieverächtern und Extremisten um? Wie überzeugend ist die eigene politische Erzählung der Mitte? Wie fest stehen die demokratischen Parteien?

Unsere historische Erfahrung lehrt uns: Der waghalsige Versuch, Antidemokraten zu zähmen, indem man ihnen Macht gewährt, ist nicht nur in Weimar gescheitert. Extremismus triumphiert niemals von allein, warnt der amerikanische Wissenschaftler Daniel Ziblatt. Er hat Erfolg, sagt er, weil andere ihn ermöglichen. Das ist die bleibende Lehre aus der Weimarer Republik.

Und das können wir mitnehmen in die heutige Zeit. Mit Extremisten darf es keine politische Zusammenarbeit geben. Nicht in der Regierung, nicht in den Parlamenten. Wenn dadurch ein Teil des demokratisch gewählten Parlaments von der Gestaltung ausgeschlossen wird, so ist dieser Ausschluss doch selbst gewählt. Und jeder hat, wenn er die Regeln akzeptiert, die Möglichkeit, auf das demokratische Spielfeld zurückzukehren, dort aktiv zu werden und wirksam zu sein. Den Erfolg des Extremismus zu verhindern, statt ihn zu ermöglichen. Darum geht es

jetzt. Ja, und da sind Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Brandmauern ein Signal. Sie sind aber keine Versicherung. Auch Brandmauern sind porös, wenn nicht auch Distanz zur Sprache, zu den Ressentiments, zu den Feindbildern der Rechtsextremen gewährt wird. Wir sehen vielerorts in Europa, wie rechtsextreme Parteien harte Systemgegnerschaft verbinden mit Selbstverharmlosung; wie sie sich in Deutschland der Mitte anbieten als Partner, der doch aus derselben bürgerlichen Wurzel stamme. Auf diese Behauptung sollte niemand hereinfallen.

Bürgerliche Politik ist etwas grundsätzlich anderes als Extremismus. Sie ist keinem Lager verhaftet, sondern beschreibt die gemeinsame Haltung aller Demokraten: Freiheit, Verantwortung, Gemeinschaftssinn, Vernunft und Augenmaß.

Extremisten tragen Feindschaft in das soziale Leben und zerstören das Vertrauen in der Gesellschaft und in die Institutionen – bürgerliche Politik baut Vertrauen auf und stiftet Zusammenhalt. Extremisten setzen auf Spaltung – bürgerliche Politik arbeitet an demokratischen Bündnissen. Extremisten weichen aus, wenn es um machbare Lösungen geht – bürgerliche Politik ist darauf gerichtet, das Leben der Menschen zu verbessern. Extremisten hetzen gegen Europa – bürgerliche Politik hält Europa zusammen. Rechtsextremisten hängen einer völkisch-autoritären, im Kern menschenfeindlichen Ideologie an – bürgerliche Politik achtet das Individuum, seine Würde und Freiheit. Extremistisch und bürgerlich: Das geht nicht zusammen, das sind elementare Gegensätze.

Diese innere Klarheit sollte alle demokratischen Parteien leiten. Ja, ich weiß, die Hauptlast dieser Abgrenzung, die tragen die politischen Kräfte Mitte-rechts. Und diese Last ist schwer. Aber Sie tragen die Verantwortung nicht allein. Explizit an die politischen Kräfte Mitte-links gewandt, füge ich deshalb hinzu: Auch Sie tragen Verantwortung. Ich nenne es die Verantwortung des richtigen Maßes. Es ist wenig hilfreich, jede unliebsame Äußerung pauschal als rechtsextrem zu diskreditieren. Jeden Anlass zu nutzen, ihnen doch ein gemeinsames Lager mit Rechtsextremen zu unterstellen, ist nicht nur unklug; damit rütteln Sie auf andere Weise – auch selbst an der Brandmauer. Es ist gefährlich, wenn Themen wie Migration und Sicherheit nicht besprochen werden können, weil sofort der Rassismusvorwurf im Raum steht. Das hieße, dem rechten Rand die Hegemonie über Themen zu überlassen, die die Gesellschaft beschäftigen und verunsichern. Das darf nicht

3

paperpress

Nr. 643-13

9. November 2025

50. Jahrgang

geschehen! Setzen wir der Demokratieverachtung unser Selbstverständnis entgegen. Wir lassen nichts liegen. Wir verschweigen nicht, wo gehandelt werden muss. Tatsächliche Probleme gehen wir an! An der Sache orientiert, um gute Lösungen bemüht, mit Vernunft, Anstand und Empathie – und in der Zuversicht, dass wir die Dinge zum Besseren wenden können.

Damit das gelingt, braucht es Handlungsfähigkeit im Parlament! Das Parlament ist das Herz unserer Demokratie. Weimar ist gescheitert, als der Reichstag keine verlässlichen Mehrheiten mehr zustande brachte. Auch unser Parlament braucht stabile Mehrheiten, und es muss arbeitsfähig sein. Das ist die Verantwortung jedes einzelnen Abgeordneten, aber auch der Wählerinnen und Wähler.

Aber dafür braucht es auch einen freien, öffentlichen Raum, in dem Argumente ausgetauscht und Menschen gehört werden, der Kompromiss eine Chance hat. Gewalt und Einschüchterungen haben dort keinen Platz. Wahlkämpfer, die auf Marktplätzen Angst haben; Demokratie-Initiativen, die ihre Adressen verbergen müssen; Ehrenamtler, Flüchtlingshelfer, die bespuckt werden – all das ist Gift für unsere Demokratie. Politische Gewalt, egal in welcher Form, müssen wir nicht nur hart verfolgen, wir müssen sie alle gemeinsam ächten.

Der öffentliche Raum, das sind heute immer stärker auch das Internet und die sozialen Medien. Die Lügen, die Demagogie, die Hetze, der Hohn und der Hass, die dort millionenfach und in Bruchteilen von Sekunden verbreitet werden, sie sind zu einer Gefahr für die Demokratie geworden. Wir wissen doch längst, dass die Algorithmen Empörung, Polemik und Krawall befördern, dass sie Angst und Wut schüren. Sie beschädigen das Vertrauen in rationale Argumente und demokratische Politik, sie radikalisieren die Menschen, nähren den Extremismus und verführen zur Gewalt. Wir haben es immer wieder gesehen.

Worauf warten wir also noch? Es ist höchste Zeit, dieser Gefahr wirksam zu begegnen. Alle wissen das. Deshalb darf die Debatte zum Schutz Jugendlicher vor Social Media nicht zu lange dauern oder gar im Sande verlaufen. Und: Wir brauchen wirksame Regeln und intelligente Tools, die uns zusammenbringen, statt uns auseinanderzutreiben, die das Beste aus den Menschen herausholen und nicht das Schlechteste. Die Zukunft unserer Demokratie, da bin ich sicher, wird sich im Netz entscheiden. Behaupten wir unseren Anspruch, demokratische Regeln im Internet durchzusetzen, dann wird sich auch

die Demokratie behaupten! Die Selbstbehauptung der Demokratie: Das ist die Aufgabe unserer Zeit. Es ist eine große Aufgabe. Die kann uns nur gemeinsam gelingen.

Ja, es gibt viele, die schweigen und abwarten. Ihnen möchte ich sagen: Mischen Sie sich ein! Was wir jetzt brauchen, sind aktive Demokratinnen und Demokraten, die den Mund aufmachen, im Parlament, beim Fußball, am Stammtisch, in der Schule, an der Bushaltestelle und am Arbeitsplatz.

Ja, es gibt die, die sich ohnmächtig und hilflos fühlen. Ihnen möchte ich sagen: Wir haben schon so viele Krisen überwunden. Wir haben Mauern niedergehauen. Wir haben Dinge erreicht, die unerreichbar schienen. Und wir haben es auch diesmal in der Hand.

Es gibt die, die unzufrieden sind, die hadern mit der Politik. Ihnen möchte ich sagen: Kritik ist in der Demokratie nicht nur erlaubt, sondern notwendig. Wir brauchen sie, um besser zu werden. Wer aber in den Extremismus flüchtet, verliert jede Möglichkeit zur Mitgestaltung. Verlieren Sie nicht die Geduld mit der Demokratie!

Und zum Glück gibt es auch ganz viele, die sich einsetzen. Menschen, die an mehr denken als nur an sich selbst, Menschen, die sich engagieren: in der Kommunalpolitik, in Sportverbänden, in Vereinen, in Initiativen. Sie sind Ältere und Junge, Frauen und Männer, sie kommen aus Familien, die schon seit Generationen bei uns leben und aus solchen, die neu dazugekommen sind. Ihnen sage ich: Danke, denn Sie machen uns allen Hoffnung. Sie sind es, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Wir brauchen Sie gerade jetzt!

Der Seismograph des 9. November zeigt uns die Erschütterungen, die Risse in unserer Gesellschaft. Er zeigt uns die Gefährdung unserer Demokratie. Aber ich meine, wenn wir ihn richtig lesen, dann lässt er uns auch erkennen, was zu tun ist.

Wir wissen, wo es hinführt, wenn Menschen als vermeintlich Andere ausgegrenzt, verfolgt, gequält werden, wenn ihnen am Ende sogar jede Menschlichkeit abgesprochen wird. Das ist die Mahnung des 9. November 1938. Es ist die wichtigste Lehre aus unserer Geschichte. Es ist die erschütternde, verstörende Einsicht, dass Deutsche des Menschheitsverbrechens der Shoah fähig waren, die Vernichtung der europäischen Juden erdacht, geplant und systematisch durchgeführt haben. Die Verantwortung, die uns daraus erwachsen ist, das ist die Verantwortung des

paperpress

Nr. 643-13

9. November 2025

50. Jahrgang

Nie wieder! Und die bedeutet: Wir müssen Antisemitismus bekämpfen, egal, aus welcher Richtung er kommt.

Der 9. November 1918 wird uns immer daran erinnern, wie kostbar Frieden und Demokratie sind und dass sie, einmal schwer errungen, nie für alle Zeit garantiert sind. Und schließlich der 9. November 1989. Wie stark können wir sein, wenn die Angst die Seiten wechselt, wenn wir gemeinsam für eine Sache kämpfen. Ich glaube, wir würden gut daran tun, gerade dies viel stärker in unserer gesamtdeutschen Erinnerung zu würdigen. Schreiben wir diese Geschichte in die Zukunft fort: die Geschichte von Mut, von Stärke, von Gemeinschaft.

Die Rechtsextremen locken mit dem süßen Gift der Wut, die da oben sind der vermeintliche Gegner. Sie locken mit dem Versprechen autoritärer Führung und damit, dass endlich Schluss ist mit ewigem Streit. Sie locken mit einem Nationalismus, der auftrumpft: Endlich soll Deutschland wieder groß sein.

Wir haben dem so viel entgegensetzen. Wir haben das Recht. Die Freiheit. Die Menschlichkeit. Das Wissen, wohin der Hass führt. Den Stolz auf unser Land und all seine Menschen. Wir sind verschieden, leben auf dem Dorf oder in der Stadt, in Ost oder West, sind eingewandert oder hier geboren, aber gehören zusammen in dieses, in unser Land. Unser Patriotismus ist, ja, ein Patriotismus der leisen Töne. Er muss es sein, denn die Verantwortung für unsere Geschichte vergeht nicht.

All das verbindet uns und gibt uns Zuversicht. Selbstbewusstsein und Zuversicht: Nichts brauchen wir dringender als das! Denn aus dem Dauerwettbewerb der Untergangsszenarien erwächst keine Kraft. Mein Wunsch an diesem 9. November ist aus tiefstem Herzen: Stehen wir zusammen – für die Selbstbehauptung von Demokratie und Menschlichkeit! Geben wir nicht preis, was uns ausmacht.

Vertrauen wir uns selbst! Tun wir, was getan werden muss!

Anmerkung:

*Es ist befremdlich, dass diese Rede nicht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen übertragen wurde. Deshalb Dank an **ntv** für die Live-Übertragung.*

paperpress

Nr. 643-12

9. November 2025

50. Jahrgang

KW 45 Teil 2 SPD zerlegt sich

Wenn die Berliner, und auch die Bundes SPD, etwas besonders gut kann, dann, sich vor aller Augen zu zerlegen und danach erstaunt auf die Umfragewerte zu schauen. Vor allem der Umgang mit den wenigen bekannten Gesichtern der Partei, ist unterirdisch. Regelmäßig werden die Spitzenleute abgeräumt.

Über **Franziska Giffey** kann man denken, was man will, sie ist, neben **Iris Spranger**, die seit 2021 erfolgreich den „Sheriff in Town“ gibt, das bekannteste sozialdemokratische Senatsmitglied. Ihre empathische Art kommt bei den Leuten an, auch wenn sich das nicht 1:1 in Wählerstimmen auszahlt. In Neukölln hat man ihr nun einen sicheren Listenplatz für die Wahl 2026 nicht gegönnt. Ihren Wahlkreis Rudow direkt zu gewinnen, wird nicht leicht, hat sie ihn doch schon 2023 mit deutlichem Abstand zur CDU mit 16 Prozent verloren. Es reicht nicht aus, ein bekannter und beliebter Politiker zu sein, wenn man eine unbeliebte Partei am Hacken hat.

Und nun der nächste Schlag, wieder aus Neukölln. Mit 68,5 Prozent, was einer Vier minus entspricht, haben die Funktionäre **Martin Hikel** für das Amt des Bezirksbürgermeisters nominiert. Seine Reaktion war folgerichtig, nämlich auf die erneute Kandidatur zu verzichten.

„Für die Neuköllner SPD sei der Vorfall der ‚SuperGAU‘“, zitiert der **Tagesspiegel** „einen Sozialdemokraten.“ Hikel ist nicht irgendwer. Er ist neben **Oliver Igel** aus Treptow-Köpenick, einer von zwei verbliebenen SPD-Bezirksbürgermeistern, und dazu so bekannt und beliebt wie seine Vorgänger **Heinz Buschkowsky** und **Franziska Giffey**. „Ohne den bekannten Hikel werde es bei der Wahl noch schwerer.“, zitiert der Tagesspiegel einen Genossen.

Und jetzt kommen wir in den Bereich, wo die Frage erlaubt sein muss, was in den Köpfen der Entscheidungsträger vor sich geht. „Offen ist denn auch, ob seine Kritiker ihn wirklich zu diesem Schritt bewegen wollten. Von einem nicht eingeplanten Unfall ist die Rede.“, berichtet der Tagesspiegel. „Wenn den Leuten bewusst gewesen wäre, was das heißt, hätte es wohl nicht so viele Gegenstimmen gegeben“, zitiert der Tagesspiegel ein Parteimitglied. So viel Dummheit tut wirklich weh. Nicht zum ersten Male fragt sich der Autor dieses Beitrages, ob der SPD noch zu helfen ist. Der Wähler, der diese Vorgänge sehr aufmerksam zur Kenntnis nimmt, wird jedenfalls nicht helfen.

Die SPD liegt in der aktuellen **INSA**-Umfrage vom 28. Oktober im Auftrag des rechtspopulistischen Onlinemediums **NIUS** mit 16 Prozent auf Platz Drei hinter der CDU (23%) und der Linken (17%). AfD 15 und Grüne 14, BSW fünf, FDP vier Prozent. Bei der Juni-Umfrage von **Infratest dimap** im Auftrage des **rbb** sahen die Werte wie folgt aus: CDU 25, Linke 19, Grüne 15, SPD 14 und AfD 13 Prozent. Schwarz-Rot hatte weder im Juni noch im Oktober eine Mehrheit.

Die SPD kann es sich nicht leisten, durch innerparteiliche Sperenzchen den Wähler zu verschrecken. **Martin Hikel** ist auch Landesvorsitzender der SPD, und die Frage ist, wie lange er sich das noch antut. Er und **Nicola Böcker-Giannini** haben ein starkes Mandat, denn sie sind durch eine Mitgliederbefragung im Mai 2024 ins Amt gekommen. Traditionell entscheiden die Mitglieder immer anders als die Funktionäre der SPD. Das zeigte sich auch schon 2014 bei einem Mitgliederentscheid, als **Michael Müller** für das Amt des Regierenden Bürgermeisters nominiert wurde. Wäre es nach den Landesparteitagsdelegierten gegangen, hätte wohl **Jan Stöß** gewonnen.

Raed Saleh war sowohl 2014 wie auch 2024 chancenlos und landete auf dem letzten Platz. Saleh ist der erfolgreichste Loser der Partei. Seinen Posten als Fraktionsvorsitzender macht ihm (bislang) niemand streitig. Und nicht nur das, er zieht, auch wenn nicht mehr Parteichef, nach wie vor die Fäden. So scheiterte **Michael Müller** bei dem Versuch, für eine zweite Amtszeit in den Bundestag gewählt zu werden. Ein geradezu hinterfotziger Trick, an dem Saleh natürlich nicht beteiligt war, verhinderte einen sicheren Listenplatz für Müller. Abweichend von den ehrenwerten Bekundungen der Partei, auf Platz Eins der Wahllisten möglichst eine Frau stehen zu haben, wurde ein Mann als Spitzenkandidat gewählt. Erst dann folgte eine Frau, und für die Männerplätze drei und fünf stand bei den Strippenziehern nicht der Name Müller auf dem Zettel. Von der Bundestags-Spitzen-Crew der Berliner SPD hat man seitdem wenig vernommen. Nur Insider kennen ihre Namen.

Dem Trick, eine Frau für den Spitzenplatz vorzusehen, dann aber einen Mann aus dem Hut zu zaubern und die List aufzumischen, ist jetzt auch der Kreisvorsitzende von Charlottenburg-Wilmersdorf **Kian Niroomand** zum Opfer gefallen. Er steht auf keinem sicheren Listenplatz für 2026. Seine Zukunft als Kreisvorsitzender steht damit auch zur Debatte. **Christian Gaebler**, Berlins Bausenator, ist zwar seit

1

paperpress

Nr. 643-12

9. November 2025

50. Jahrgang

2020 nicht mehr Kreisvorsitzender von Charlottenburg-Wilmersdorf, nimmt aber als Vorsitzender der größten Abteilung im Bezirk, Wilmersdorf-Nord, weiterhin Einfluss auf das Geschehen. Und überall wirkt **Raed Saleh** im Hintergrund mit. Kein Kreisverband kann sich seiner Fürsorge entziehen.

In Reinickendorf werden vermutlich die Ambitionen der SPD-Landesvorsitzenden **Nicola Böcker-Giannini** auf ein Abgeordnetenhausmandat am 22. November zu Grabe getragen. Nach Informationen des Tagesspiegels könnte **Laurence Stroedter** gegen Böcker-Giannini antreten. Sie ist die Tochter des Reinickendorfer Urgesteins und Saleh-Freundes **Jörg Stroedter**. So werden nach und nach die beiden SPD-Vorsitzenden abgeräumt, denn wenn die Funktionäre etwas nicht leiden können, dann sind es Mitgliedervoten, die ihren Personalplänen widersprechen.



Hikel und Böcker-Giannini haben zumindest eines hinkommen, nämlich **Franziska Giffey** und **Raed Saleh** die Spitzenkandidatur zu nehmen. Dafür zauberten sie **Steffen Krach** aus dem Hut, der es sich nach dem Weggang aus Berlin in seiner Heimatstadt Hannover gemächlich gemacht hatte.

Der Verzicht von Giffey und Saleh wurde beiden angeblich mit Versprechungen versüßt. Giffey bleibt Senatorin, wenn die SPD wieder an der Regierung beteiligt wird, und Saleh bleibt Fraktionsvorsitzender auf Lebenszeit. Die Demontage von Hikel und Böcker-Giannini hat längst begonnen. Krach war wohl ihr letzter, eigentlich ihr einziger Coup.



Der Mariendorfer Abgeordnete **Alexander Voelker** (1913-2001) war 15 Jahre lang, von 1958 bis 1973, Vorsitzender der SPD-Fraktion und damit am längsten im Amt. Saleh ist seit 14 Jahre Chef der Fraktion und wird im nächsten Jahr den Rekord von Voelker einstellen. Saleh for ever!

Egal, was geschieht, Raed Saleh lächelt immer, während man Franziska Giffey ansieht, wie sehr sie oft mit ihrer Partei hadert.
Fotos: Ed Koch



Foto: SPD Jule Sonntag / Photothek

Das ist das Führungspersonal der Berliner SPD. In der Mitte das Zentrum der Macht, **Raed Saleh**. Daneben **Steffen Krach**. Spannend wird sein, wer nach der Wahl 2026 die Senatoren und Staatssekretäre bestimmen darf. Bisher entschied dies Saleh. Bis dahin ist ja noch ein wenig Zeit. Erst einmal wird nominiert. Krach wird die Bezirksliste von Steglitz-Zehlendorf anführen und am 15. November offiziell vom Landesparteitag zum Spitzenkandidaten gekürt.



Tempelhof-Schöneberg erhält den vermutlich bestaussehendsten Kandidaten. Der Ex-Linke **Sebastian Schlüsselburg** soll den Wahlkreis Mariendorf von **Lars Rauchfuß** übernehmen, der nicht mehr antritt. Schlüsselburg ist im letzten Jahr

aus der Linken ausgetreten und inzwischen in die SPD eingetreten. Er hat sein Mandat mitgenommen.

Der 1983 im damaligen West-Berlin geborene Schlüsselburg wurde im Wahlkreis Lichtenberg 4 mit 32,8 Prozent der Erststimmen 2016 in das Abgeordnetenhaus gewählt und erzielte damit landesweit das beste Erststimmenergebnis für DIE LINKE. Bei den Wahlen 2021 und der Wiederholungswahl 2023 bestätigten die Wähler sein Direktmandat. Am 23. Oktober 2024 ist er gemeinsam mit **Klaus Lederer**, **Elke Breitenbach**, **Sebastian Scheel** und **Carsten Schatz** aus der Partei **Die Linke** ausgetreten. Lederer, Breitenbach und Schatz sind trotz ihres Parteiaustritts Mitglieder der Fraktion geblieben. Scheel ist seit diesem Jahr Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz. Schlüsselburg ist seit dem 16. Januar 2025 Mitglied der SPD-Fraktion. Von Lichtenberg nach Mariendorf. Ein Kulturschock? Kommen Sie schockfrei durch die KW 46.

Ed Koch

2

paperpress

Nr. 643-11

9. November 2025

50. Jahrgang

KW 45 Teil 1 Freiheit

Beginnen wir heute mit einer amtlichen Mitteilung unseres Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner**:

„Der 9. November ist ein Schicksalstag für Deutschland - und für Berlin. Er steht für das Leid, das aus Hass und Ausgrenzung erwächst – und für die Kraft der Freiheit, die Mauern überwinden kann. Er erinnert uns an das unfassbare Leid der Novemberpogrome von 1938 – an die Opfer, deren Leben durch Hass und Menschenverachtung zerstört wurden. Und er erinnert uns zugleich an den 9. November 1989, als mutige Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wunsch nach Freiheit und Einheit die Berliner Mauer zum Einsturz brachten. Zwischen diesen beiden Momenten liegt die ganze Spannweite deutscher Geschichte – Verbrechen, Schuld, Hoffnung und Versöhnung. Wir tragen die Verantwortung, das Erinnern lebendig zu halten und aus unserer Geschichte immer wieder neu den Auftrag für eine offene, freie und menschliche Gesellschaft zu ziehen.“



Foto: Visit Berlin

Gestern wurde vor dem Abgeordnetenhaus die **Berlin Freedom Week** von Vizepräsident **Dennis Buchner** und **Kai Wegner** eröffnet. Im Parlament fand anschließend der **World Liberty Congress** statt. Noch bis zum 15. November gibt es zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Freiheit, wir berichteten gestern darüber, weisen aber gern noch einmal auf das Programm hin:

www.berlin-freedom-week.com.

So findet zum Beispiel heute um 11:00 Uhr ab Glienicker Brücke eine Führung entlang des Potsdamer Grenzstreifens statt. Oder ab 13:00 Uhr eine Führung durch das Parlament der Bäume neben dem Haus der Bundespressekonferenz. Das „Parlament der Bäume“ von Ben Wagin ist ein lebendiges Mahnmal gegen Krieg und Gewalt. Oder um 13:00 Uhr ab Wachturm im Park Schlesischer Busch eine Führung zur Berliner Mauer im Kiez Alt-Treptow. An der

Grenze der Bezirke Alt-Treptow, Neukölln und Kreuzberg können authentische Spuren und Reste des „Antifaschistischen Schutzwalls“ im ehemaligen Todesstreifen gefunden werden, abseits der bekannten Touristenstrecken.

Um 14:00 Uhr beginnt ein Rundgang mit Zeitzeugen durch das ehemalige Notaufnahmelager Marienfelde, seit über 70 Jahren ein Ort des Ankommens. Bei einem Rundgang berichten Zeitzeuginnen von ihrer Flucht und dem Neuanfang in West-Berlin.

Begleitend zum Programm tourt das **Berlin Freedom Week Mobil** täglich durch alle Berliner Bezirke. Die fahrende Bühne mit der Nachbildung der Freiheitsglocke macht an zentralen Erinnerungsorten und Schauplätzen der Demokratie halt. An jeder Station sind die Besucher eingeladen, Geschichten über Mut zu entdecken und sich an der Diskussion über Freiheit und Demokratie in der heutigen Welt zu beteiligen.

Hie die Stationen:

- 9. November 2025, 9:30 – 15 Uhr: Gedenkstätte Berliner Mauer, Mitte
- 10. November 2025, 8:30 – 14 Uhr: EUREF Campus Gasometer, Schöneberg
- 11. November 2025, 15 – 20 Uhr: Bebelplatz, Mitte
- 12. November 2025, 13 – 18 Uhr: Rathaus Schöneberg, Schöneberg
- 13. November 2025, 9 – 14 Uhr: Abgeordnetenhaus von Berlin, Mitte
- 14. November 2025, 10:30 – 15:30 Uhr: East Side Gallery, Friedrichshain
- 15. November 2025, 13 – 18 Uhr: DDR-Museum, Mitte

Höhepunkt der **Freedom-Week** ist morgen die **Freedom Conference** auf dem **EUREF-Campus**. Nach einem Grußwort von **Kai Wegner** kommen 55 führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Medien, Technologie, Zivilgesellschaft und Verteidigung auf dem Podium zu Wort. Darunter u.a. die Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Julia Klöckner**, Bundesbildungsministerin **Karin Prien**, **Tsai Ing-wen**, ehemalige Präsidentin von Taiwan, **Masih Alinejad**, Mitbegründerin und Präsidentin des World Liberty Congress, **Ben Hodges**, ehemaliger General der US Army Europe, **Prof. Dr. Michael Hüther**, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, **Prof. Dr. Ulrich Reuter**, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, **Franziska Giffey**, Bürgermeisterin und Wirtschaftssenatorin Berlin, und viele weitere Persönlichkeiten. Q: Visit Berlin

18) Der Klang der Freiheit. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-10

8. November 2025

50. Jahrgang

Der Klang der Freiheit



Diese Nachbildung der Freiheitsglocke tourt gegenwärtig durch Berlin - Foto: Ed Koch

Der Klang der Freiheitsglocke vom Turm des Rathauses Schöneberg ist seit 1950 jeden Tag um 12:00 Uhr eine mahrende Stimme, das Wertvollste, was ein Mensch haben kann, nämlich seine Freiheit, zu bewahren. Freiheit ist nur im Frieden möglich. Fast drei Generationen nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939, hat am 24. Februar 2022 Russland die Ukraine angegriffen. Beide Kriege offenbaren die menschenverachtenden Lust des Angreifers, ein freies, unabhängiges Land zu erobern und die Menschen zu unterjochen. In Polen ist es nicht gelungen und in der Ukraine wird es auch nicht gelingen, denn der Klang der Freiheit ist lauter als der der Tyrannei.

Wo, wenn nicht in Berlin, muss an die Freiheit erinnert werden. 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, der von hier ausging, und hier endete, findet in Berlin die erste **Freedom Week** statt. Eine richtige Initiative, aber warum erst jetzt?

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**, eröffnet heute die erste Berlin Freedom Week – eine Veranstaltungswoche vom 8. bis 15. November 2025, die zum 36. Jahrestag des Mauerfalls im Zeichen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten steht. Im Rahmen der Freedom Week finden der **World Liberty Congress** am 8. November 2025 im Abgeordnetenhaus, und die **Berlin Freedom Conference** am 10. November 2025 im Gasometer auf dem **EUREF-Campus** statt, zu der FreiheitskämpferInnen und Freiheitkämpfer, Bürgerrechtler und Dissidenten aus vielen Ländern in Berlin zusammenkommen, um sich auszutauschen und den demokratischen Wandel weltweit voranzutreiben.

Kai Wegner: „Berlin wird zum 36. Jahrestag des Mauerfalls zum internationalen Forum für Freiheit, Frieden und Demokratie. 1989 haben mutige Frauen und Männer die Mauer zum Einsturz gebracht, die friedliche Revolution führte zum Ende der SED-Diktatur. Der Wille zur Freiheit hat gesiegt. Heute wird von der Berlin Freedom Week das Signal ausgehen: Wir sind in Solidarität verbunden im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.“

Die Berlin Freedom Week wird initiiert von **Visit Berlin**, der **Axel Springer Freedom Foundation**, dem **World Liberty Congress**, dem Berliner **Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** sowie der **Robert-Havemann-Gesellschaft**. Das Programm umfasst Konferenzen, Diskussionen, Kulturveranstaltungen und digitale Events. Das gesamte Programm finden Sie unter diesem Link:

www.berlin-freedom-week.com.

Fünf Veranstaltungen und Projekte haben bereits in den letzten Tagen stattgefunden. Heute, am 8. November, stehen allein 29 auf dem Programm, weitere 20 am 9. November, elf am 10. November, 23 am 11. November, 25 am 12. November, 13 am 13. November, acht am 14. November und letztlich noch einmal acht am 15. November, insgesamt 142.

Höhepunkt der Freedom Week dürfte die Konferenz am 10. November auf dem **EUREF-Campus** sein. Informationen unter:

<https://berlin-freedom-conference.com/>

Zwischen 10:00 und 18:00 Uhr werden 55 führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Medien, Technologie, Zivilgesellschaft und Verteidigung in Berlin im Gasometer zusammenkommen, um langfristige Strategien und eine reale Koordination in einer zunehmend instabilen, multipolaren Welt zu entwickeln – und sich dabei nicht auf symbolische Gesten oder kurzfristige Lösungen, sondern auf praktische Lösungen zu konzentrieren. Soweit das Versprechen der Veranstalter.

Berlin ist dafür der richtige Ort. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde zum Ikonenbild des Triumphs der Demokratie über autoritäre Herrschaft. Heute ist diese lebendige, vielfältige Stadt die Hauptstadt eines Landes, das eine globale Rolle bei der Verteidigung demokratischer Werte einnimmt.

Dieses neue Konferenzformat soll einen Beitrag zu dieser Mission leisten. Es geht nicht nur um Reden, sondern um die Gestaltung der Strategien, die Demokratien brauchen, um zu gewinnen. Die Teilneh-

paperpress

Nr. 643-10

8. November 2025

50. Jahrgang

menden werden mit frischer Energie, konkreten Ideen, neuen Bündnissen und einem neuen Gespür dafür abreisen, wie das demokratische Projekt vorangebracht werden kann.

Dieser Gipfel ist nicht das Ende, sondern der Anfang. So wie Berlin einst den Triumph der Freiheit über die Tyrannei symbolisierte, strebt die Berliner Freiheitskonferenz danach, eine neue Ära einzuläuten – eine Ära, in der Demokratien wieder die Initiative ergreifen und beweisen, dass die Zukunft der Freiheit noch rosig ist. Quelle: visitBerlin

Anmerkungen:

Selten hat man das Pfeifen im Wald lauter gehört als in diesem Text. Es ist alles richtig, was dort steht, vor allem ist es erstrebenswert. Und es vermittelt Hoffnung, dass diese Initiative nachhaltig sein könnte.

Nun, die Formulierung, „...dass die Zukunft der Freiheit noch rosig ist.“, ist ein wenig zu pathetisch. Wie rosig ist die Freiheit der Israelis und der Palästinenser in einem Gebiet, das seit Jahrzehnten von Terror geprägt ist? Die derzeitige Waffenruhe ist fragil. Es bedarf nur eines Irren, der sich durch die Straßen von Tel Aviv sprengt, und schon verdunkelt sich rosig zu schwarz.

Es benötigt schon ein hohes Maß an Optimismus, die Zukunft der Ukraine rosig zu sehen. Russland rückt vor und unterstreicht seinen Willen, so viel wie möglich vom Land zu erobern und den Bewohnern russische Pässe um den Hals zu hängen. Und in den USA sitzt ein enttäuschter Liebhaber des russischen Kindermörders und Kriegsverbrechers, der entscheidend mit entsprechenden Waffen der Ukraine helfen könnte, es aber nicht macht. Stattdessen erlaubt er seinem ideologischen Spießgesellen aus Ungarn, weiterhin dem Russen die Kriegskasse durch Energielieferungen zu füllen.

Der Mann, der den Bürgern von New York City mit Geldentzug drohte, wenn sie nicht in seinem Sinne wählen würden, schreckt vor klaren Ansagen in Richtung Moskau zurück. Er ist ein Großmaul, ein Papiertiger, dem es gerade mal gelingt, kleine Boote mit angeblichen Drogendealern zu versenken.

Rosig war in dieser Woche nur der Mond, doch der ist trotz seiner zeitweisen Nähe immer noch weiter entfernt von dem, was die Glocke im Rathaus Schöneberg jeden Tag verkündet.

Ed Koch

2

19) Die Sache ist noch nicht vom Tisch.
Von Hans-Georg Koch und (Einleitung) Ed Koch

paperpress

Nr. 643-07

6. November 2025

50. Jahrgang

Die Sache ist noch nicht vom Tisch

Natürlich hat **Friedrich Merz** die Reaktionen auf seine Stadtbildäußerung nicht eingeplant, weil er gern einfach mal so vor sich hinplappert. Dabei empfiehlt sich immer, erst zu denken und dann zu sprechen. Was folgte, hätte er allerdings vorhersehen können. Habeck ist gescheitert, weil er eine gute Sache wie die Wärmepumpe schlecht erklärt hat. Merz hat nun Ärger, weil er ein wichtiges Thema, nämlich wie das Bild der Stadt, in der wir leben, aussehen sollte, durch Ungeschicklichkeit vergeigt hat. Anstatt auf die Reaktionen angemessen einzugehen, spielt er den Beleidigten, der nichts zurückzunehmen habe. Und er verschlimmert noch die Diskussion mit dem Satz „Fragen Sie Ihre Töchter!“ Vielleicht sollte man auch mal die Söhne fragen, was so auf den Straßen los ist.

Die Stadtbild-Debatte zeigt viel tiefer liegende Probleme. **Hans-Georg Lorenz** analysiert schonungslos, worum es wirklich geht:

Man mag es fast nicht glauben: Da brechen die Regierungsparteien eine Auseinandersetzung mit koalitionsstreichender Wirkung vom Zaun und bedienen sich dabei eines Themas, das beide Seiten schamhaft meiden sollten. Sowohl die SPD als auch die CDU/CSU haben in der Migrationspolitik erbärmlich versagt – und sie scheinen das nicht einmal bemerkt zu haben!

Und so vermittelt der Streit um die Bemerkung des Bundeskanzlers ein Bild des Zustand unserer politischen Eliten und ihrer Einsichtsfähigkeit – und nicht der „Stadt“!

Diese „Eliten“ haben sich von der Wirklichkeit, dem Denken und Fühlen der Bürgerinnen und Bürger weit entfernt:

- Sie können die durch ihre Beschlüsse von ihnen selbst geschaffenen Veränderung den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermitteln,
- haben die Konsequenzen ihrer Migrationspolitik nicht begriffen,
- können daher deren Auswüchse nicht bekämpfen
- und verwickeln sich in ideologische Kämpfe auf niedrigem Niveau.

1.
Dieses Urteil belegt folgende Tatsache: Die deutsche Politik hat so viele Ausländer nach Deutschland geholt, dass rund vierzig Prozent der Einwohner einen

Migrationshintergrund haben. Die Motive, diesen Zugang zu gestatten und zu fördern, waren unterschiedlich:

- In erster Linie brauchte man Arbeitskräfte,
- dann beugte man sich den verfassungsrechtlichen Notwendigkeiten und genehmigte den Familiennachzug,
- gestattete im Rausch eines die eigenen Kräfte überschätzenden Idealismus unkontrolliertem Nachzug von 1.000.000 Migranten, der jede Steuerung des Zuzugs außer Kraft setzte – mit Nachwirkungen bis heute,
- machte massenhaften und unkontrollierten Zuwanderung zum Instrument der Außenpolitik (Ukraine, Afghanistan, Syrien).

Wie es den Eliten gelingt, sich vor der Erkenntnis zu schützen, dass es Folgen hat, wenn man fast die Hälfte des Volkes „austauscht“, bleibt ein Rätsel.

Und natürlich änderte sich auch das „Stadtbild“. Berlin hat eine die Integration ermöglichende Verteilung der Zuwanderer – entgegen damals noch bestehender Möglichkeiten – abgelehnt. Die Konzentration der Zuwanderer in sozial schwachen Gebieten mit niedrigen Mieten war die Folge. Die Migranten blieben unter sich. Da diese zumeist aus anderen Kulturkreisen stammen, war gegenseitiges Unverständnis die Folge.

Diese Vorgänge, die jeder beobachten konnte, waren nicht nur bekannt, es hat an Warnungen und heftigen Auseinandersetzungen nicht gefehlt.

Zunächst können wir feststellen, dass der Bundeskanzler eine Entwicklung beklagt, die Deutschlands „politische Eliten“ – vor allem zum eigenen Vorteil – bewusst herbeigeführt haben. Sie jetzt erstaunt zu zeigen, statt sich dazu zu bekennen, der Bevölkerung deren Notwendigkeiten aufzuzeigen und sich zu den Fehlern zu bekennen, verhindert jede sinnvolle Aufarbeitung der Fehlentwicklungen durch aktive Politik.

2.
Die Erregung über die Feststellung des Bundeskanzlers hat freilich weitere Gründe: Bedenklich ist vor allem, dass Merz auch einen Tag nach seiner Äußerung nicht bewusst geworden war, ein Problem angesprochen zu haben, das für die Bürger sehr wichtig ist, weil es sie persönlich betrifft. Dieses mangelnde Problembewusstsein ist ein schwerer Mangel. Er herrscht aber bei einem gewichtigen Teil der politischen „Eliten“.

paperpress

Nr. 643-07

6. November 2025

50. Jahrgang

3.

Nun hat sich Deutschland in Sachen Migration besonders viel zugemutet. Ein Großteil der Migranten kommt aus anderen Kulturkreisen. Dieser Umstand hat die Probleme erheblich vergrößert. Den Grund dieser Schwierigkeiten hat Nietzsche treffend beschrieben: „Vieles, das diesem Volke guthieß, hieß einem andern Hohn und Schmach. ...Nie verstand ein Nachbar den andern“. Das galt über Jahrhunderte auch für die europäischen Völker mit gemeinsamen kulturellen Wurzeln – und auch noch heute verwehrt sich ein Franzose dagegen, dass er „wie ein Deutscher“ denkt und lebt.

Die Bundesrepublik Deutschland aber hat vor allem Menschen aus Kulturen mit gesellschaftlichen Vorstellungen aufgenommen, die sich teilweise extrem von den deutschen unterscheiden. Es musste daher für alle klar sein, dass man sich hier besondere Probleme schafft.

4.

Um diesen Problemen beizukommen, wurden zwei Konzepte diskutiert: Entweder „friedliches Nebeneinander“ oder „Integration“.

Deutschland hat sich lange um die Feststellung gedrückt, ein Einwanderungsland zu sein. Daher wurde den Migranten nicht vorgegeben, welche Mindestanforderungen ein Verbleib in Deutschland hat – und den Deutschen wurde nicht klar gemacht, dass die Zuwanderung notwendig Folgen hat, die „ihre Welt“ verändern.

So entwickelte sich die Migration „natürlich“! Das bedeutet: So, wie es beide Gruppen wollten! Man blieb unter sich – ein menschliches Verhalten, das man überall in der Welt beobachtet. Deutsche brauchen sogar in den Ferien in Mallorca deutsche Lokale! Das hat natürlich das Stadtbild in Teilen Berlins radikal verändert. Es gibt Ortsteile, die nicht mehr deutsch geprägt sind. Und dieses Urteil beruht nicht auf Einbildung und Fremdenfeindlichkeit.

5.

Die deutsche Politik hat darauf nicht reagiert, obwohl sie die Probleme kannte und vor 50 Jahren auch die Mittel gehabt hätte, sie zu mildern. Das sage ich als daran gescheiterter Politiker. Mit „daran“ ist auch die SPD gemeint! Die CDU hat noch unfähiger reagiert: Sie hat sich Jahrzehnte der Erkenntnis vom Einwanderungsland Deutschland verweigert, hat unter Merkel alle Maßstäbe verloren und meint nun, mit Abschiebungen die Probleme zu lösen. Das Ganze vermittelt eine erbärmlich wirkende Hilflosigkeit.

6.

Nun könnte man hoffen, dass die Diskussion über die Merz-Bemerkungen wenigstens jetzt zur Besinnung führen. Das Gegenteil ist der Fall! Man streitet sich, wer die größere Schuld trägt, und beschäftigt sich dabei mit Konzepten, die gescheitert sind.

Was also muss in Angriff genommen werden?

- Die räumliche Ballung der Migranten ist eines der schwersten Hindernisse für ein friedliches Zusammenwachsen. Hier liegt das gewichtigste Problem, dass der Bearbeitung bedarf. Angesichts der Wohnungsnot besteht leider wenig Hoffnung auf Besserung.
- Die Vermittlung der deutschen Sprache als Grundbedingung für Integration ist extrem mangelhaft. Das gilt auch für die deutsche Schule, die mit den Problemen der Förderung von Migrantenkindern hoffnungslos überfordert ist. Lehrermangel lässt auch da wenig positive Erwartungen aufkommen.
- Wer über Jahrzehnte fast ausschließlich junge Männer einwandern lässt, braucht sich nicht zu wundern, wenn es Probleme nicht nur am Kölner Hauptbahnhof gibt. Hier wird leider nur Polizeipräsenz helfen.
- Einwanderungspolitik muss nach Vernunftgründen erfolgen. Die unter dem Zeichen der Humanität erfolgte, unregelmäßige Zuwanderung von Hunderttausenden ist in ihren Auswirkungen alles andere als human. Eine gezielte Zuwanderung von Menschen, die einen Platz – insbesondere einen Arbeitsplatz – finden, ist das Ziel, muss aber auch unter diesem Vorzeichen erfolgen. Für großmögliche Aufnahmezusicherungen bleibt da wenig Raum.
- Auch wird es eine Überarbeitung der europäischen Asylgesetze geben müssen.
- Gegen die Abschiebung von Straftätern hat man weder unter den Deutschen, noch unter den Migranten wenig einzuwenden. Auch die Bekämpfung der illegalen Einwanderung findet wenig Gegnerschaft.
- Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Sozialmissbrauchs ist von großer Bedeutung. Die angeblich geringfügigen Fallzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Problem in der deutschen Kommunikation eine gewichtige Rolle spielt.

paperpress

Nr. 643-07

6. November 2025

50. Jahrgang

- Der Kampf gegen die Clan-Kriminalität ist ebenfalls von großer Bedeutung. Ausländerrechtliche Reformen sind geboten.

Das alles sind gewaltige Aufgaben. Die Reaktion, einen Staatssekretär zu beauftragen, macht deutlich, dass man nichts begriffen hat. Und das freut die AfD!

Hans-Georg Lorenz – Anfang November 2025

Einleitung: **Ed Koch**

20) Ein Silberstreifen. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-06

5. November 2025

50. Jahrgang

Ein Silberstreifen

Stellen Sie sich einmal vor, was bei uns los wäre, wenn **Friedrich Merz** mit Blick auf die Wahlen in Berlin 2026 davor warnen würde, die Kandidatin der Linken, **Elif Eralp**, zur Regierenden Bürgermeisterin zu wählen. Andernfalls würde er Bundesmittel streichen. So unkontrolliert schwatzsüchtig wie Merz ist, könnte man ihm das sogar zutrauen. Schlecht bekommen würde es ihm wie bei der Stadtbild-Affäre. Im Reich von **Recep Wladimir Trump** regt so eine Ankündigung kaum noch jemand auf. Und zum Glück nimmt sie niemand ernst.



Foto: Wikipedia Dmitryshein

Die Bürgermeisterwahl in **New York City** hat gezeigt, dass zum Glück die Amis noch nicht vollkommen verblödet sind. Trotz der Drohungen aus dem teilweise abgerissenen Weißen Haus haben die Einwohner des Big Apple den Linken **Zohran Mamdani** zum neuen Stadtoberhaupt gewählt. Im Januar tritt er sein Amt an.

Bleibt abzuwarten, ob Trump ihn bis dahin hinter Gitter bringen kann, so wie es der türkische Präsident **Recep Tayyip Erdoğan** in Istanbul mit dem dortigen Bürgermeister **Ekrem İmamoğlu** machen ließ. Während İmamoğlu Erdoğan bei der Präsidentschaftswahl gefährlich werden kann, besteht diese Gefahr für Trump nicht, weil Mamdani nicht in den USA geboren wurde. Außerdem hat Trump inzwischen eingesehen, dass für ihn eine dritte Amtszeit ausgeschlossen ist. Das beruhigt wenig, steht doch **JD Vance** in den Startlöchern. Auf Pest würde Cholera folgen.

Der linke Demokrat Mamdani unterscheidet sich nicht viel von seiner linken Kollegin Eralp in Berlin. „Im Wahlkampf versprach er eine Politik, die sich vor allem an den Bedürfnissen von Gering- und Durchschnittsverdienern orientiert und die horrenden Lebenshaltungskosten in der Metropole senken soll: Er plant einen Mietendeckel, kostenlose Busse und Gratis-Kinderbetreuung. Finanziert werden soll das durch höhere Steuern für Wohlhabende und Unternehmen.“ Das ist für die Sekte der Trumpianer,

formerly known as the Republican Party, natürlich blanker Kommunismus. *Quelle: ZDF*

Dass jetzt in NYC jemand wie Mamdani an die Macht kommt, ist für Trump besonders bitter, schließlich wurde er hier geboren und hat diese Stadt mit seinen Tower-Bauwerken vollgestellt.

Es gibt noch weitere gute Nachrichten aus den USA:

„Die Demokratin **Abigail Spanberger** hat die Gouverneurswahl im US-Bundesstaat **Virginia** gegen die Republikanerin **Winsome Earle-Sears** gewonnen. In **New Jersey** setzte sich die Demokratin **Mikie Sherrill** gegen den Republikaner **Jack Ciattarelli** durch.“ *Quelle: SPIEGEL*

In New Jersey haben die Demokraten das Gouverneursamt verteidigt, in Virginia haben sie es den Republikanern abgenommen. In beiden Staaten holte 2024 **Kamala Harris** mit 51,79 und 51,38 Prozent, bei der Präsidentschaftswahl die meisten Stimmen. So gesehen, ist der Wahlerfolg der Demokraten zwar ein gutes Zeichen, vielleicht sogar ein Silberstreifen, aber noch kein Durchbruch gegen das Trump-Regime.

Ed Koch



Und zum Schluss noch zum Thema New York mein Lieblingsfoto mit **Ed Koch**, von 1978 bis 1989 Bürgermeister von NYC.

Foto: Manfred Meus

21) Nachhaltig aktiv. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 643-05

5. November 2025

50. Jahrgang

Nachhaltig aktiv

Die Erfolgsgeschichte des UnternehmensNetzwerks Motzener Straße in Marienfelde ist ein herausragendes Beispiel für gelebte Kooperation. Seit nunmehr 20 Jahren steht das Netzwerk für gemeinschaftliche Interessenvertretung, nachhaltige Weiterentwicklung und eine starke Zusammenarbeit im gleichnamigen Industriegebiet. Anlässlich dieses Jubiläums empfing Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** Mitglieder und Gäste des Netzwerks am 4. November 2025 im Rathaus Schöneberg.



v.l. **Ulrich Misgeld**, 1. Vorsitzender des Netzwerks, **Angelika Schöttler**, von 2011 bis 2021 Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg und zuständig für die Wirtschaftsförderung, **Jörn Oltmann**, Bezirksbürgermeister, **Kai Wegner**, Regierender Bürgermeister. Fotos: Ed Koch

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** hob in seiner Rede hervor:

„Das Engagement und die Zusammenarbeit im UnternehmensNetzwerk Motzener Straße haben viele positive Auswirkungen. Es dient als Vorbild für unseren Bezirk und für ganz Berlin. Die Kooperation und der Austausch über das UnternehmensNetzwerk sorgen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und einen starken Motor der Wirtschaft des Bezirks. Hervorzuheben sind die überbetrieblichen Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung und Klimaschutz. Mein Dank gilt allen Beteiligten für ihren unermüdlichen Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich freue mich auf viele weitere Jahre erfolgreicher Netzwerkarbeit!“

Das UnternehmensNetzwerk arbeitet seit seiner Gründung im Jahr 2005 mit seinen inzwischen 60 Mitgliedern und auch mit weiteren Unternehmen im

Gebiet für die Belebung und Stärkung des Standortes. Dabei bündelt es die Interessen der überwiegend mittelständischen Unternehmen und geht mit den Unternehmen wichtige Zukunftsthemen gemeinsam an.

Zu den gemeinsamen Aufgaben gehört u.a. die Kooperation bei der Anwerbung von Auszubildenden. So bekommen pro Jahr ca. 120 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz in den mehr als 30 Ausbildungsberufen im Netzwerk. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kooperation beim gemeinsamen Klimaschutzprogramm „Null Emission Motzener Straße“. Vom „Klärwerk zum Klimawerk“ heißt die Vision für ein ökologisches Bildungszentrum am Südrand des Industriegebietes, das künftig Wege aufzeigen kann, wie Erneuerbare Energien und Klimaschutz in Unternehmen realisiert werden.

Zu der Geburtstagsfeier im Theodor-Heuss-Saal des Rathauses Schöneberg kamen zahlreiche Vertreter der Netzwerkunternehmen und der Politik. In den Grußworten und den Ansprachen hoben die Redner die positive Wirkung des Netzwerks auf die Entwicklung des Industriegebietes hervor. *„Durch das Netzwerk ist das Industriegebiet Motzener Straße zu einem besseren Standort geworden“* unterstrich der Vorsitzende des Netzwerks, **Ulrich Misgeld**.



Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** betonte, dass der Mittelstand das Rückgrat der Berliner Wirtschaft sei. *„Deshalb ist es unsere Aufgabe als Senat, kleinen und mittleren Unternehmen die besten Rahmenbedingungen zu bieten. Das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße zeigt, wie stark, engagiert und widerstandsfähig unser Mittelstand in Berlin ist.“*

Wirtschaftsstaatssekretär **Michael Biel** lobte die zahlreichen Projekte des Netzwerks und hob hervor:

„Das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße zeigt, was möglich ist, wenn Unternehmen an einem

paperpress

Nr. 643-05

5. November 2025

50. Jahrgang

Strang ziehen: Aus Ideen wird Bewegung, aus Zusammenarbeit entsteht Zukunft. Dieses Netzwerk steht für die Stärke der Berliner Industrie – regional verwurzelt, innovativ und mit klarer Vision. Genauso sieht wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit made in Berlin aus."



oben: Michael Biel
rechts: Robert Rückel

Der Vize-Präsident der IHK, **Robert Rückel**, sieht die positiven Wirkungen auf andere Gewerbegebiete: *„Besonders beeindruckend ist, dass die hier ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur für ihr Gebiet Verantwortung übernehmen, sondern sich gemeinsam für ihren Standort und damit auch Berlin einsetzen. Die Unternehmen arbeiten branchenübergreifend zusammen und beweisen, dass die Vielfalt eine der größten Stärken der Berliner Wirtschaft ist.“*

Das Industriegebiet Motzener Straße und das UnternehmensNetzwerk Zahlen und Fakten:

Das Gewerbe- und Industriegebiet Motzener Straße liegt in südlicher Stadtrandlage, unmittelbar an der Landesgrenze zu Brandenburg und gehört zu den größten Arealen dieser Art in Berlin. Der Standort weist die höchste Industriequote der drei bezirklichen Industriegebiete auf: Insgesamt sind rund 200 Betriebe mit gut 5.000 Beschäftigten auf dem Gelände tätig. Davon gehören knapp die Hälfte der Betriebe und rund 80 Prozent der Beschäftigten zum „Produzierenden Gewerbe“. 60 dieser Betriebe mit ca. 2.500 Beschäftigten gehören zum Netzwerk. Das Netzwerk finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Partnerunternehmen, fördert den Erfahrungsaustausch und organisiert Aus- und Weiterbildungsaktivitäten.

Quellen:
UnternehmensNetzwerk Motzener Straße
Pressestelle Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21. 03.2025



Aufschlussreiche Gespräche in großer Runde im Restaurant „Macedonia“: vlnr Dr. Christofer Zöckler (Vorstandsmitglied im Verein **"Die Galziendeutschen -Geschichte und Erinnerungskultur e.V."**), Hanno Schult (Vortragender) und weitere Personen.-

Aufnahme: Dr. Christofer Zöckler

02) Gedenken am Volkstrauertag, Sonntag, 16. November 2025

Der Vizepräsident

RING DEUTSCHER SOLDATENVERBÄNDE BERLIN E.V.

Armin Brenker

Darbystr.24
13589 Berlin-Spandau
Tel. international: 0049*30/ 366 05 96
post@arminbrenker.de
Bto-Sparkasse, BIC: BELA2DE33
IBAN: DE 30 1005 0000 6010414782

Einladung

Der RDS Berlin lädt hiermit alle Traditionsverbände, Kameradschaften, befreundeten Vereine, interessierten Bürger und ausländischen Vertreter ein zum
Spaziergang am Volkstrauertag 2025
Sonntag, 16. November 2025, 11.00 Uhr
auf dem Garnisonsfriedhof, Columbiadamm (Nähe Flughafen Tempelhof).

Eine Erlaubnis der Friedhofsverwaltung, am Volkstrauertag Kriegsgräber zu besuchen, ist bisher noch nicht erforderlich, für eine Feier ist sie jedoch nötig. Diese Erlaubnis liegt nicht vor. Ich hatte 2023 einen Antrag gestellt, der abgelehnt worden war. Für diese Ablehnung erging vom Bez.-Amt Neukölln 2025 ein Gebührenbescheid über 750 €, den zu zahlen mein Anwalt riet.

Ich lade Sie deshalb ein, mit mir einen Spaziergang über den Garnisonsfriedhof am Columbiadamm zu machen

Gerade in Zeiten, in denen wir in einem Krieg vor unserer Haustür verstrickt sind, ist es uns eine selbstverständliche Pflicht unsere gefallenen und vermissten Kameraden, Brüder, Väter und Großväter zu würdigen. Wir haben auch die Pflicht unserer Landsleute zu gedenken, die wie jetzt in der Ukraine während der Kriegs- und Nachkriegszeit vertrieben, verschleppt, vergewaltigt und getötet wurden. Wir gedenken auch der Mitbürger, die auf Befehl unserer Regierung in die Auslandseinsätze gehen mussten und dort gefallen sind.

In kameradschaftlicher Verbundenheit



Armin Brenker

P.S. Der Garnisonsfriedhof spiegelt deutsche und europäische Geschichte:
Vom Grab des türk. Botschafters bei Friedrich dem Großen über das weltweit einzige gemeinsame Grab für Franzosen und Deutsche von 1813, über Gurkha, Österreich-Ungarn und Russen aus dem I. Weltkrieg bis zu den Kriegsopfern des II. Weltkrieges reicht die Spanne der kunstsinnigen Erinnerungsmäler.

Anmerkung: In der Einladung wird von einem Gebührenbescheid über € 750 gesprochen, der auch ein Anwalt des Betroffenen zugestimmt habe. Das ist höchst unglaubwürdig. Wir hatten daher den Einladenden aufgefordert, uns den Vorgang zugänglich zu machen. Wir wollten uns u.a. damit an die Presse wenden. Wir haben aber vom Einladenden bis heute keine Antwort bekommen. Letzte Möglichkeit: Wir wenden uns an das zuständige Bezirksamt Berlin-Neukölln und bitten um Aufklärung. Da die Westpreußen ein eigenes Denkmal auf diesem ehemaligen Garnisonsfriedhof haben, sind wir an einer Klärung interessiert. Möglicherweise übernehmen wir in den nächsten Jahren die Federführung bei dem Gedenken der Verbände.

– Hk –

Seite C 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 866 vom 04.12.2025

Der vom Bezirksamt Berlin-Neukölln tolerierte Rundgang auf dem Garnisonsfriedhof hatte – wie gewohnt – als ersten Anlaufpunkt das Grabmal für das 1. Westpreußische Fußartillerieregiment Nr. 11. Hier wurden die Landsmannschaften Westpreußen e. V. und die Landsmannschaft Ostpreußen e. V. bei der Niederlegung des Blumengebindes vom AGOM-Vorstandsmitglied Frank vertreten.

Bilder aus vergangenen Tagen: Gedenken zum Volkstrauertag 2014:

Seite 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 662 vom 02.12.2014



Gedenken am Luckner-Kreuz: Pfarrer i. R. Manfred Richter bei seiner Gedenkrede, dahinter Prof. Dr. Hans-Joachim Weinert und Oberst Armin Brenker (2 Aufnahmen von Reinhard M. W. Hanke)



Unser Blumengebilde am Gedenkstein für das 1. Westpreußischen Fußartillerie-Regiment Nr. 11

Quelle: Seite 7 im AGOMWBW-Rundbrief Nr. 662 vom 01.12.2014

Worte des Gedenkens zum Volkstrauertag auf dem Garnisonsfriedhof
von Dr. Hans Weinert

GEDENKWORTE zum VOLKSTRAUERTAG 2025

H-J Weinert BBV

Reichstagspräsident Paul Löbe (Schlesier) zum 1. Volkstrauertag 1922:

"Noch sind die Wunden des Krieges nicht vernarbt. Eines aber liegt doch hinter uns, das Massensterben durch körperliche Gewalt. Eines kann uns niemand verwehren: Die Ehrung derjenigen, die in der Schlacht gefällt wurden, die nach langer Qual der Tod erlöste. Selbstbesinnung und Einkehr für den einzelnen, für ein Volk, für die Menschheit. Mögen sie ausgehen von dort, wo man den 'unbekannten Soldaten' mit hohen Ehren bestattet, mögen sie ausgehen von uns, die wir mit weniger Gepränge, aber nicht mit weniger Innigkeit der bekannten und unbekanntem Opfer gedenken. Deshalb: Ein Volk, das seine Toten ehrt, ehrt sich selbst und wird daraus die Kraft schöpfen, den Weg zu neuem Leben, zum hellen Tag zu suchen. Ein Volk, das seine Toten ehrt, wird ein gemeinsames Band schlingen um viele Seelen, denen dasselbe Leid widerfuhr, und wird dieses Band auch ausdehnen auf die Mutter an der Wolga und am Tiber, deren Schmerz um den nicht mehr heimgekehrten Sohn nicht minder weh ins Herz sich fraß als der Mutter an der Weichsel, an der Oder, an der Elbe, an der Donau und am Rhein.

Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen bedeutet Abkehr von Haß, bedeutet Heimkehr zur Liebe."

Dreißig Jahre später ergänzte Bundeskanzler Adenauer:

" Wohl jeder von uns beklagt am Volkstrauertag den Verlust eines Menschen, der ihm einst nahegestanden hat. Diese gemeinsame Trauer soll uns verbinden, gemeinsam die Lasten unserer Zeit zu tragen. Wir gedenken heute auch der Furchtbarkeit des Krieges. Wir sehen im Geiste vor uns die Toten und Verwundeten. Wir sehen die brennenden Städte und Dörfer, aber wir hören auch tief in unserem Innern die mahnende Stimme der Toten. Wir wissen, was sie zu uns sagen, und wir wollen ihrem Vermächtnis entsprechend uns alle mit ganzer Kraft einsetzen für Frieden. An diesem Tage sei das ihnen zu Ehren unser besonderes Gelöbniß, uns einzusetzen mit ganzer Kraft für Frieden in der Welt.

Interessant ist, daß beide Reden im Zeitfenster liegen, das einer der größten Kriegsverbrecher in der Weltgeschichte, Winston Churchill, als zweiten Dreißigjährigen Krieg (1914-1945) bezeichnete, was aber von der deutschen (?) Regierung nur verfälscht wiedergegeben wurde (Rede Premierminister Major). Immerhin besaß Adenauer gegenüber manchen Nachfolgern noch Würde. Das bewies er bei seinem Besuch in Israel, was der langjährige Präsident des jüd. Weltkongresses, Nahum Goldmann, in seiner Schrift "Das jüd. Paradox" beschrieb: Damals erklärte der israelische Ministerpräsident Levi Eshkol in einer Tischrede an Adenauer gewandt, er sei davon überzeugt, daß unter dessen (Adenauers) Führung das deutsche Volk in die Familie der zivilisierten Völker zurückkehren werde, was Adenauer als Beleidigung des deutschen Volkes empfand, sodaß er entschlossen war, seinen Besuch mit Eklat abzubrechen. Als Eshkol ihn mit der Erklärung zu besänftigen suchte, er habe ihm ein großes Kompliment machen wollen, erklärte Adenauer, ihn kümmere nicht, was Eshkol denke, dessen Meinung interessiere ihn nicht im geringsten und wörtlich:

"Ich repräsentiere das deutsche Volk. Sie haben es beleidigt, daher reise ich morgen früh ab." Goldmann schildert anschaulich, welche Mühe es gekostet hat, das drohende Scheitern des Besuches zu verhindern. s. FAZ 23.6.2004

Jetzt erleben wir, daß deutsche Bundeskanzler, Präsidenten mit Hilfe deutscher(?) Medien das deutsche Volk in genau der gleichen Weise beleidigen und demütigen, da es ein "mit einer Kollektivschuld belastetes Tätervolk" sei. Die millionenfache Ausrottung von Deutschen (Völkermord lt. Göran Holming, Major der schwedischen Armee), die bedingungslose Unterwerfung Deutschlands, die größte Vertreibungsbungsaktion in der europäischen Geschichte wird neuerdings nicht als Sieg über, sondern als Sieg für Deutschland "verkauft".

So eine Geschichtskolportage, die offensichtlich auch die BW-Führung vertritt, wäre in keinem anderen Land nicht mal denkbar. Nun sucht ausgerechnet eine BW-Führung, die Schmutzkübel über die Wehrmacht (eine international hochgeachtete Truppe) ausschüttet, nach Freiwilligen (wohl als Hilfstruppe für USA)

War es nicht Bundeskanzler Adenauer, der sich am 3.12.1952 schützend vor die Soldaten der Wehrmacht stellte- gleichsam eine "Ohrfeige" für die BW-Führung von heute, die Traditionspflege zur Wehrmacht verbietet (mit Folgen für Offiziere bzw Soldaten, die sich positiv über die Leistung von Großvater / Vater äußern).

In keinem anderen Land werden Unterschiede zwischen Dienstzeiten / Systemen gemacht.

Adenauer: "Wir möchten heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Regierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferungen ehrenhaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, daß der Ruf und die Leistung des deutschen Soldaten trotz aller Schmähungen während der vergangenen Jahre in unserem Volk noch lebendig geblieben sind und auch bleiben werden. ..

Zwei Wochen später ergänzte er: "Meine Rede vom 3.12. vor dem deutschen Bundestag mit der Erklärung für Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht umfaßt auch die Angehörigen der Waffen-SS.

Diese Erklärung deckt sich mit dem Hinweis des israelischen Militärhistorikers Martin van Creveld, daß die Wehrmacht "besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin verkörperte, sie ferner insgeheim das Vorbild der israelischen Armee sei, ohne daß diese ihre Qualitäten je erreicht habe".

Zips-Vortrag 2008

Seit über 100 Jahren gibt es die größte Ingenieur-Zeitung VDI-Nachrichten. Viele Jahrzehnte stand sie buchstäblich "über den Dingen". In den letzten Jahren nähert sie sich mehr und mehr einer Art zeitgeistgerichteter Geschichtsklitterung an. In der Ausgabe 12.11.21 findet sich ein Bericht über eine Bundeswehr-Ausstellung "Hitlers Elitetruppe ? Mythos Fallschirmjäger". 'Beanstandet' werden die Mythen um die weltweit bewunderte Luftlandung auf Kreta im Jahr 1941 und die Verteidigung des Klosters Monte Cassino in Italien 1944.

Die Ausstellungsmacher der Bundeswehr behaupten kühn: Kriegsverbrechen der Fallschirmjäger und ihre (angeblich) enge Verzahnung mit der NSDAP und der NS-Staatsführung seien nach '45 heruntergespielt und verdrängt worden. "Die Sonderausstellung will 'nachvollziehen' (nach bekannter Art klittern? -Ref.), wie es zu einem derart nachhaltigen Mythos kommen konnte." Daß zahlreiche Fallschirmjäger von Engländern bzw englisch beherrschten Kretanern ermordet, oft auf viehische Weise massakriert wurden, darüber schweigen die Ausstellungsmacher (wie bei vielen ähnlichen Fällen). Die hinterhältigen Totschläger erhielten später Auszeichnungen, während Deutsche, die einen abgesprungenen Terrorflieger strafen, nach '45 von den Siegern erschossen wurden. (Deutschland Denunziantenland?)

Übrigens: Mit dieser "Propagandaschau" hatte sich die BW neben die verlogene Anti-Wehrmachtsschau gesetzt. (Messerschmidt hatte offenbar gut vorgearbeitet)

Wir begehen in diesem Jahr ein makabres Jubiläum:

Die Feuerhölle von Dresden vor 80 Jahren- wie sie Gerhart Hauptmann erlebte: (Hauptmann verbrachte mit seiner Frau wegen Krankheit einige Zeit im Sanatorium im Stadtteil Weißer Hirsch- gerade außerhalb der Todeszone)

"Ich habe den Untergang Dresdens unter den Sodom-und Gomorrha- Höllen der feindlichen Flugzeuge persönlich erlebt. Wenn ich das Wort "erlebt" einfüge, so ist mir das jetzt noch wie ein Wunder. Ich nehme mich nicht wichtig genug, um zu glauben, das Schicksal habe mir dieses Entsetzen gerade an dieser Stelle in dem fast liebsten Teil meiner Welt ausdrücklich vorbehalten. Ich stehe am Ausgangstor des Lebens und beneide alle meine toten Geisteskameraden, denen dieses Erlebnis erspart geblieben ist. Ich weine. Man stoße sich nicht an dem Wort "weinen"; die größten Helden des Altertums haben sich seiner nicht geschämt. Ich bin nahezu 83 Jahre alt und stehe mit einem Vermächtnis vor Gott, das leider machtlos ist und nur aus dem Herzen kommt; es ist die Bitte, Gott möge die Menschen mehr lieben, läutern und klären zu ihrem Heil als bisher."

Kurz vor Kriegsende verwandelten die anglo-amerikanischen Luftstreitkräfte in vier heimtückischen Angriffen die Stadt Dresden in eine Feuerhölle, die Hiroshima und Nagasaki in nichts nachstand. Mit einem "Regen" aus Spreng-, Phosphor- und Brandbomben, die orkanartige Feuerstürme mit Temperaturen von 1600 Grad Celsius verursachten, wurden mindestens 350.000 Zivilisten, Verwundete, Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Osten des Deutschen Reiches, die nach langen Trecks im eiskalten Winter Schutz im deutschen "Elbflorenz" gesucht hatten, unter furchtbaren Qualen lebendig gebraten und eingeäschert.

In Dresden, einer der schönsten und kulturell bedeutendsten Städte Deutschlands, Europas, der Welt, hatten sich zu den rund 600'000 Einwohnern etwa noch einmal so viele Vertriebene und Flüchtlinge eingefunden und aufgehalten. Die bis zu diesem Tag weitgehend verschont gebliebene und zur Lazarettstadt erklärte Metropole verfügte über keine Flugabwehr bzw keine Verteidigungsmöglichkeit. Militär war nicht stationiert. Das war auch den Alliierten bekannt; zudem waren die Dächer mit dem Roten Kreuz markiert.

Der britische Historiker David Irving zitierte am 13. Februar 1990 anlässlich des Gedenkens an die Opfer dieses Kriegsverbrechens der Alliierten im Dresdner Kulturpalast den Kriegstreiber und Kriegsverbrecher Winston Churchill: "Ich will keine Vorschläge hören, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können; ich will Vorschläge hören, wie wir 600 000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können." (Marshal Sir Wilfried Freeman 26. Januar 1945)

Von 22:09 bis 22:35 des 13. Februar 1945 kam es zum ersten "Thunderclap" (Donnerschlag), wie die alliierten Bomberverbände ihren Terrorangriff zynisch-makaber nannten. Die britischen Bomber der Royal Air Force (Königliche Luftwaffe) warfen zunächst 3000 Sprengbomben auf die Innenstadt. Unmittelbar danach wurden rund 170 000 Stabbrandbomben und 4500 Flammenstrahlbomben auf die Stadt abgeworfen.

Als die Dresdener glaubten, das Bombenmorden sei vorbei und langsam aus den überhitzten Kellern krochen (sofern sie noch lebten) wo die Häuser über ihnen brannten, kehrten die Flugzeugmörder zurück: von 1:22 bis 1:54 am Morgen des 14. Februar rollte die zweite noch fürchterlichere Angriffswelle. Zunächst detonierten 4500 über der Innenstadt abgeworfene Sprengbomben, die unzählige Häuser zum Einsturz brachten und Tausende von Menschen unter ihren Trümmern lebendig begruben; es folgten Unmengen von Stabbrandbomben, die die Stadt in eine einzige Flammenhölle verwandelten. Die Gleise am Güterbahnhof waren voll mit überfüllten Eisenbahnwaggons, sodaß sich auf engstem Raum eine riesige Menschenmenge angesammelt hatte (viel Flüchtlinge aus Breslau). Auf diese Schutz vor Kälte suchenden Menschenmassen ließen die britischen Bomber nun Tonnen von Brand-, Flüssigkeits- und Phosphorbomben niederregnen. Brennender Phosphor klebt auf der Haut und ist nicht zu löschen.

Die Umgebung des Bahnhofs war mit Tausenden Verbrennender, Sterbender, Toter übersät. In diesem höllischen Inferno der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 wurden in 15 Stunden mindestens 330000 unschuldige, ahnungs- und schutzlose deutsche Zivilisten lebendig verbrannt und zu Asche verglüht oder auf die Größe eines Hundes verschmort. (Internationales Rotes Kreuz, Report of the Joint Relief 1941-1946, Bericht über die Bombardements des Zweiten Weltkrieges) In 3m Tiefe schmolzen sogar Einmachgläser.

Die total zerstörte Fläche der Stadt betrug 7 mal 4 Kilometer. Die Flammenhölle tobte vier Tage und vier Nächte und verschonte in diesem Gebiet kein einziges Haus. Im Stadtzentrum brannte der Asphalt der Straßen und warf blubbernde Blasen. Die Hitze war so groß, daß die Piloten in ihren Mordbomben sie noch in 1000m Höhe spürten.

Zehntausende Dresdner, die die Nacht wie durch ein Wunder überlebt hatten, flüchteten sich in den Großen Garten und auf die Elbwiesen. Dort wähten sie sich sicher ein tragischer Trugschluß. Denn im dritten Angriff 12:15 bis 12:25 warfen über 760 Maschinen der 8. US-Luftflotte Sprengbomben und Stabbrandbomben auf die schutzlosen, überwiegend verwundeten Greise, Frauen und Kinder ab. Danach kamen Tiefflieger. Der vierte Angriff erfolgte am 15. Februar von 12:10 bis 12:50 mit Unmengen Spreng- und Stabbrandbomben. Danach hatte die historische Stadt Dresden aufgehört zu existieren.

Harris, oberster Luftgangster der brit. Bomberverbände an Ober-Kriegsverbrecher Churchill: "Dresden? Das gibt es nicht mehr." (zit. WaS 5. Febr. 1995) Bekam dieser dafür den deutschen Karlspreis?

Anglo-amerikan. Luftgangster luden 1941-1945 rund 1,4 Mill. Tonnen Bomben auf die schutzlose Zivilbevölkerung in deutschen Städten ab. Churchills Ziel: Völkermord an Deutschen. "Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen: Truman /Roosevelt, Churchill, Stalin" R. Augstein am 7.1.1985 im "Spiegel"

Die Mütter von Dresden

Heinrich Zillich

Als sie in Nürnberg saßen, die Großen zum Gericht,
fragten in Dresden die Mütter: Ruft man uns nicht?

Aus den Kellern wollen wir kriechen und starren in euer Gesicht.
Wir Rest der Mütter von Dresden; die anderen leben ja nicht.

Unmenschliches zu ahnden, so sagt ihr, sei eure Pflicht!
Da sind wir! Bessere Zeugen findet ihr nicht!

Wir starrrten in unser Kinder verkohltes Angesicht.
In unseren Fingern zerfiel er, den wir geboren, ins Licht.

Zu Nürnberg, ihr Großen, nun saßt ihr zu Gericht.
Ruft ihr die Mütter von Dresden nicht?

03) A. E. Johann-Gesellschaft feierte 20-jähriges Bestehen

Am 21. November haben wir das 20-jährige Bestehen der A. E. Johann-Gesellschaft gefeiert.

Für den A. E. Johann-Preis liegen schon über 30 Beiträge vor. Wir möchten noch einmal an den Einsendeschluss 31. März 2026 erinnern.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Adventszeit,

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der A. E. Johann-Gesellschaft

Siehe Bericht auf der folgenden Seite!

Kontakt:

Vorsitzender Rudi Zülch

A.E. Johann-Weg 1

D-34593 Knüllwald

FON: 05681-3992

FAX: 05681-9390015

Handy: 0173-2936098

Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de

www.a-e-johann.de



A. E. JOHANN-GESELLSCHAFT e.V.

A. E. Johann Gesellschaft feierte 20-jähriges Bestehen

In Groß Oesingen in der Südheide feierte am 21. November die A. E. Johann-Gesellschaft ihr 20-jähriges Bestehen.

Der 2. Vorsitzende Günter Wolters begrüßte Mitglieder und Ehrengäste zu dieser Feierstunde. Rudi Zülch, seit 20 Jahren Vorsitzender der Gesellschaft, berichtete per Powerpoint Präsentation über die Aktivitäten der Gesellschaft in den vergangenen Jahren und gab einen Ausblick auf weitere Vorhaben.

Es wurden in den 20 Jahren u.a. ein Filmporträt über A. E. Johann gedreht, ein Hörbuch mit Johann Texten aufgenommen, diverse Filmclips gedreht, eine Ausstellung konzipiert und präsentiert. Ferner wurden viele Vorträge gehalten. U.a. in Hamburg, Travemünde, Berlin, Wiesbaden, Duderstadt, Hünfeld, Fritzlar etc.

Auch fanden Vorträge an Schulen statt.

Ein ganz wichtiger Bestandteil der Vereinsarbeit ist der A. E. Johann-Preis. Ein Schreibwettbewerb für junge Leute von 12 bis 25 Jahren. Er wird alle drei Jahre verliehen. Die nächste Preisverleihung, die sechste, findet am 10. Oktober 2026 in Oerrel / Südheide statt. Hier lebte A. E. Johann bis 1996.

Die Ausschreibung für den Preis läuft zurzeit. Mehr auf Instagram, Facebook und der Homepage (www.a-e-johann.de). Seit über einer Woche ist ein Videoclip eingestellt. In 2021 ist eine Biografie über A. E. Johann mit dem Titel »Ein Leben auf Reisen« erschienen.

Für die Zukunft hat der Verein folgende Ziele: Der A. E. Johann-Preis soll weiter alle drei Jahre verliehen werden. Im nächsten Jahr, zum 125. Geburtstag von A. E. Johann, wird voraussichtlich ein Bildband erscheinen.

Als wichtigste Aufgabe der Gesellschaft nannte der Vorsitzende den Erhalt des Arbeitszimmers. Das noch so vorhanden ist, wie es A. E. Johann verlassen hat.



Besuch aus Bremen im Arbeitszimmer

Der Vortrag endete mit einem Zitat von A. E. Johann:

»Wo die Erde am schönsten ist: Überall, wo Frieden herrscht und Freiheit!«

Im zweiten Teil der Jubiläumsfeier gab es einen interessanten Reisebericht über Argentinien von Margarete Dörr aus Hankensbüttel.

**C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite C 79

Keine Mitteilungen

01) Helmut Mühlbauer - Ein treuer Landsmann ist unvorhergesehen plötzlich von uns gegangen

Helmut Mühlbauer haben wir in seiner Berliner Zeit kennengelernt. Er war kein Mitglied unserer Organisationen, las aber unsere Veröffentlichungen intensiv bis zuletzt.

Er hielt bei uns Vorträge, vorzüglich über Ost-Brandenburg, also Brandenburg östlich von Oder und Neiße. Dort bin ich ihm auch begegnet. Zudem war er zeitweilig ein treuer Begleiter bei der „Weißenhöher Himmelfahrt“, unseren Tagungen mit dem unvergessenen Reinhard Kißro (Ortrand / Wirsitz) in Weißenhöhe, Kreis Wirsitz.

Bis zuletzt waren wir im Gespräch. Aber sein Ableben hat mich überrascht. Ich werde ihm mein ehrendes Andenken bewahren. Unvergessen, wie so viele andere auch!

*Man sieht nur mit dem Herzen gut,
das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.*

Wir trauern um

Helmut Mühlbauer

* 4.9.1941 † 11.8.2025

Deine Roithmaier-Familie

Die Beisetzung findet am 4.9.2025 um 10.00 Uhr im
Oberen Friedhof Pößneck statt.

